



Jochen H. Ihler:

Offensive im kommunalen Sektor

Wie der Regionalvorstand Süd der Commerzbank AG erläuterte, will das Kreditinstitut mit überzeugenden Produkten Kunden gewinnen. **Seite 5**



Prof. Dr. Kurt Falthäuser:

Mehr als 6 Milliarden Euro für Bayerns Kommunen

Wie der Finanzminister betonte, können die Städte und Gemeinden aufgrund der hohen Zuweisungen ihre Gestaltungsspielräume aktiv nutzen. **Seite 2**



Hanns Dorfner:

„Doppik ist Mittel zum Zweck“

Der Passauer Landrat sieht sich auf seinem Weg der Verwaltungsreform bestätigt. Transparenz sei für politische Entscheidungen notwendig. **Seite 6**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 27. September 2007

58. Jahrgang / Nummer 18

KOMMUNALE

am 10./11. 10. in Nürnberg

Gemeindetag lädt zu Großveranstaltung und Fachmesse

Am 10. und 11. Oktober ist es wieder so weit: Der Bayerische Gemeindetag veranstaltet die KOMMUNALE, Bayerns größte Tagung und Fachmesse für Kommunalbedarf, im Messezentrum Nürnberg. Unter dem Motto „LandLeben - Perspektiven für alle Städte, Märkte und Gemeinden“ werden die Gemeinden beherzt die Herausforderungen der Zukunft angehen. Für die Kommunen sind neue, zukunftsweisende Konzepte und Lösungen gefragt.

Wichtig ist für die Vertreter von Gemeinden und Städten der Erfahrungsaustausch. Die KOMMUNALE ist das ideale Informations- und Dialogforum für Bürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte und Geschäftsstellenleiter. Parallel zur Tagung führt der Bayerische Gemeindetag seine Jahresversammlung durch und bietet ein umfangreiches und interessantes Programm an, in dem unter anderem das Thema „Arbeitsplätze schaffen in Städten und Gemeinden“ ein Schwerpunkt ist.

Im Mittelpunkt des Fachkongresses des Gemeindetags „LandLeben - Perspektiven für alle Städte, Märkte und Gemeinden“ stehen in diesem Jahr die Themenschwerpunkte „Arbeit und Wirtschaft“ und „Bildung“. In Seminaren und Workshops sollen Antworten auf drängende Fragen der kommunalen Praxis gegeben werden.

Die Fachmesse richtet sich an die Einkäufer und Beschaffungsverantwortlichen der Städte und Gemeinden sowie an die bayerischen Bürgermeister und Gemeinde- oder Stadträte. Das Fachangebot ist breit gefächert.

Die Bayerische Gemeindezeitung wird erneut als Partner mit ihrer Zukunftswerkstatt öffentliche Verwaltung, der „Virtuellen Behörde“ auf der NürnbergMesse vertreten sein (vgl. Themenplan auf Seite 5 dieser Ausgabe). □

Tag der Regionen 2007:

„Regional & fair“

Vom 22. September bis 7. Oktober 2007 werden rund 1000 Veranstaltungen in allen Teilen Deutschlands erwartet, die sich mit „fairem“ Konsum beschäftigen. Unter dem Motto „regional & fair“ will der Tag der Regionen 2007 vielerlei Beispiele für faires Konsumverhalten aufzeigen sowie gerechte und nachhaltige Produktions- und Handelsbedingungen auch für die Industrienationen thematisieren.

Im klassischen Sinne meint „fair“ mehr Nord-Süd-Gerechtigkeit, die vor allem über bewusste Kaufentscheidungen für fair gehandelte Produkte erreicht wird. Die Erlöse aus dem „fairen Handel“ kommen den Produzenten direkt zu Gute. Gerechte Globalisierung schlägt eine Brücke zwischen den ländlichen Regionen hierzulande und den armen Ländern, setzt sich für ein Recht auf Nahrung für alle Menschen ein. Faire Preise zwischen Händlern, Erzeugern, Verarbeitern und Konsumenten garantieren letztlich eine bessere Qualität der Produkte.

Transparenz

Regionale Hersteller und Dienstleister garantieren Transparenz ihrer Produkte und Angebote, der Produktionsabläufe sowie der Vermarktung und bieten Arbeitsplätze. Regionalität dient somit der Armutsbekämpfung. Mit dem Kauf von Regionalprodukten zu fairen Preisen können ländliche Strukturen in allen Regionen der Erde gesunden, Menschen wieder ein Auskommen vor Ort finden und Tiertransporte unnützlich werden.

Die Veranstaltungen machen daher den Zusammenhang zwischen persönlicher Kaufentscheidung und den Entwick-

lungschancen der eigenen Region deutlich. Sie wollen anregen, die eigenen Konsumgewohnheiten zu hinterfragen, verstärkt auf

regionale Ware zurückzugreifen oder lokale Dienstleister zu beauftragen. Regionales Wirtschaften wird konkret beim Kauf frischer, einheimischer Lebensmittel, bei der Inanspruchnahme des Handwerkers von nebenan und bei der Nutzung oder Herstellung regenerativer dezentraler Energie.

Der Tag der Regionen ist Arbeitsbühne für engagierte Personen aus Regionalinitiativen, (Fortsetzung auf Seite 4)



Bayerns Wirtschaftsminister Erwin Huber zeichnet sowohl für die Tourismus-Offensive (s. u.) als auch für den ausgezeichneten Industriebericht (s. r.) verantwortlich. □

Bayerische Tourismus-Offensive:

Millionenschweres Paket

Mit einem millionenschweren Förderprogramm will die Staatsregierung den weiß-blauen Tourismus gegen die internationale Konkurrenz stärken. Bei einer Sitzung auf dem Obersalzberg bei Berchtesgaden beschloss das Kabinett auch finanzielle Hilfen für Schneekanonen und die Modernisierung von Bergbahnen.

Beim Bund will der Freistaat über eine Bundesratsinitiative eine Mehrwertsteuerentlastung für Bergbahnanlagen erreichen, um mit Österreich konkurrieren zu können. Das Kabinett beschloss im Zuge des im engen Schulterschluss mit der CSU-Landtags-

CSU-Parteitag am 28. und 29. September:

Neuer Parteivorstand, neues Grundsatzprogramm

Am 28. und 29. September 2007 findet in der Messe München (ICM) der 72. Parteitag der Christlich-Sozialen Union in Bayern e. V. statt. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stehen die Verabschiedung des neuen CSU-Grundsatzprogramms und die Neuwahl des Parteivorsitzenden sowie des übrigen Parteivorstands. Außerdem erfolgt die Nominierung des Ministerpräsidentenkandidaten für die Landtagswahl 2008.

Am Freitag wird Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber den Parteitag als Vorsitzender eröffnen. Neben der Rede der CDU-Vorsitzenden, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, stehen Diskussion und Beschlussfassung des neuen CSU-Grundsatzprogramms auf der Tagesordnung. Am zweiten Tag folgt auf die Rechenschaftsberichte von Generalsekretär Dr. Markus Söder und Dr. Stoiber schließlich die Wahl des neuen Parteivorstands. □

Industriebericht Bayern:

Trendwende geschafft

„Die Industrie im Freistaat kann auf ein sehr gutes Jahr 2006 zurückblicken. Der Gesamtumsatz ist erneut kräftig gestiegen. Der Auslandsumsatz wuchs überproportional, die Exportquote erreichte einen neuen Rekordwert.“

Besonders erfreulich: Das Wachstum macht sich auch bei der Beschäftigung bemerkbar. Hier konnte erstmals seit sechs Jahren wieder ein Zuwachs verzeichnet werden. Die Trendwende bei der Industriebeschäftigung ist im Freistaat geschafft.“

Mit diesen erfreulichen Tatsachen konnte Wirtschaftsminister Erwin Huber bei der Vorlage des Industrieberichts Bayern 2007 in München aufwarten.

Starker, dynamischer Standort

Der Industriebericht 2007 zeigt Huber zufolge, „dass Bayern ein starker und dynamischer Industriestandort ist“. Die Beschäftigung in der bayerischen (Fortsetzung auf Seite 4)



Traum von einer gerechten Welt

Zum Eine-Welt-Tag lud Unterfrankens Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer in die Würzburger Residenz ein. Anlass dafür war das 30-jährige Bestehen des Eine-Welt-Ladens in Würzburg. Als Festredner hob Staatsminister Eberhard Sinner, Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, das bürgerschaftliche Engagement zahlloser Menschen in Bayern heraus, die zur Sensibilisierung ihrer Mitmenschen für die Fragen der weltweiten sozialen Gerechtigkeit beitragen. In Bayern leisten Zehntausende Ehrenamtliche Eine-Welt-Arbeit. Es bestehen über 2.000, zumeist kirchliche Eine-Welt-Gruppen, aber auch projektunterstützte und entwicklungspolitische Gruppen sowie mehr als 150 Eine-Welt-Läden. „Global denken, lokal handeln“, diesem Motto seien inzwischen viele Menschen verpflichtet, sagte Sinner. Jenseits spektakulärer Medienberichte über Unterentwicklung, Katastrophen und Krisen in armen Ländern laute die Devise der Eine-Welt-Arbeit: „Aufzeigen konkreter Handlungsmöglichkeiten“. Das beginne beim fairen Handel. wkn

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Während die Welt sich in dramatischem Umbruch befindet, erleben wir die Renaissance der Übersichtigkeit, meint die Vorzimmerperle. In diesem Klima sei es den Leuten wichtiger, dass der Staat mehr für Gleichheit als für Freiheit sorgt. Der Begriff der Gerechtigkeit habe darunter wieder stärker zu leiden. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

Schwerpunkte Klimaschutz, Bildung und Haushalt	2
Büchergeld sofort abschaffen!	2
SGK-Fachkonferenz zum demografischen Wandel	2
Kommunale Daseinsvorsorge ohne Wenn und Aber	2
GZ-Kolumne Luitpold Braun: Mehr Höflichkeit ist gefordert!	3
Heilbäderkongress in Bad Wörishofen	3
Bayern peilt Vollbeschäftigung an	3
Tagung des Bayerischen Pflegerates	4
Fachthema: EDV - Technik für die Kommunalverwaltung	5 - 12
Aus den bayerischen Kommunen	13 - 16

Schwerpunkte Klimaschutz, Bildung und Haushalt

Die Landtagsfraktionen bereiten sich auf den Regierungswechsel und das Wahljahr 2008 vor - Neues Tauziehen um den Finanzausgleich

In ihren Herbstklausuren haben die drei Fraktionen des Bayerischen Landtags ihre Politik für das Jahr 2008 in Resolutionen und Programmen zusammengefasst. Dabei waren für CSU, SPD und Grüne Klimaschutz und erneuerbare Energie, Schule und Bildung sowie Spar- und Haushaltspolitik gleichermaßen die Schwerpunkte. Da vieles von dem kommunale Auswirkungen hat, wird erklärtermaßen der kommunale Finanzausgleich im Nachtragshaushalt hart umstritten sein. Die Opposition will für eine Erhöhung der Schlüsselmasse eintreten, die von jetzt 11,7% möglichst rasch auf 15% der öffentlichen Finanzen zu erhöhen sei.

Die Klausuren, heuer alle in Oberfranken, standen auch im Zeichen des zum CSU-Parteitag Ende September angekündigten Rücktritts von Dr. Edmund Stoiber sowohl als Regierungs- wie auch als CSU-Chef. Die CSU-Fraktion, die wie im Herbst üb-

Stoiber, er werde sich in die Entscheidungen der neuen Staatsregierung und Parteispitze nicht einmischen und seinen Rat nur geben, wenn er gefragt werde. Er ließ offen, ob er dem Wunsch aus seinem Landtagsstimmkreis Bad Tölz/Wolfratshausen folgen

lich an Volks- und weiterführenden Schulen zum Schuljahr 2008/09 wieder abzuschaffen. Früher gehörten Schulbücher zum Sachaufwand, der zu zwei Dritteln vom Staat und zu einem Drittel von den Kommunen bezahlt wird.

Büchergeld stoppen

Beide Oppositionsfraktionen forderten auf ihren Klausuren, die gerade beginnende Erhebung des Büchergeldes für das neue Schuljahr durch Städte und Gemeinden zu stoppen. Die SPD hat zur ersten Landtagsvollversammlung nach der Sommerpause einen Gesetzentwurf zur Aufhebung des Büchergeldes in Erster Lesung eingebracht.

Fraktionsvorsitzender Franz Maget forderte Beckstein und Kultusminister Siegfried Schneider auf, sich mit Städte- und Gemeindegremien zusammenzusetzen, um eine Regelung zu finden, das Büchergeld ab sofort nicht mehr verlangen zu müssen. Die Gesetzesänderungen könnten noch

heuer vom Landtag beschlossen werden. Im gleichen Sinne äußerte sich Grünen-Fraktionsvorsitzende Margarete Bause.

Die SPD-Fraktion beschloss in ihrer Klausur in der Frankenkademie Schloss Schney bei Lichtenfels, einen eigenen Entwurf zum Nachtragshaushalt 2008. Mit einem landespolitischen Alternativprogramm auf allen Gebieten will man in das Wahljahr gehen. Dazu sollen die Sprecher der einzelnen Fachbereiche stärker als bisher als Stimmen der SPD herausgestellt werden.

Bildungsreform

Die Grünen forderten in ihrer Bamberger Klausur eine grundlegende Bildungsreform. Sie drängen auf kleinere Klassen, vor allem in Realschulen und Gymnasien und fordern mehr Lehrer für alle Schularten. Aber das dreigliedrige Schulsystem habe längst ausgedient. Vom neuen Ministerpräsidenten Beckstein erwarten sie keinen wesentlichen Politikwechsel. In der Klima- und Umweltpolitik mit Ausstieg aus der Kernenergie seien die Grünen Vorreiter, betonten die Fraktionsvorsitzenden Dr. Sepp Dürr und Margarete Bause. Auf allen Politikfeldern müsse der Stillstand der CSU-Landespolitik während der Übergangszeit von Stoiber zu Beckstein beendet werden. **rm**

Finanzminister Prof. Dr. Kurt Faltthäuser:

Erstmals mehr als 6 Milliarden Euro für Bayerns Kommunen

Neue Informationsschrift gibt Einblick in den kommunalen Finanzausgleich 2007

„Im Haushalt 2007 wurde erstmals die 6-Milliarden-Euro-Grenze bei den Leistungen aus dem kommunalen Finanzausgleich überschritten. Dies stärkt die Kommunen und unterstreicht die hohe Qualität der Partnerschaft zwischen Staat und Kommunen. Mit der neuen Informationsschrift „Starkes Bayern - starke Kommunen 2007“ wird ein Überblick über Zuweisungen an die bayerischen Gemeinden, Landkreise und Bezirke im Jahr 2007 gegeben“, stellte Finanzminister Kurt Faltthäuser fest.

Der Freistaat Bayern und seine Kommunen gestalten, so Faltthäuser, die Zukunft Bayerns. Dabei ließen sich anstehende Herausforderungen am besten in einem vertrauensvollen Miteinander lösen. Deshalb finde zwischen Staatsregierung und Kommunen ein regelmäßiger und intensiver Dialog statt. „Auf dieser Grundlage lassen sich in einem fairen Meinungsaustausch unterschiedliche Vorstellungen gegeneinander abwägen, damit am Ende des Entscheidungsprozesses einvernehmliche und zukunftsfähige Entscheidungen zum Wohle der Bürger, der Kommunen und des Landes stehen. Nur wenn Land und Kommunen gemeinsam an einem Strang ziehen, kann das Ergebnis für beide Seiten und damit auch für den Bürger positiv ausfallen“, betonte Faltthäuser im Vorwort der Broschüre.

Eine gute Finanzausstattung ermögliche den Kommunen, so Faltthäuser, ihre Gestaltungsspielräume aktiv zu nutzen und positiv zur Entwicklung des Landes beizutragen. Deshalb bildeten die Leistungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs seit jeher einen Zentralpunkt des Bayerischen Staatshaushalts.

Im Internet kann die komplette Broschüre „Starkes Bayern - starke Kommunen 2007 - Die Finanzausstattung der bayerischen Gemeinden, Landkreise und Bezirke im Jahr 2007“ unter der Adresse www.stmf.bayern.de in der Rubrik „Service/Informationsbroschüren“ abgerufen werden. **□**

**Nachmals
Sonne tanken!**



Buchen Sie Last-Minute-Schnäppchen direkt im Internet unter www.1a-preisvergleichreisen.de

lich in Kloster Banz zusammentrat, zeigte sich nach den Worten von Fraktionschef Joachim Herrmann und anderer Abgeordneter sehr zufrieden, dass Stoiber nach 14 Jahren Amtszeit als Ministerpräsident im Einvernehmen mit der Fraktion und seinen Amtsnachfolgern ausscheidet.

Vertrauen in Nachfolger

Der Ministerpräsident beschränkte sich auf einen kurzen Rückblick und betonte, er gehe ohne Groll. Im Januar hatte er sich in der Kreuther Klausur zum Rücktritt gedrängt gefühlt. Jetzt in Banz unterstrich er sein Vertrauen in seine Nachfolger, wobei er neben Beckstein als Ministerpräsidenten Huber für den Parteivorsitz nannte, ohne sich ausdrücklich gegen dessen Gegenkandidaten Bundesminister Horst Seehofer zu stellen. Zu seiner künftigen Rolle versicherte

und nächstes Jahr noch einmal zur Wahl antreten werde.

Einstimmig verabschiedete die CSU-Fraktion eine Resolution zum Vorrang des Klimaschutzes. Herrmann erläuterte, man wolle hier in Deutschland und Europa an der Spitze marschieren. Bayern müsse zum „Biomasseland Nummer Eins“ werden. Aber auch Geothermie, Wind- und Wasserkraft sollten ausgebaut werden. Bis 2020 solle der Anteil an erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch von derzeit acht auf 16 Prozent verdoppelt werden. Der Anteil fossiler Energien soll um 15 Prozent sinken. Herrmann sprach sich erneut gegen ein vorzeitiges Abschalten der Kernkraftwerke aus.

Überraschend wurde in Banz beschlossen, das gegen den Widerstand der Opposition ab dem Schuljahr 2005/06 per Gesetzesänderung eingeführte Büchergeld von 20 bzw. 40 Euro jähr-

Bayerischer Gemeindegremien fordern:

Büchergeld sofort abschaffen!

Verwirklicht bei den Gemeinden schnellstens beenden

Der Bayerische Gemeindegremien fordert die Bayerische Staatsregierung auf, sofort ein Änderungsgesetz zur Aufhebung der Pflicht zur Erhebung des Büchergeldes auf den Weg zu bringen. In den bayerischen Gemeinden herrscht nach der gestrigen Ankündigung von Innenminister Dr. Günther Beckstein, das Büchergeld abzuschaffen zu wollen, größte Verunsicherung: Soll das für das laufende Schuljahr zu erhebende Büchergeld noch von den Eltern verlangt werden oder nicht? Können Kommunen für den Fall, dass es erst für das Schuljahr 2008/2009 abgeschafft werden soll, dennoch den Vollzug des Gesetzes bereits für das laufende Schuljahr aussetzen? Drohen ihnen in diesem Fall ggf. staatliche Sanktionen? Dr. Jürgen Busse, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindegremien: „Wer die Abschaffung des Büchergeldes ankündigt, muss seinen Worten Taten folgen lassen. Jetzt muss ein entsprechendes Gesetz her, dass für die Gemeinden einen fairen Ausgleich vorsieht.“

In der Geschäftsstelle des Bayerischen Gemeindegremien laufen die Telefone heiß: Immer mehr Gemeinden, Märkte und Städte des über 2.000 Mitglieder vertretenden Verbands fragen, was angesichts der politischen Aussagen der Staatsregierung zu halten sei, es sei „wünschenswert“, das Büchergeld abzuschaffen. Während zahlreiche Gemeinden das Büchergeld bereits für das laufende Schuljahr 2007/2008 von den Eltern schulpflichtiger Kinder vereinnahmt haben, steht dies bei anderen Kommunen noch an. Um unnötige Bürokratie zu verhindern, wollen Bayerns Gemeindegremien Klarheit: Wann kommt ein Änderungsgesetz zum Schulfinanzierungsgesetz, das die Büchergeldregelung aufhebt? Kann bereits heute im Vorgriff auf die Erhebung des Büchergeldes verzichtet werden? Muss vereinnahmtes Geld wieder zurückgezahlt werden? Fragen, die der schnellstmöglichen Klärung durch die Bayerische Staatsregierung bedürfen. **□**

Kommunale Daseinsvorsorge ohne Wenn und Aber

Der Erhalt der kommunalen Wirtschaft für die Daseinsvorsorge von Wasser und Energie bis zu Kindergärten und Krankenhäusern bleibt aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion Aufgabe der Landespolitik. Für die Gefahr der Privatisierung bis hin zu den Sparkassen könne noch keine Entwarnung gegeben werden, betonte Fraktionsvorsitzender Franz Maget.

In ihrer Herbstklausur in der Frankenkademie in Schloss Schney und im Fraktionsvorstand im Maximilianeum führte die SPD Gespräche mit dem neugewählten Weidenauer Oberbürgermeister Kurt Seggewiß und dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK), Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger (Memmingen). Neben der Kommunalwahl am 2. März nächsten Jahres stand auch das Thema Privatisierung zur Debatte.

Die SPD wird sich laut Maget „ohne Wenn und Aber“ für die kommunale Daseinsvorsorge einsetzen. Als warnende Beispiele der Privatisierung entsprechender Betriebe und kommunalen Grundbesitzes nannte er neben London

Düsseldorf und Dresden. Der Grundsatz des Bundesfinanzministers Peer Steinbrück und seines bayerischen Amtskollegen Prof. Kurt Faltthäuser, mit Steuermehreinnahmen Schulden abzubauen, sei auf die Kommunen nicht in gleicher Weise anzuwenden.

Für die Sparkassen spricht aus Sicht der SPD, dass sie kleinen und mittelständischen Betrieben gegenüber aufgeschlossener sind als internationale Banken. Maget und Holzinger befürworteten eine engere Zusammenarbeit der Landesbanken von Bayern und Nordrhein-Westfalen. Die Landesbank Baden-Württemberg, die gerade die in Schwierigkeiten geratene Sächsische Landesbank übernimmt, sei dagegen kein Partner. **rm**

SGK-Fachkonferenz zum demografischen Wandel:

Zerbrechliches Fundament

Mit dem demografischen Wandel in den Kommunen befasste sich eine Fachkonferenz der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Bayern (SGK) in Coburg. Nach der Begrüßung durch den SGK-Vorsitzenden, Memmings Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger, und den Coburger Oberbürgermeister Norbert Kastner sowie einführenden Referaten des 3. Bürgermeisters von Coburg, Norbert Tessmer und von Prof. Dr. Ernst Kistler fand eine lebhaft Podiumsdiskussion statt.

Daran nahmen neben den Referenten Carsten Große-Star mann von der Bertelsmann Stiftung, Freya Lücke, Gymnastin und Schülersprecherin in Coburg sowie Roths Landrat Herbert Eckstein, Vizepräsident des Bayerischen Landkreistages, teil. „Das Phänomen der demografischen Entwicklung nur aus der Brille einer alternden Gesellschaft zu sehen, würde dem Handlungsauftrag der Kommunalpolitik nicht gerecht“, betonte Tessmer. Veränderungen und Anpassungen seien in nahezu allen Bereichen des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens erforderlich. Dies müsse dem Bürger vermittelt werden. Politik und Gesellschaft müssten sich davon leiten lassen, „dass sie von nun an auf zerbrechlichem demografischen Fundament ruhen“.

Zukunftsfähigkeit der Stadt

Die Zukunftsfähigkeit der Stadt wird Tessmer zufolge „nicht von Parkplätzen, Sparkassenfusionen und ähnlichem abhängen“. Die zentralen Fragen der Zukunft für die Kommunen hierzulande seien „in der Weise zu beantworten, wie wir die gute Ausgangslage mit ebenso guten Rahmenbedingungen versehen und Fehlentwicklungen entgegensteuern“. Dazu gehörten:

- Gute Bildung für den Nachwuchs - Bildung schafft Innovation und Innovation schafft Arbeitsplätze.
- Gute Betreuung und Erziehungsbedingungen, die es jungen Familien erlaubt, Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen.
- Positive Rahmenbedingungen in bildungs- und kulturpolitischer Hinsicht, um von den Wanderungsbewegungen zu profitieren.
- Integration von Menschen mit Migrationshintergrund.

Der Bürgermeister plädierte für den Aufbau einer kommunalen Bildungsplanung, die geeignet ist, die Vermengungen und Begrenzungen der Teilsysteme

Kinder- und Jugendhilfe sowie Schule zu überwinden „und ein konsistentes Gesamtsystem für Bildung, Betreuung und Erziehung im kommunalen Raum zu entwickeln“. Mit anderen Worten bedeute dies: „Elternarbeit, Kindertagesstätten, Schule und Arbeitswelt müssen ineinander greifen, die Übergänge müssen fließend sein.“

„Wir als Stadt haben diesen Prozess zu steuern und zu moderieren“, so Tessmer. Denn es stehe längst fest, dass den Kommunen als bildungspolitische Akteure vor dem Hintergrund der gewandelten Aufgaben der Schulen, den zusätzlichen Anforderungen an die Bildung oder die Situation am Arbeitsmarkt künftig erheblich größere Bedeutung zukommen wird. Die Kommune sei die Schnittstelle zwischen Kindertagesstätte, Schule, Jugendhilfe und Arbeitsverwaltung; ihr Gestaltungsspielraum müsse ausgeschöpft werden.

Was den Bereich Leben und Wohnen im Alter des Demografischen Wandels angeht, sei durch vorgelagerte Systeme und vorbeugende Maßnahmen dafür zu sorgen, „dass wir den demografischen Wandel beherrschen und nicht er uns“. Für all diese Herausforderungen werde die Stadt nicht nur Mittel für Pflichtaufgaben, sondern auch für freiwillige Leistungen bereitstellen müssen. Tessmer: „Zeit haben wir keine. Aber anders als früher bestehen im Hinblick auf das, was auf uns zukommt, keine Erkenntnisdefizite.“

Prof. Dr. Ernst Kistler, Leiter des Internationalen Instituts für Empirische Sozialökonomie (inif) in Stadtbergen bei Augsburg, ging u. a. auf die Altersgrenzenanpassung ein. So wie diese jetzt von der Bundesregierung geplant sei, werde sie nicht funktionieren und letztlich zu weiteren Arbeitsmarktproblemen (vor allem für Ältere) führen sowie „viele, vor allem schwächere Arbeitnehmergruppen ziemlich direkt in die Altersarmut treiben“, prognostizierte Kistler. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Richter
94330 Salching
am 6.10.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Dr. Erwin Knapek
82008 Unterhaching
am 2.10.

Bürgermeister Helmut Maar
91093 Heßdorf
am 5.10.

Bürgermeister Wilhelm Hammelstein
94166 Stubenberg
am 5.10.

Bürgermeister Alfons Stapf
87637 Eisenberg
am 12.10.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Reinhard Jaresch
95485 Warmensteinach
am 9.10.

Bürgermeister Georg Heindl
84579 Unterneukirchen
am 12.10.

Bürgermeister Ernst Schrödel
95145 Oberkotzau
am 15.10.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Hiebl
84576 Teising
am 3.10.

Bürgermeister Erich Kuhn
63936 Schneeberg
am 5.10.

Bürgermeister Johann Schäfer
92711 Parkstein
am 6.10.

Bürgermeister Johann Jurgovsky
93089 Aufhausen
am 11.10.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Rudolf Riegler
97342 Marktstett
am 2.10.

Bürgermeister Walter Friedrich
91743 Unterschwaningen
am 3.10.

Bürgermeister Hans Popp
91732 Merkendorf
am 6.10.

Bürgermeister Roland Bauer
63874 Dammbach
am 12.10.

Bürgermeister Horst Herbert
97509 Kollitzheim
am 12.10.

Bürgermeister Gerhard Mößner
86507 Oberottmarshausen
am 13.10.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Brigitte Schröder
87634 Günzach
am 13.10.



Natürlich sind es die Thermalquellen, deretwegen viele Kurgäste ins niederbayerische Bäderdreieck reisen. Dennoch bieten die Heilbäder Bad Füssing, Bad Griesbach und Bad Birnbach ihren Gästen sommers wie winters gemeinsam und getrennt zahlreiche weitere Kur- und Freizeitaktivitäten. Unsere Aufnahme zeigt eine der Bad Füssinger Thermen.

Copyright: Kurverwaltung Bad Füssing

Heilbädertag in Bad Wörishofen:

Vernetzung heißt das Zauberwort

Gesundheits- und Wellness-Urlaub wird immer beliebter. Bereits heute sind Bayerns Heilbäder und Kurorte mit einem Anteil von 30 Prozent an allen Übernachtungen ein wichtiger Stützpfeiler des Tourismus. Der Megatrend Gesundheit wird für sie weiter an Bedeutung gewinnen. Vor diesem aktuellen Hintergrund veranstaltete der Bayerische Heilbäderverband (BHV) in Bad Wörishofen einen Kongress zum Thema „Bayerns Heilbäder und die Vernetzung mit der Gesundheitswirtschaft: Impulse erkennen, Synergien schaffen & Zukunftspotentiale nutzen“.

Im Rahmen des Programms präsentierten namhafte Referenten wie der renommierte Wirtschaftstheoretiker und Zukunftsforscher Leo A. Nefiodow interessante Sichtweisen. Zukunftsstrategien wie moderne Angebotsgestaltung und professionelle Vermarktung wurden ebenso vorgestellt.

Umsatz-Motor

Der hohe Qualitätsstandard der Heilbäder ist auch der Bayerischen Staatsregierung ein großes Anliegen, wie Bayerns

Sport- und Freizeitangebote sowie kulturelle und kulinarische Highlights.“

Damit sich Bayern weiter gut behaupten könne, sei eine hohe Qualität bei kommunalen und gewerblichen Einrichtungen oberstes Gebot. Hier seien Kommunen wie Betriebsinhaber immer wieder zur kritischen Prüfung aufgefordert. Hubers Empfehlung: „Vermeiden Sie Alleingänge und ineffiziente Marketingstrategien! In den wenigsten Fällen können Kommunen überregional wahrnehmbare Kampagnen finanzieren. Wenig Ziel führend ist auch das bei den Kommunen oftmals im Vordergrund stehende klassische Destinationsmarketing. Der Schlüssel zum Erfolg ist ein professionelles überregionales Zielgruppenmarketing, wie es die Bayern Tourismus Marketing GmbH praktiziert.“

In diesem Zusammenhang begrüßt es der Minister sehr, dass der Bayerische Heilbäderverband das Wissen der Profis künftig stärker nutzen wird. Eine enge Zusammenarbeit mit der by.TM sei bereits vereinbart. Professionalisiert würden u. a. die Online-Darstellung des Verbandes, die Informationen seiner Mitglieder über aktuelle Marktforschungsergebnisse und eine Bilddatenbank.

Zielgruppengerecht positionieren

Huber „Wenn wir uns hier zeitnah zielgruppengerecht positionieren, werden wir langfristig profitieren. Es bieten sich vielfältige Chancen. Wir haben schon heute eine gute Basis, denn Bayerns Heilbäder und Kurorte bieten hervorragende medizinische Fachkompetenz, moderne touristische Infrastruktur, vielfältige

Bayerische Heilbäder und Kurorte bildeten schon heute enge und funktionierende Netzwerke, fuhr Huber fort. Beispiele seien die „Rhön Bäder“ oder das „Bayerische Thermenland“. Auch innerörtliche Netzwerke mit Kurhotels und Kurkliniken nahmen erfreulicherweise zu. Hier nannte der Minister ein Projekt im Tegernseer Tal: Unter „Netzwerk Gesundes Land“ werden die Gesundheitsbelange des Gastes in den Mittelpunkt gestellt und von einem persönlichen Betreuer mit Ärzten, Kliniken, Hotels und Freizeitaktivitäten verknüpft.

Mit neuen Ideen punkten

Um die Zusammenarbeit weiter zu stärken, seien der Kreativität keine Grenzen gesetzt, erklärte Huber. Es gelte, mit neuen Ideen zu punkten und Wettbewerbsvorteile zu erzielen. Als Denkanstoß nannte er folgende fiktive Beispiele: Als Hersteller von Wellnessdrinks oder Vitaminpräparaten könnten die bayerischen Heilbäder auf ihren Verpackungen vermarkten.

Im Gegenzug könnten die entsprechenden Wellnessdrinks bzw. Vitaminpräparate in den Räumlichkeiten der bayerischen Heilbäder angeboten werden. Bayerns Heilbäder könnten Partnerschaften mit Reformhäusern eingehen, die sich zur Vermarktung der bayerischen Heilbäder bereit erklären. Umgekehrt könnten die bayerischen Heilbäder in ihren Orten Verkaufsflächen für Reformhäuser schaffen.

Klaus Holetschek, 1. Vorsitzender des BHV, griff die Worte des Staatsministers gerne auf und appellierte an seine Kollegen in den bayerischen Heilbädern und Kurorten: „Machen Sie sich die Denkanstöße des Ministers zu eigen. Suchen sie neue Vernetzungsformen und -partner zum Wohle Ihrer Orte.“ Mit Blick auf die Zukunft äußerte Holetschek drei Wünsche, um Bayerns Heilbäder als bestqualifizierte Gesundheitsorte zu etablieren:

1. Die Einrichtung und Finanzierung von Präventionszentren in den Kurorten und die optimale Unterstützung von Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Prävention.
2. Die bessere Einbindung der Kurorte und Heilbäder in bestehende Initiativen, zum Beispiel in das Programm der Bundesregierung „Fit statt fett“.
3. Die weitere Aufstockung der Mittel für Qualitätsverbesserung im Bereich der Leistungserbringer und der Infrastruktur. **DK**

GZ Kolumne Luitpold Braun

liebe Leser

jetzt ist es also wohl amtlich, dass das Rauchen in öffentlichen Gebäuden seinem Ende entgegen geht.

Der Bund hat dies bereits für seine Amtsgebäude und die Anlagen der Bahn ab 1. September geregelt. Der Freistaat Bayern will dem Vernehmen nach ab 1. Januar 2008 folgen. Wenn Raucher nicht rauchen ist dies für die Nichtraucher ohne Zweifel angenehmer und gesünder.

Aber eigentlich sollte es solcher Regelungen nicht bedürfen. Zwischen erwachsenen und höflichen Menschen müsste es doch möglich sein, sich darauf zu einigen, ob ein Raucher in Anwesenheit Dritter raucht oder nicht. Aber offenbar ist diese grundsätzliche Höflichkeit nicht mehr Allgemeingut.

Mit der Höflichkeit und den Umgangsformen ist das überhaupt so eine Sache. Kürzlich habe ich gehört, dass der Bi-



schof von Augsburg Lehrlinge empfangen hat, deren Lehrplatz er subventioniert. Als der Bischof den Raum betrat und alle per Handschlag begrüßte, blieben manche sitzen. Irgendetwas bei der Erziehung der jungen Menschen muss da wohl misslungen sein.

Mehr
Höflichkeit ist
gefordert!

Heinrich Traublinger

stabilen Füßen. Der Aufschwung komme auch bei den Menschen an, gerade in Bayern. Die Arbeitslosenquote liege bei nur noch 5,1 Prozent. Im Herbst werde Bayern wahrscheinlich das bisherige Hoch vom September 2001 von 4,5 Millionen. Beschäftigten knacken. Mit anhaltendem Aufschwung werde es aber in Teilbereichen der Wirtschaft immer schwieriger, offene Stellen mit geeigneten Bewerbern zu besetzen, speziell im naturwissenschaftlich-technischen Bereich. Deshalb sei ein gemeinsames Konzept von Bund, Ländern und Wirtschaft gegen den drohenden Fachkräftemangel erforderlich. Als wesentliche Bausteine nannte Huber unter anderem die Erleichterung bei der Zuwanderung für Ingenieure aus den neuen 12 EU-Staaten und Arbeitsvereinfachungen für Hochschulabsolventen.

Qualifizierte Fachkräfte warten auf neue Chance

„Arbeitskräfte von außen im großen Stil anzuwerben, betrachte ich als kritisch“, sagte Huber. Unter den mehr als 3,8 Millionen Arbeitslosen in Deutschland gebe es viele qualifizierte Fachkräfte, die auf eine neue Chance warteten. Priorität müsse vielmehr eine Vermittlungs- und Qualifizierungsoffensive für heimische Arbeitskräfte haben. Die Beschäftigungsquote der älteren Arbeitskräfte müsse steigen. Anreize zur Frühverrentung und zum Verharren in Arbeitslosigkeit seien kontraproduktiv.

Ausbildung auf höchstem Niveau

Huber war sich mit Traublinger darin einig, dass Ausbildung das beste Mittel gegen Fachkräftemangel sei. Deshalb brauche Deutschland Ausbildung auf höchstem Niveau. Bei jungen Menschen müssten Technikakzeptanz und -kompetenz gefördert und mehr Mädchen und jungen Frauen für eine Ausbildung im technischen Bereich gewonnen werden. Zwar gebe es heuer mehr Ausbildungsplätze als in den Vorjahren, „doch“, so Bayerns Wirtschaftsminister, „es gibt immer noch eine große Anzahl von Betrieben, die ausbilden könnten und es dennoch nicht tun.“ Für die Unternehmen

könnte es nur heißen „Ausbilden, ausbilden, ausbilden!“.

In der Ausbildung habe das bayerische Handwerk bisher schon „Exzellentes“ geleistet. Huber erinnerte daran, dass Ausbildung zwar mehr koste, als sie zunächst bringe, aber Ausdruck einer großen sozialen Verantwortung sei. Deshalb appelliert er an alle Betriebe, über den eigenen Bedarf hinaus auszubilden. Die Staatsregierung unterstütze die berufliche Ausbildung im Handwerk schon seit vielen Jahren, unter anderem mit ihrem Investitions- und Zukunftsprogramm „Bayern 2020: Kinder. Bildung. Arbeit“.

Ungenutzte Potenziale

Ungenutzte Potenziale sieht der Wirtschaftsminister in der Weiterbildung. 2005 hätten nur 22 Prozent der Beschäftigten in Bayern an einer Weiterbildung teilgenommen, und zwar vor allem jene, die bereits über eine gute fachliche Qualifikation verfügten. Von den un- und angelernten Kräften seien aber lediglich 10 Prozent in den Genuss einer betrieblichen Weiterbildung gekommen. Von der Gesellschaft forderte Bayerns Wirtschaftsminister ganz generell „mehr Veränderungsbereitschaft, Mut zu Neuem und einen offensiven Geist“.

Nach Darstellung des Präsidenten des Bayerischen Handwerkstages, Heinrich Traublinger, braucht das Handwerk besonders qualifizierte Leute, weil im Handwerk nicht die Maschinen dem Menschen den Takt vorgäben, sondern der Arbeitsprozess am Menschen ausgerichtet sei. Zwar sei laut einer Umfrage unter bayerischen Handwerksbetrieben der Fachkräftemangel noch kein flächendeckendes Problem, aber er nehme an Brisanz zu. So hätten 21 Prozent der befragten Betriebe offene Stellen für Fachkräfte gemeldet. Hochgerechnet auf das gesamte bayerische Handwerk seien das fast 24.000 offene Stellen für Gesellen, Meister und auch für Ingenieure im Freistaat.

Um dieser Situation zu begegnen, müssten die Handwerksbetriebe ihr Augenmerk verstärkt auf ältere, erfahrene Arbeitskräfte, auf Frauen, aber auch auf Hochschulabsolventen und Migranten richten, mahnte Traublinger. (Fortsetzung auf Seite 4)

Anzeigen in der **GZ**
Sprechen Sie mit Viktoria Bertele
Telefon: 08171/9307-11
Fax: 08171/80514
Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>
eMail: info@gemeindezeitung.de

Wirtschaftsminister Erwin Huber betonte. Bayerns Heilbäder und Kurorte seien mit knapp 30 Millionen Übernachtungen im Jahr für die Tourismus- und Freizeitwirtschaft ein echter Umsatz-Motor. Ihre Übernachtungs- und Tagesgäste generierten einen Bruttoumsatz von über 3,2 Milliarden Euro und sicherten rund 90.000 Menschen in Bayern den Lebensunterhalt.

Jobgaranten für den ländlichen Raum

Die bayerischen Heilbäder, so Huber, hätten weiterhin gute Chancen, Jobgaranten für den ländlichen Raum zu sein. Die Marktforschung sei sich einig: Gesundheitsorientierte Urlaubs- und Kurzurlaubsreisen nehmen weiter zu, der Erholungs- und Wellnessurlaub steht in der Wunschliste der Deutschen mit 69 Prozent ganz oben, gefolgt vom „Medical-Wellness-Urlaub“ mit 45 Prozent. Im Jahr 2010 wird es fast 10 Mio. Wellness-Interessierte in Deutschland geben, 7 Mio. sind für einen Urlaub oder Kurzurlaub ansprechbar. Das größte Interesse haben

Wirtschaftsminister Huber beim Tag des Handwerks:

Bayern peilt Vollbeschäftigung an

2008 mit 2,8 Prozent Wachstum zu rechnen - zunehmender Mangel an Fachkräften

Der Freistaat steuert landesweit auf die Vollbeschäftigung zu. Mit dieser Prognose wartete Bayerns Wirtschaftsminister Erwin Huber beim Bayerischen Handwerkstag in München auf. Der wirtschaftliche Aufschwung halte an, 2008 sei mit einem Wachstum von 2,7 bis 2,8 Prozent zu rechnen. Die Aussichten für das bayerische Handwerk, dem es alles in allem zur Zeit sehr gut geht, sind nach Darstellung des Präsidenten des Bayerischen Handwerkstages, Heinrich Traublinger, ebenfalls rosig.

Nach Hubers Worten zeichnet der Arbeitsmarkt derzeit den besten Aufschwung seit Jahren. Vor diesem Hintergrund werde es allerdings in Teilbereichen der Wirtschaft immer schwieriger, offene Stellen mit geeigneten Bewerbern zu besetzen, stellte der Minister auch mit Blick auf das Motto des Handwerkstages fest, das in diesem Jahr lautet „Fachkräfte finden - Mitarbeiter binden“.

Huber lobte in seinem Gastvortrag das Handwerk und den Mittelstand, die einen enormen Beitrag zur wirtschaftlichen Stärke Bayerns leisteten und deshalb zu Recht bestmögliche Rahmen-

bedingungen forderten. Dem habe die Große Koalition mit wichtigen Reformprojekten wie der Konsolidierung der Haushalte, der Senkung der Lohnzusatzkosten und der Unternehmenssteuerreform entsprochen.

Kein Selbstläufer

Für Mittelstand und Handwerk seien das Gebäudesanierungsprogramm, die günstigen Abschreibungsbedingungen, die noch bis Ende des Jahres gelten, und die Befreiung des Mittelstandes von bürokratischen Lasten besonders wichtig. Die konjunkturelle Entwicklung sei aber

kein Selbstläufer. Deshalb habe die Regierung Impulse für mehr Wachstum und Beschäftigung gegeben. Huber nannte unter anderem die Steigerung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes von 2010 an, den stärkeren Schutz geistigen Eigentums, die Stärkung der Mitarbeiterbeteiligung, die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 Prozent vor zwei Jahren auf 3,9 Prozent zum Jahresbeginn 2008, „aber besser dann noch auf 3,5 Prozent“. Der Wirtschaftsminister forderte eine Reform der Erbschaftsteuer, um Handwerk und Mittelstand bei Betriebsübergaben effektiv zu entlasten. Er lehnte Mindestlöhne und eine Ausweitung des Entsendegesetzes ab, weil dies Menschen vom Arbeitsmarkt aussperre.

Das Wachstum in Deutschland und Bayern, so Huber, stehe auf

Tagung des Bayerischen Pflegerates:

Unerlässliche Reform

Die Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Pflegeberufe in Bayern, kurz „Bayerischer Pflegerat“, war kürzlich im Bezirkskrankenhaus Landshut zu Gast. Eines der Ziele der seit 1946 bestehenden Organisation ist es, den engen Kontakt zu Ministerien zu halten, die für die berufliche Kranken- und Altenpflege zuständig sind. Dies sind z. B. die Ministerien für Gesundheit, Kultur, Arbeit und Soziales sowie Wissenschaft. Außerdem ist der Verband im regelmäßigen Austausch mit im Pflegebereich anerkannten Autoritäten.

Beim mehrstündigen Treffen im Bezirkskrankenhaus Landshut wurde unter anderem das nationale Gesundheitsberuferegister erörtert, aus dem Bayern ausgeschert ist. Auch diskutierten die Teilnehmer die neuen Lehrpläne für Altenpflege, Krankenpflegehilfe sowie Sozialbetreuer/innen.

Anwachsen der Betagten-Generation

Weitere Themen waren Konsequenzen aus dem Anwachsen der Betagten-Generation im Behindertenbereich erstmalig seit dem Naziregime, Wege der Qualitätssicherung im Weiterbildungsbereich der Pflegeberufe, ein Bericht von der Tagung „Älter werden und gesund bleiben in den Pflegeberufen“, die Situation der Altenpflegesschulen, das Projekt ANKOM, das einen wichtigen Schritt auf dem Wege

der Professionalisierung pflegerischer Berufe in Bezug auf ein grundständiges Studium der Pflege darstellt, sowie die Studie „Die Situation der Pflege bis zum Jahr 2050“.

In diesem, von Professor Reinhold Schnabel (Universität Duisburg-Essen) angefertigten Gutachten, wird darauf hingewiesen, dass die Reform der gesetzlichen Pflegeversicherung (GPV) immer drängender wird. Demnach wird in den nächsten Jahren die Zahl der Hochbetagten (über 80-Jährige) von derzeit 1 Million auf bis zu zehn Millionen Menschen im Jahr 2050 anwachsen. Die Zahl der Pflegebedürftigen wächst bis 2020 um 50 Prozent auf 2,7 Millionen (2050: 4,7 Millionen). Das bedeutet: Kamen im Jahr 2005 auf

100 erwerbsfähige Menschen im Alter von 20 bis 64 Jahren vier Pflegefälle, werden es in 2020 bereits 5,8 sein und 2050 sogar 12.

Pflegelücke

Zugleich werden künftig immer weniger Menschen ihre Angehörigen zu Hause pflegen. Kinderlosigkeit und Single-Dasein führen dazu, dass in Zukunft auf jeden Pflegebedürftigen immer weniger Angehörige kommen werden. Politik und Betroffene müssen sich deshalb darauf einstellen, dass die Pflege wesentlich stärker als bisher durch professionelle Pflegekräfte erfolgen wird. Der Pflegemarkt der Zukunft wird deshalb boomenderzeit sind hier 545.000 Vollzeit-Beschäftigte tätig, im Jahr 2050 werden es 1,8 Millionen sein. Dann kommen auf 100 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte annähernd zehn Beschäftigte im Pflegesektor. Heute sind es nur 2,1.

Damit werden laut Studie die Ausgaben für professionelle Pflege stärker wachsen als die

reine Pflegedürftigkeit. Der Anstieg wird rund 3 Prozent pro Jahr betragen. Bis zum Jahr 2020 wird der Markt für professionelle Pflege auf 37 Milliarden Euro anwachsen, 2030 auf 47 Milliarden Euro und bis 2050 auf 72 Milliarden Euro.

Vor diesem Hintergrund wächst die Pflegelücke, also die Differenz zwischen den notwendigen Ausgaben für die Pflege und den Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung, stark an. Heute beträgt diese Lücke circa 8 Milliarden Euro, im Jahr 2030 werden die Ausgaben bei nahezu 48 Milliarden Euro liegen, von denen die gesetzliche Pflegeversicherung lediglich 32 Milliarden Euro übernimmt. Diese Pflegelücke, so die Prognose, wird durch die private Selbstbeteiligung und die Kommunen geschlossen werden müssen. Die Selbstbeteiligung von Patienten sowie die Unterstützung durch die Kommunen („Hilfe zur Pflege“)

werden sich bis zum Jahr 2050 verfünffachen.

Kapitalgedeckte Vorsorge

Die gesetzliche Pflegeversicherung könnte ihr heutiges Leistungsniveau nur um den Preis erheblich steigender Beitragssätze halten. Je nach Szenario (künftige Anzahl der Pflegefälle) müsste der Beitragssatz auf 3 bis 5,5 Prozent steigen. Reinhold Schnabel: „Höhere Beiträge zur GPV sind allerdings kein Ausweg aus der Versorgungslücke. Denn steigende Beiträge erhöhen die Lohnnebenkosten und verschärfen über eine wachsende Arbeitslosigkeit das Finanzproblem.“

Um die Pflegelücke zu schließen, bietet sich der Studie zufolge die Ergänzung der gesetzlichen Pflegeversicherung durch eine ergänzende private kapitalgedeckte Vorsorge an. In jedem Fall müsse die Politik aber handeln. **DK**

750 Jahre Rottenburg

Im Rahmen des Stadtjubiläums „750 Jahre Rottenburg“ wird im Innenhof des Kapellenplatzes ein ökumenischer Erntedank-Gottesdienst gefeiert, mitgestaltet von der Musikschul-Blaskapelle. Im Bürgersaal wird eine multimediale Zeitreise und am Rande des Michaelimarktes werden fair gehandelte Waren angeboten. Der Agenda 21 Arbeitskreis wirbt für regenerative Energiesysteme. Bauern bieten ökologisch sowie konventionell erzeugtes „Essen ohne Gentechnik“.

Millenniums-Erklärung der Kommunen

Die Stadt Nürnberg lädt schließlich am 27. September zu einer großen Info- und Festveranstaltung auf den Jakobplatz ein. Bei diesem unter der Schirmherrschaft des mittelfränkischen Bezirkstagspräsidenten Richard Bartsch stehenden Event wird die Norisstadt durch OB Dr. Ulrich Maly die Millenniums-Erklärung der Kommunen unterzeichnen. Die Organisation Oxfam Deutschland wird symbolisch darstellen, wie Schindluder mit Lebensmitteln getrieben wird. Die Theatergruppe der Region Hesselberg, das Schülerprojekt Bayreuth und die Europa-Show-Tanzgarde werden das Thema aufgreifen. Mit einem Gottesdienst endet die Festveranstaltung.

Beteiligung der Sparkassen

Durch die Kooperation des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) mit dem Bundesverband der Regionalbewegung e. V. bietet sich auch den Sparkassen die Möglichkeit, sich am Tag der Regionen 2007 zu beteiligen. Zum einen können sie mit eigenen Aktivitäten ihr Engagement vor Ort für die Region zeigen und zum anderen können sie Kooperationen mit Initiativen des Aktionsbündnisses Tag der Regionen sowie mit Vereinen und mittelständischen Unternehmen eingehen. **DK**

Trendwende geschafft ...

(Fortsetzung von Seite 1) Industrie legte erstmals seit 2001 wieder zu (plus 0,3 %). Auf Bundesebene ging die Beschäftigung in der Industrie dagegen nochmals um 0,6 % zurück. Insgesamt beschäftigte die bayerische Industrie im vergangenen Jahr 1,16 Millionen Menschen. Der Gesamtumsatz im bayerischen Verarbeitenden Gewerbe erhöhte sich 2006 um 7,6 % (Deutschland 6,7 %). 23 von 24 Industriezweigen (Ausnahme: Bekleidungsindustrie) inklusive dem Bauhauptgewerbe konnten eine positive Umsatzentwicklung melden.

Auslandsumsätze

Die Auslandsumsätze der bayerischen Industrie stiegen 2006 laut Huber besonders kräftig. Dadurch erhöhte sich die Exportquote der bayerischen Indu-

strie erneut auf jetzt 46,9 % nach 45,4 % in 2005. Besonders exportstark waren die Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik (Exportquote: 71,6 %), die Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik (64,8 %) und die Automobilindustrie (64,1 %).

Breite Vielfaltigkeit

Die positive Entwicklung beruht nach den Worten des Ministers nicht zuletzt auf der breiten Vielfaltigkeit der bayerischen Industrie. Die rund 7.500 Betriebe im Freistaat deckten in ihrem Angebotsportfolio die Bandbreite der industriellen Fertigung nahezu vollständig ab. 232 der insgesamt 259 in der bundesweiten Statistik geführten Industriesparten seien im Freistaat vertreten. Ihr Schwerpunkt liege in noch stärkerem Maße als in Deutschland insgesamt in Know-how-intensiven Branchen.

Kompetenzfelder

Gemessen am Beschäftigten- und Umsatzanteil stellt der Fahrzeugbau die größte Industriebranche in Bayern dar. An zweiter Stelle steht die Elektroindustrie. Es folgen der Maschinenbau sowie die Chemie- und Kunststoffindustrie. Zusammen erwirtschaften diese vier großen industriellen Kompetenzfelder 68,3 % des Umsatzes und sorgen für 63,3 % der industriellen Beschäftigung. Weitere beschäftigungs- und umsatzstarke Industriegruppen bilden die Metallindustrie, das Ernährungsgewerbe sowie das Verlags-, Druck- und Papiergewerbe. Der Schwerpunkt der bayerischen Industrie liegt in der Produktion von Investitionsgütern. Fast die Hälfte des gesamten Industrieumsatzes wird mit Investitionsgütern erwirtschaftet.

Oberfranken an der Spitze

Bei der räumlichen Verteilung der Betriebe zeige sich, so Huber, dass jede Region in Bayern einen wesentlichen Anteil am Entwicklung- und Produktionspotential für sich beanspruchen kann. Zwar habe Oberbayern als bevölkerungsreichster Regierungsbezirk mit 29 % den größten Anteil an der Industriebeschäftigung; bei der Anzahl der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe je 1.000 Einwohner liege jedoch Oberfranken an der Spitze.

Regional & fair ...

(Fortsetzung von Seite 1) kirchlichen Gruppen, lokalen Agenda 21 Akteuren, Landwirtschaft, Handwerk, Natur- und Umweltschutz, Gastronomie, Bildung etc. aus allen Teilen Deutschlands. Anhand von Märkten, Infotouren, Hoffesten, Führungen, regionalen Speisekarten und fair gehandelten Produkten werden regionale Wirtschaftskreisläufe gezeigt.

250 Veranstaltungen in über 40 Landkreisen

Rund 250 Veranstaltungen gehen in Bayern über die Bühne. Der Tag der Regionen zieht sich durch über 40 Landkreise vom Nordwesten mit dem „Schlaraffenburger Ernteeinsatz“ in Aschaffenburg, wo auf den Streuobstwiesen Bioland-Äpfel für den Schlaraffenburger Apfelsaft geerntet werden bis zum äußersten Südosten. In Laufen wird Küchenmeister Wolfgang Stäblein für das Berchtesgadener Land typische Nahrungsmittel und Gerichte unter dem Titel „Knödel, Klöße, Klopse - Koch-

„Die anhaltend positive Entwicklung im ersten Halbjahr 2007 zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind“, so Hubers Ausblick. Der Aufschwung in der Industrie halte unverändert an. Die Trendwende bei den Industriebeschäftigten habe sich im 1. Halbjahr 2007 weiter gefestigt: Mit einem Zuwachs von 2,0 % von Januar bis Juli habe ein hervorragendes Ergebnis erzielt werden können. Der Aufschwung sei damit auch in der Industrie bei den Menschen angekommen.

Gut gefüllte Auftragsbücher

In den ersten sieben Monaten dieses Jahres stiegen die Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe erneut um 7,8 %. Die gut gefüllten Auftragsbücher ließen weiter Zuwächse erwarten. Zwischen Januar und Juli 2007 gingen 9,1 % mehr neue Aufträge ein als im Vorjahr, resultierend aus einem Plus von 9,7 % bei den Inlandsbestellungen und plus 8,8 % bei den Auslandsorders.

50 % Exportquote

Die Exportquote erreichte im 1. Halbjahr 2007 mit 50 % einen neuen Höchststand. Das entsprechende Bundesergebnis von 45,3 % wurde damit um 4,7 %-Punkte übertroffen. Huber zufolge beweist dies einmal mehr „die hervorragende Position der bayerischen Industrie auf den Weltmärkten“. Mit dem hohen Anteil an Investitionsgütern liege der Freistaat „im Fokus der weltweiten Nachfrage“. **DK**

seminar regionale Spezialitäten“ vorstellen.

Faire Energie

In Kleineibstadt in der Rhön kann eine energieautarke Lagerhalle besichtigt werden. Im Keltendorf Gabreta in Ringelai im Landkreis Freyung-Grafenau zeigt der Verband landwirtschaftlicher Fachschulabsolventen Interessantes zum Thema „Für Mensch und Vieh - aus der Region kommt faire Energie“ mit Beiträgen von der Keltenzeit bis heute. In Schwabach wiederum findet ein großer Regionalmarkt mit kulinarischen Köstlichkeiten, Kinderprogramm, Live-Musik und vielen weiteren aktuellen Informationsmöglichkeiten statt.

Die Festwiese des Naturparks Altmühltal in Kipfenberg-Böhring ist Schauplatz des Altmühltaler Lamm-Abtriebs. Dabei steht die 1.000-köpfige Schafherde im Mittelpunkt, die nicht nur von ihrem Schäfer, sondern auch von politischer Prominenz durch Böhming geleitet wird. Ein Woll- und Handwerkermarkt, Musik, Lammespezialitäten im Festzelt, Schaf-

Bayern peilt ...

(Fortsetzung von Seite 3) lünger. Auf Arbeitnehmerseite seien eine gute Schulbildung als tragfähige Basis für den Berufsweg, eine hervorragende berufliche Ausbildung und eine ständig gepflegte Weiterbildung unverzichtbar. In den letzten Jahren, so der Präsident, klagte das Handwerk allerdings zunehmend über die steigende Zahl nicht ausbildungsfähiger Schulabgänger, bei denen es unüberbrückbare Defizite in Lesen, Schreiben, Rechnen sowie bei sozialen Fähigkeiten wie Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit und Höflichkeit gebe.

Jugendliche besser auf das Erwerbsleben vorbereiten

Dennoch warnten Traublinger und Huber davor, die Grenzen für ausländische Arbeitskräfte zu öffnen. Bei immer noch 3,8 Millionen Arbeitslosen sollten die beträchtlichen inländischen Potenziale erschlossen werden. Von den befragten Betrieben wollten nur 6 Prozent die Zuwanderung von Fachkräften erleichtert sehen. Stattdessen gelte es, die Jugendlichen in der Schule besser auf das Erwerbsleben vorzubereiten, und den Betrieben die Ausbildung zu erleichtern. Das Sozial- und Arbeitsrecht müsse stärker auf die Arbeitsaufnahme ausgerichtet werden. Hauptziel der Politik dürfe nicht die reine Alimentierung sein, sondern die Unterstützung der Arbeitsauf-

nahme, und zwar im ersten Arbeitsmarkt und nicht in Beschäftigungsgesellschaften und Ein-Euro-Jobs.

Als Beispiel hervorragender beruflicher Weiterbildung in Bayern nannte der Handwerkspräsident den verbesserten Zugang von Meistern zu den Hochschulen. Seit vergangenem Jahr können die jeweils besten 20 Prozent eines Meister-Jahrgangs ohne weitere Zugangshürden ein Fachhochschulstudium aufnehmen. Die Übrigen können diesen Weg über ein Vorbereitungssemester gehen.

Mitte des Jahres gab es in Bayern 181.599 Handwerksbetriebe mit zusammen 847.000 Beschäftigten. In den ersten sechs Monaten 2007 stieg ihr addierter Umsatz gegenüber der Vergleichszeit im Jahr zuvor um 3 Prozent auf knapp 41 Milliarden Euro, wozu allerdings die Mehrwertsteuer-Erhöhung zum Jahresbeginn mit ihren Vorzieheffekten beigetragen hat. Übers Jahr dürfte der Aufschwung aber weiter gehen, „denn“, so Traublinger, „die Stimmung ist gut und der Geschäftsklimaindex ist erneut gestiegen“. Die Auftragsbücher seien gut gefüllt, die Auslastung der Betriebe auf durchschnittlich 75 Prozent gestiegen. Von Januar bis August 2007 wurden im bayerischen Handwerk 21.340 Lehrverträge abgeschlossen. Im Gesamtjahr 2006 waren es 30.163. **dhg**

Stoiber leitet Gremium zum Abbau der Bürokratie

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber wird auf Bitte von EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso ein hochrangiges Gremium zum Abbau der Bürokratie auf EU-Ebene und in den 27 Mitgliedstaaten leiten. Die Europäische Union will ihre Ziele zur Senkung der Bürokratiebelastung in Europa um 25 Prozent zu Gunsten von Bürgern und Wirtschaft mit Hochdruck vorantreiben. Dieses Vorhaben soll Stoiber als Vorsitzender des neuen EU-Gremiums mit seiner langjährigen Regierungserfahrung und seinen internationalen Kontakten vorantreiben. **□**

Millionenschweres Paket ...

(Fortsetzung von Seite 1) samt 200 Millionen Euro unterstützt werden sollen. Bayern müsse auch künftig Tourismusland Nummer 1 bleiben, erklärte Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber. Dieser Wirtschaftszweig biete rund 330.000 Menschen Arbeitsplätze.

Vom wachsenden Wohlstand profitieren

Bayern benötige einen kräftigen Investitionsschub im Tourismus. Maßstab dabei sei erstklassige Qualität in allen Tourismussektoren und Kategorien. Stoiber: „Wir wollen von der Globalisierung, vom wachsenden Wohlstand außerhalb Europas und von der höheren Mobilität beispielsweise auch älterer Menschen noch stärker profitieren. Die Förderung des Tourismus als hochdynamische Dienstleistungsbranche ist eine wichtige Antwort im Strukturwandel für eine moderne, breit aufgestellte Wirtschaft.“

Weiß-blaue Leitökonomie

Wirtschaftsminister Erwin Huber betonte, dass der Tourismus schon jetzt eine absolute weiß-blaue Leitökonomie ist. Huber: „Mit einem jährlichen Bruttoeinkommen von über 24 Milliarden Euro sichert dieser Wirtschaftszweig das Einkommen unzähliger Familienbetriebe, er sichert Wohlstand in den

Gemeinden und er ist nicht zuletzt ein wirksames Instrument zum Schutz und zum Erhalt der ländlichen Regionen Bayerns. Bayern ist nach wie vor das beliebteste Reiseland Deutschlands.“ Der Wirtschaftsminister erwartet auch für dieses Jahr einen neuen Gästerekord: „Der Freistaat steuert mit erstmals über 26 Millionen Besuchern und 75 Millionen Übernachtungen auf einen neuen Gästerekord zu.“

Intelligente Vernetzung verschiedener regionaler Dienstleistungen

Die Staatsregierung sieht nach den Worten Stoibers ein hohes Zukunftspotential für Bayern vor allem in einer intelligenten Vernetzung verschiedener regionaler Dienstleistungen wie Erholung, Gesundheit, Unterhaltung, Bildung und Kultur zu einem attraktiven Gesamtangebot. Stoiber: „Vor allem den Gesundheits- und Wellness-Tourismus müssen wir dabei noch stärker herausstellen. Er spielt für den ländlichen Raum eine wesentliche Rolle. Die bayerischen Heilbäder bilden dafür das Rückgrat.“ An die Städte appellierte Stoiber, bei der touristischen Angebotsgestaltung noch mehr mit dem Umland zu kooperieren. Dass dies eine Win-Win-Situation ist, belege das Beispiel Würzburg, wo die Stadt außerordentlich erfolgreich mit dem Fränkischen Weinland zusammenarbeitet. **DK**

Die „Virtuelle Behörde“ auf der KOMMUNALE:

Trends im E-Government

Best Practices in der Zukunftswerkstatt der Bayerischen Gemeindezeitung

An beiden Messetagen während der KOMMUNALE vom 10. bis 11. Oktober 2007 auf der NürnbergMesse präsentiert die Bayerische Gemeindezeitung Best-Practice-Beispiele für gelungenes eGovernment. Verschiedene Vorträge werden sowohl am Mittwoch als auch am Donnerstag angeboten.

Diese Veranstaltung widmet sich ausschließlich den Schwerpunkten, die für öffentliche Verwaltung von Interesse sind: Die Präsentationen aus der öffentlichen Verwaltung bieten anschauliche Beispiele und liefern wertvolle Denkanstöße.

Die Innovationen geschehen immer schneller. Die Anforderun-

gen der Bürger - und damit der Kunden der öffentlichen Verwaltungen - wachsen. Schließlich sind sie inzwischen aus dem täglichen Umgang mit ihrem PC gewohnt, zahlreiche Geschäftsvorgänge bequem von zu Hause aus zu erledigen.

Hinzu kommen für die öffentlichen Verwaltungen die vielfäl-

tigen Vorgänge im internen Geschäftsverkehr, die durch neue Entwicklungen im Hard- und Softwarebereich erheblich vereinfacht werden können.

Der Einsatz von IT in der öffentlichen Verwaltung ist inzwischen selbstverständlich. Der größte Teil der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst ist „vernetzt“ und die meisten Fachaufgaben werden IT-gestützt durchgeführt. Bund, Länder und Kommunen geben jährlich ca. 2,4 Mrd. für Kommunikationsnetze aus.

Insellösungen erschweren die Kommunikation

Die derzeitigen Netzinfrastrukturen der deutschen Verwaltung sind mit der technologischen Entwicklung und entlang erweiterter Kommunikationsbedürfnisse einzelner Behörden gewachsen. Damit stellen die bestehenden Netzinfrastrukturen vielfach „Insellösungen“ dar. Diese Insellösungen erschweren die Kommunikation der Behörden untereinander: Nicht jede Behörde kann eine andere Behörde in Deutschland auf elektronischem Weg zuverlässig, einfach und sicher erreichen. Es gibt zahlreiche Medienbrüche, die aufwendig überbrückt werden müssen. Das Ziel: ein nationaler Backbone als „Kommunikationsautobahn“ für alle Verwaltungsebenen (vgl. Seite 12).

Strategie für integriertes eGovernment

Eine moderne öffentliche Verwaltung ist Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands. eGovernment leistet dazu einen entscheidenden Beitrag. Die Qualität des IT-Einsatzes und die Online-Bereitstellung von Verwaltungsdienstleistungen sind ein Standortfaktor -

für die einzelnen Länder und Kommunen, vor allem aber auch für Deutschland insgesamt.

Für den optimalen Einsatz moderner Informationstechnologie ist daher eine umfassende Integration von Verwaltungsprozessen - auch ebenenübergreifend - notwendig. Diesem Ziel steht gegenwärtig die heterogene IT-Landschaft von Bund, Ländern und Kommunen entgegen. Gutes E-Government erfordert medienbruchfreie Abläufe innerhalb der einzelnen Verwaltungsebenen und zwischen ihnen. Dies ist bisher noch die Ausnahme, nicht die Regel.

Ziel von Deutschland-Online ist es, eine vollständig integrierte eGovernment-Landschaft in Deutschland zu schaffen. Es werden die notwendigen Standards gesetzt und die Stärken des Föderalismus genutzt: Einzelne Partner gehen mit Modelllösungen voran, die auch anderen zu Gute kommen (Prinzip „Einer oder Einige für alle“). So werden über alle Verwaltungsebenen hinweg einheitliche und durchgängige Online-Dienstleistungen ermöglicht.

Die Besucher der „Virtuellen Behörde“ erwarten also spannende und informative Vorträge von einem gewohnt hochkarätigen Referententeam.

Ziel dieser Veranstaltung ist es erneut, bei diesem Forum den Dialog zwischen öffentlicher Verwaltung, Wirtschaft und der IT-Branche zu intensivieren.

Entscheidungsträger in der öffentlichen Verwaltung

„Die Veranstaltung richtet sich an die Entscheidungsträger in der öffentlichen Verwaltung, IT-Entscheider und Organisationsleitung, Rechenzentrumsleitung, Unternehmens- und EDV-Strategen, sowie an Geschäftsprozessverantwortliche.“

Die Teilnahme ist innerhalb der Messe kostenfrei. Für einen Imbiss ist gesorgt.

Anmeldungen: www.gemeindezeitung.de oder eMail: info@gemeindezeitung.de.

Mittelstandsbank“ zu sein. Könnten Sie sich auch als „beste Kommunalbank“ sehen?

Ihler: Ja, unser Anspruch ist es, die beste Bank für den öffentlichen Sektor zu werden. Die Betreuung des Öffentlichen Sektors ist deshalb in unserer Mittelstandsbank eingebunden. Die hier vorhandene Expertise bildet die Basis, mit der die eigenständige Schwerpunktbetreuung des Öffentlichen Sektors spezifische Lösungen für die kommunalen Herausforderungen entwickelt. Kunden, die sich für uns entscheiden, profitieren von diesem Anspruch.

GZ: Bei den Kommunen dominieren in Bayern offensichtlich die Sparkassen. Ist Ihr Ziel, dort Hausbank zu sein, nicht etwas zu ehrgeizig?

Ihler: Zum jetzigen Zeitpunkt wäre das in der Tat nicht realistisch. Wenn wir uns mit den deutschen Sparkassen und Landesbanken vergleichen, fehlt uns zum Beispiel das teilweise über Jahrzehnte aufgebaute Netzwerk. Deshalb sagen wir auch nicht: Wir wollen Hausbank werden, sondern wir wollen die beste Bank werden und Kernbank. Unser Anspruch ist es, als eine beratungsstarke Bank für den Öffentlichen Sektor wahrgenommen zu werden, die mit vollem Verständnis für die besonderen kommunalen Aufgaben und umfassendem Know-How effiziente Lösungen entwickelt.

GZ: Mit welchen Produkten wollen Sie die Kunden überzeugen? Was wollen Sie ändern?

Ihler: Bei den Produkten waren wir bisher schwerpunktmäßig mit Finanzierungen und deren Strukturierung präsent. (Fortsetzung auf Seite 6)

Virtuelle Behörde auf der KOMMUNALE:

Das sind die Themen

Rechtzeitig vor der KOMMUNALE am 10. und 11. Oktober veröffentlichen wir im Internet auf unserer Website www.gemeindezeitung.de das endgültige Vortragsprogramm für die „Zukunftswerkstatt öffentliche Verwaltung“ der Bayerischen Gemeindezeitung.

► **Bauherren, Einwohner, Steuerzahler – Wie oft verwalten Sie Ihre Bürger?**

Referenten: Thomas Singer und Dennis Böttcher, adKOMM GmbH, www.adKOMM.de

► **OK.FMS – das Konzept zur Qualitätssteigerung und Kostenreduzierung im Bereich der kommunalen Gebäude**

Referent: Norbert Hart, AKDB – Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern, www.akdb.de

► **Beschlussverfolgung mit ALLRIS® am Beispiel LRA Bad Tölz**

Referent: Michaela Hering, Landratsamt Bad Tölz und Kurt Hühnerfuß, CC e-gov GmbH, www.cc-e-gov.de

► **Doppik – ein Erfolgsmodell?**

Referent: Horst Schmitt, Bürgermeister von Sulzbach (Taunus), für DATEV eG, www.datev.de

► **Das Kommunalunternehmen – Eine alternative Unternehmensform zu Regiebetrieb**

Referent: Josef Popp, Steuerberater in Furth b. Landshut für DATEV eG, www.datev.de

► **Schnelle Hilfe in der Not – IT Notfallkonzepte**

Referent: Rainer Niedermeier, LivingData GmbH, www.LivingData.de

► **Auswirkungen der neuen Bayerischen Meldedatenverordnung für den GIS-Einsatz in Kommunen und Landkreisen am Beispiel Katastrophenschutz**

Referent: Jan Siennicke, TERA Kommunalsoftware GmbH, www.tera-online.de. □

Mit überzeugenden Produkten kommunale Kunden gewinnen

Bayerische Gemeindezeitung im Gespräch mit Jochen H. Ihler, Regionalvorstand Süd der Commerzbank AG

Als zweitgrößtes Kreditinstitut in Deutschland betreut die vor 137 Jahren gegründete Commerzbank Private und Firmenkunden sowie ausgewählte multinationale Unternehmen. Mit dem Erwerb der Hofer SchmidtBank im Jahre 2004 hat sich die Commerzbank nicht nur aktiv an der inländischen Bankenkonsolidierung beteiligt, sondern auch nahezu alle Arbeitsplätze erhalten können, da - bis auf eine Ausnahme - alle 70 Geschäftsstellen in das Filialnetz der Bank integriert wurden.

Mit der Etablierung eines eigenen Geschäftsfeldes „Mittelstandsbank“ hat sich die Bank insbesondere die Partnerschaft mit Firmenkunden auf die Fahnen geschrieben. Seit vielen Jahren betreut sie auch den Öffentlichen Sektor in bundesweit 16 Gebietsfilialen. Die Commerzbank ist eine der größten Staats- und Kommunalkundenbanken Deutschlands. Jetzt will sie auch im kommunalen Sektor in Bayern noch offensiver werden.

Partner des Mittelstands

GZ: Herr Ihler, wo liegen die Kernkompetenzen der Commerzbank?

Ihler: Neben dem Privatkundengeschäft ist insbesondere das Mittelstandsgeschäft unser Kerngeschäft. Deshalb erschließen wir ihm konsequent alle entsprechenden Möglichkeiten. So haben wir Instrumente wie das Schuldscheindarlehen auch für den Mittelstand zugänglich gemacht und die Losgrößen im Zins- und Währungsmanagement an den tatsächlichen Bedarf mittelständischer Unternehmen angepasst. Wir wollen die

Beste Bank für den Mittelstand sein - insbesondere bei der Finanzierung. Das heißt aber auch, nicht nur Finanzier und Dienstleister zu sein, sondern



Jochen H. Ihler.

vor allem der langfristige Partner, der seine Kunden und ihre besonderen Anforderungen genau kennt, tiefe Branchenkenntnis mitbringt und mit klaren, transparenten Prozessen arbeitet. Wir sind davon überzeugt,

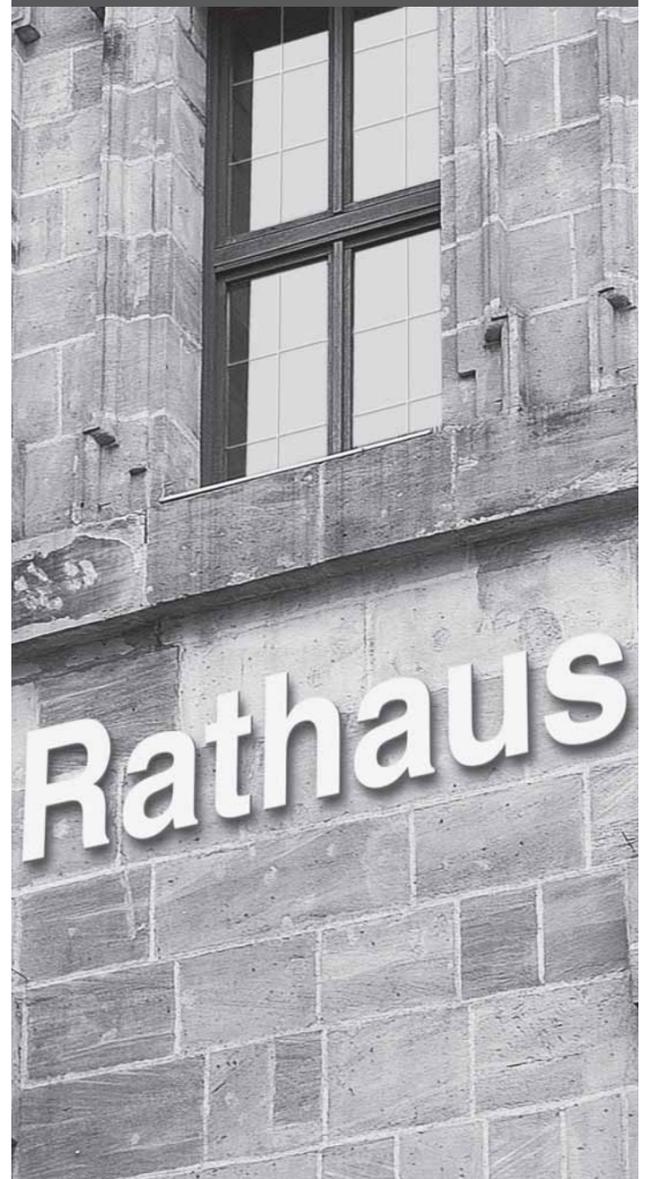
dass wir gerade als Großbank unseren Firmenkunden individuelle und innovative Lösungen anbieten können. Sie basieren nicht zuletzt auf dem Know-how und den Erfahrungen, die wir bei größeren Kunden und weltweiten Aktivitäten gewonnen haben - was uns von regionalen Finanzdienstleistern unterscheidet.

GZ: Sie sind in 2 Wochen auf der KOMMUNALE 2007 in Nürnberg erstmals vertreten. Wollen Sie auch im Öffentlichen Sektor in die Offensive gehen?

Ihler: Das ist richtig, da wir in anderen Regionen der BRD wesentlich stärker im Kommunalgeschäft vertreten sind als in Bayern. Wir haben bundesweit Kontoverbindungen zu etwa 40 % der Adressen im Öffentlichen Sektor. Bei einigen Kommunen, kommunalen Betrieben und öffentlichen Institutionen im Osten haben wir sogar die Hausbankfunktion. In Bayern sind wir im direkten Vergleich noch nicht so sichtbar. Das wollen wir ändern. □

Zu Hause in der Welt des Öffentlichen Sektors

GZ: Im Mittelstandsgeschäft stellen Sie sich immer wieder dem Anspruch „Beste



10. – 11.10.2007

KOMMUNALE

Kommunale 2007
NÜRNBERG

Der Marktplatz für Städte und Gemeinden
5. Fachmesse und Tagung für Kommunalbedarf

Über 200 Aussteller bieten Lösungen, Produkte und Dienstleistungen für die vielfältigen Anforderungen in Kommunen, Verwaltungen oder Bezirksverbänden.

Der begleitende Kongress gibt Ihnen zudem die Möglichkeit zum wertvollen Erfahrungsaustausch mit Kollegen und Experten.

Willkommen auf der Kommunale 2007 in Nürnberg!

Besucherservice

NürnbergMesse GmbH
Tel +49 (0) 9 11.86 06-49 36
besucherservice@nuernbergmesse.de

In Zusammenarbeit mit



Medienfachlicher Partner



Deutscher Städte- und Gemeindebund



BAYERISCHER GEMEINDETAG

Landratsamt Passau steigt um:

„Doppik ist Mittel zum Zweck“

Erfolgsfaktoren sind politisches Umdenken, Mitarbeitermotivation, Fachwissen und die richtige Software

Im Jahr 1990 startete das Landratsamt Passau unter dem seinerzeit neu gewählten Landrat Hanns Dorfner die Verwaltungsreform nach dem Neuen Steuerungsmodell. Am Anfang stand die Entwicklung von Logo und Leitbild unter sehr breiter Beteiligung der Beschäftigten. Die Schulung der Mitarbeiter/innen und der Führungskräfte folgte. Damit wurden die Voraussetzungen für die Einführung betriebswirtschaftlicher Elemente geschaffen, die zu den Zielen der Verwaltungsreform gehörten, nämlich das erforderliche neue Führungssystem.

Zudem brachte der anspruchsvolle und zeitintensive Leitbildprozess erstmals neben einer allgemeinen Aufbruchstimmung eine klar formulierte Perspektive für die Entwicklung des Landkreises und strategische Verwaltungsziele als Orientierung für die Arbeitsabläufe und Strukturen zur Aufgabenerfüllung innerhalb der Landkreisverwaltung.

Landrat Dorfner sieht sich auf seinem Weg der Verwaltungsreform bestätigt. „Die Einführung der Doppik bringt uns die Transparenz, die für die politischen Entscheidungen notwendig ist“, erklärte er.

Neuartige Darstellung gewohnter Daten

Eineinhalb Jahrzehnte später: Seit Anfang des Jahres 2007 wird doppisch gebucht, nachdem Ende 2006 im Kreistag der Haushalt 2007 auf doppischer Basis vorgelegt und von der Regierung von Niederbayern rechtlich gewürdigt worden war. Alle Fraktionen setzten sich aktiv damit auseinander und lobten ihn. „Uns war wichtig, die Verbindungen zwischen dem alten kameralistischen und dem neuen doppischen System nachvoll-

ziehbar zu machen, den Kreistagsmitgliedern zu zeigen, dass sie, in neuartiger Darstellung, auch in Zukunft die bisherigen Daten wiederfinden“, betont Kämmerer Franz Xaver Dorfner, Projektleiter der Doppikeinführung, der im Nebensatz gleichsam auf die aktuell günstigen Rahmenbedingungen verweist: „Die Kreisverwaltung nimmt heuer keine Kredite auf und kann Schulden tilgen, und obwohl im neuen System Abschreibungen erwirtschaftet werden müssen, wurde die Kreisumlage gesenkt.“

Die frühzeitige Einbeziehung der Politik ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor auf dem Weg zum Neuen Kommunalen Finanzwesen (NKFV), unterstreicht Heinz Donaubauer, der stellvertretende Kämmerer, denn „an erster Stelle ist ein Umdenken in der Politik nötig.“ Die muss schließlich die neuen Informationen mit langfristiger Perspektive, die zuvor nicht gekannte Transparenz über die wirtschaftliche Situation des Landkreises, die die Einführung der doppelten Buchführung bringt, für ihre Entscheidungen auch nutzen.

Von großer Bedeutung für einen erfolgreichen Doppikumstieg ist das entsprechende Fach-

wissen, das im Doppik-Team sowohl Donaubauer als auch der ehemalige Steuerfachgehilfe Manfred Steinhofner beisteuert. Der gelernte Verwaltungsfachwirt und Bilanzbuchhalter ist zuständig für die KLR und das Controlling. „Wer Doppikkenntnisse extern einkaufen muss, muss entsprechend zahlen - und dem Berater fehlt natürlich die Rückkoppelung seiner Konzepte und Umsetzungsmethoden in die Verwaltung, ihre Menschen und Prozesse“, erinnert Kämmerer Dorfner.

Motivation der Mitarbeiter

Dass im Landratsamt Passau die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr intensiv und nicht zuletzt sehr häufig durch die Sachgebietsleiter, Abteilungsleiter und insbesondere den Landrat persönlich motiviert wurden, bei den Veränderungsprozessen mitzuziehen, war für den Erfolg unverzichtbar. Und nicht zuletzt erwies sich die Beteiligung am Innovationsring des bayerischen Landkreistages, den das Landratsamt Passau 1996 mitgegründet hatte, als sehr hilfreich. Neben dem Erfahrungsaustausch sei vor allem der enge Austausch mit dem Innenministerium von Vorteil, zumal Passau den Umstieg auf das NKFV relativ früh und parallel zur gesetzlichen Entwicklung in Angriff nahm. „Es braucht Vorreiter, die die Praxiserfahrungen in den Gesetzgebungsprozess einfließen lassen, und beim NKFV war das

Landratsamt Passau dabei“, so der Landrat. Ähnliches gilt in gewisser Weise auch im Bereich der Software. Denn das Landratsamt Passau fungiert für die AKDB als Modellkunde für NKFV Doppik, nachdem der Kreisausschuss sich Anfang 2006 für den Programmkauf entschieden hatte.

Produkt- und Kontenplan

Generell gilt, dass jedes Softwareprodukt erst einmal „gefüllt“ werden muss, gibt das Team zu bedenken, eine Knochenarbeit, die keinem Produktkäufer erspart bleibt. So wurden Produktplan und Kontenplan ab März 2006 zentral in der Kämmererei aufgestellt und mit den Haushaltsstellen aus OK.FIS verknüpft. Anschließend wurden sie von der AKDB in das NKFV übernommen. Ab 1. August 2006 konnte mit der Haushaltsplanung 2007, nun im neuen System, begonnen werden.

„Mit dem Produkt und dem Support sind wir gut gefahren“, fasst Dorfner zusammen. Der Umstieg gelang innerhalb der vorgesehenen Zeit, das Budget wurde sogar leicht unterschritten. Gerade für das NKFV hebt Steinhofner mit Blick auf die Betreuung hervor, dass es einen konkreten, direkten Ansprechpartner bei der AKDB gebe, der im Notfall auch per Handyreichbar ist, nicht nur via Hotline.

Anspruchsvolle Kommunkunden

„Die Stunde der Wahrheit kommt letztlich, wenn die Kasse die Gelder ordnungsgemäß auszahlen kann“, betont Dorfner; die Abstimmung zwischen Kämmererei und Kasse muss daher funktionieren.

Vor der Auftragsakquise muss ein Softwareanbieter sich zudem für die einzelne Kommune die wesentlichen Informationen verschaffen und auch wissen, ob die neue Software mit der örtlichen

Infrastruktur und den angewendeten Fachverfahren kompatibel ist, betont das Doppik-Team.

Den Passauer Softwareentscheidungen liegt zudem eine Priorität zugunsten von Komplettlösungen aus einer Hand zugrunde, damit es nur einen Ansprechpartner und geringere Schnittstellenprobleme gibt.

Werteverzehr und Werteverhalt

Für das Passauer Landratsamt war der Umstieg auf die Doppik die konsequente Fortsetzung des eingeschlagenen Weges, nachdem das Landratsamt sozusagen im Alleingang anfangs mit viel manuellem Aufwand für die Datenzuführung in Excel-Tabellen die Kosten-Leistungsrechnung (internes Rechnungswesen) und die Bilanz erstellt hatte. „Wir konnten damit bereits ähnliche Informationen für die Politik bereitstellen wie heute. Testierfähig war diese Bilanz allerdings nicht, und es gab viele Unwägbarkeiten bei der Zusammenführung der Daten“, sagt Steinhofner. Der Wettbewerb der Anbieter hält man in Passau für hilfreich. Er fördere das Angebot und die Produktqualität.

Mit der Einführung der Doppik als Rechnungswesen steht der Landkreisverwaltung nun ein geschlossenes System zur Verfügung, das die finanzielle Entwicklung des Landkreises über die Jahre hinweg nachhaltig darstellt und dabei auch Werteverzehr und Werteverhalt berücksichtigt. Manfred Steinhofner zitiert Landrat Dorfner: „Die Doppik vergisst nichts.“ Während die Kameralistik Jahr für Jahr nur die Einnahmen und die Ausgaben ausweist, wird heute den Schulden das Vermögen gegenübergestellt. „Das verändert die Sichtweise“, betont der Kämmerer. Der Kauf einer benötigten Immobilie anstelle der Anmietung kann daher die wirtschaftlichere Lösung sein, auch wenn dadurch die Schulden steigen.

Effizienzgewinn

Der Effizienzgewinn bei der Bilanzstellung ist für die Kämmererei groß. Das neue Programm erzeugt die Schlussbilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung automatisch. Nun muss nur noch die Politik den neuen Erkenntnisstand nutzen.

Bisher hat sich der Freistaat Bayern für das Optionsmodell entschieden, der Umstieg auf die Doppik ist - noch - freiwillig. „Die Entscheidung für ein einheitliches Buchungssystem wird kommen (müssen)“, ist sich das Team im Landratsamt Passau sicher. Es geht davon aus, dass sich die Doppik durchsetzen wird. Es rät daher dringend allen Kommunen, diese Übergangszeit zu nutzen. „Engagement und Motivation werden nicht ausreichen.“ Vor allem sollten die Kommunalverwaltungen rechtzeitig die personellen Voraussetzungen schaffen. Das Fachwissen und die Erfahrung sollte außer für die Kameraalistik auch für die Bilanzbuchhaltung im eigenen Haus verankert werden, wie Donaubauer betont. Außerdem sollten sie, ohne den Aufwand dafür zu übertreiben, mit der Vermögenserfassung und -bewertung beginnen, da eine Vermögensbuchführung zusammen mit einer funktionierenden KLR eine wichtige Voraussetzung für wirklich aussagekräftige Erkenntnisse zur wirtschaftlichen Situation einer Kommune ist.

Vom Freistaat wiederum wünschen sie sich, dass er die gesetzlichen Rahmenbedingungen schafft, beispielsweise die KommHV-Doppik und die dazugehörigen Verwaltungsvorschriften verabschiedet. Und im eigenen Haus soll die Buchführung wieder eine Selbstverständlichkeit sein, sobald die Doppikeinführung abgeschlossen ist. Dorfner: „Die Doppik ist wie das NKFV insgesamt schließlich nur Mittel zum Zweck!“

Dr. Beatrix Körner

Wir entnehmen den Beitrag gekürzt dem AKDB-Report 1/07.

Mit überzeugenden Produkten ...

(Fortsetzung von Seite 5)

Da wir nicht nur eine Filialbank, sondern auch eine Universalbank sind, werden wir die Themen Anlage und Zahlungsverkehr sowie Risikomanagement und Beratung forcieren. Konkret bedeutet dies, dass wir bei den Themen Schuldenmanagement (bzw. Anlagemanagement – je nach Bedarf), Liquiditätsmanagement und auch gerade bei dem Thema Derivate verstärkt aktiv werden wollen. Wir glauben auch, dass wir mit der Weiterentwicklung des Themas Schuldenmanagement und den Erfahrungen im Öffentlichen Sektor bei der Einführung von SEPA bei unseren Kunden und potentiellen Kunden anders wahrgenommen werden. Einen weiteren Schwerpunkt bilden die Einführung der Doppik bei Gebietskörperschaften in Bayern sowie die Chancen aus Public Corporate Governance.

GZ: Das Thema PPP wird immer wieder intensiv diskutiert. Wo steht die Commerzbank in diesem Bereich?

Ihler: Wir diskutieren das weniger, wir setzen es gemeinsam mit unseren Kunden um. Beispielsweise sei hier das neue Thermalbad in Fürth genannt, welches nunmehr im Oktober eröffnet werden wird. Hier haben wir zusammen mit einer Betreibergesellschaft ein PPP-Konzessionsmodell realisiert. Wir verfügen in diesem Bereich über ein starkes Partner-Netzwerk, was zur erfolgreichen Umsetzung von PPP-Projekten unbedingt notwendig ist.

Breitere Basis zum Kunden

GZ: Was ist der Hintergrund für diesen deutlichen

Ausbau des Geschäftes im Öffentlichen Sektor?

Ihler: Hintergrund ist der zunehmende Wettbewerb im standardisierten Finanzierungsgeschäft. Die Kunden werden von fast allen Banken verstärkt angesprochen. Wir stellen fest, dass man um die einfachen Finanzierungen kämpft und dass versucht wird, sich zu unterbieten. Wenn Kommunen bessere Konditionen als Bundesländer erhalten, dann muss eine Bank überlegen, ob das anzulegende Kapital betriebswirtschaftlich sinnvoll eingesetzt ist. Das sehen wir insbesondere dann, wenn wir neben dem reinen Kreditgeschäft auch in anderen Bereichen bei den Kunden eingebunden sind. Da wir bisher nicht alle Produkte der Bank im öffentlichen Sektor angeboten haben, diese aber im Hause genutzt werden können, lag es nahe, jetzt einen breiteren Ansatz zu wählen. Wir wollen eine breitere Basis zum Kunden. Dies begleiten wir mit der Führung eines jährlichen Strategieggespräches. Hier wollen wir mit unseren Kunden auf Augenhöhe reden und strategischer Partner sein.

GZ: Wird der Öffentliche Sektor eigentlich vom klassischen Firmenkundengeschäft quersubventioniert?

Ihler: Nein. Das Geschäft mit Kunden aus dem Öffentlichen Sektor ist sicher von der Größe her selbst in der Lage, wettbewerbsfähige Preise anzubieten. Diese - kombiniert mit einer professionellen Beratung - sind ein Grund für den Geschäftserfolg. Auch unser einstufiger Vertrieb ist für unsere Kunden positiv, hier haben wir sicher einen Vorteil gegenüber lokalen Banken, die bestimmte

Produkte „einkaufen“ müssen.

GZ: Wie ist der Vertrieb im Öffentlichen Sektor in der Commerzbank organisiert?

Ihler: Wir betreiben das Geschäft in dezentral organisierten Betreuungseinheiten in den Regionen. Das heißt, die Kunden haben einen persönlich zugeordneten Betreuer und daneben einen spezialisierten Kommunkundenbetreuer. Die spezialisierten Ansprechpartner werden von Produktspezialisten unterstützt. Somit haben größere Kunden sogar mehrere Kontaktpersonen, aber immer nur einen Verantwortlichen. Wir bekommen so eine gute Mischung aus regionaler Nähe und Spezialisierung hin.

Startschuss

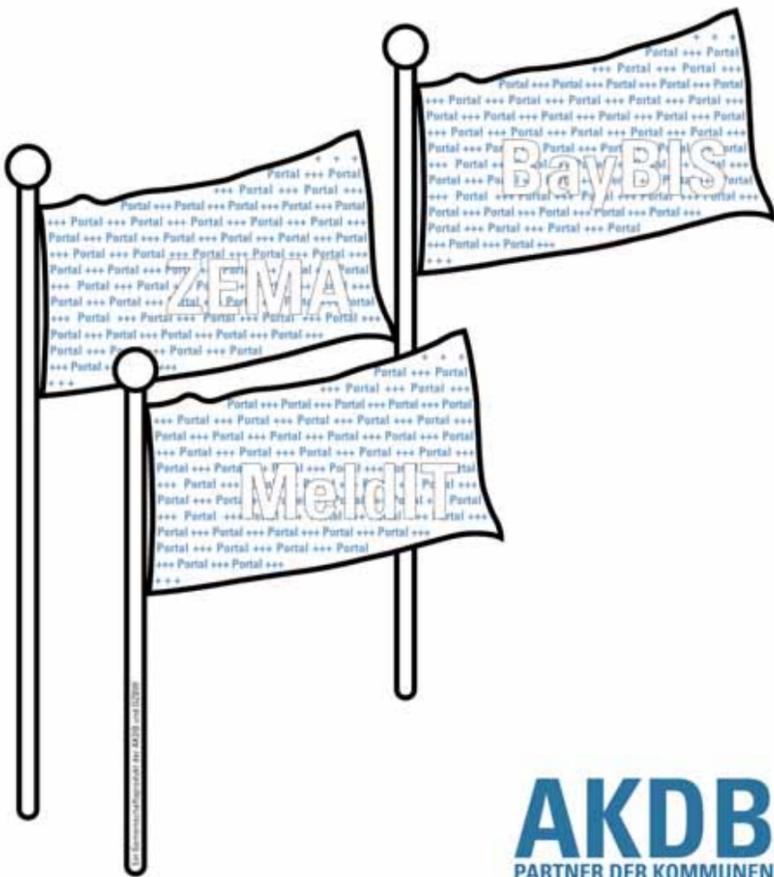
KOMMUNALE 2007

GZ: Was erwarten Sie sich von der KOMMUNALE?

Ihler: Für uns ist diese Messe von zentraler Bedeutung. Die KOMMUNALE ist in den letzten Jahren ständig gewachsen und hat damit enorm an Bedeutung gewonnen. Als Bank für den öffentlichen Sektor kommt man an der KOMMUNALE nicht mehr vorbei. Wir werden hier Flagge zeigen und uns natürlich auch intensiv einbringen. Z.B. werden wir in einem Fachforum die Themen SEPA und Treasury beleuchten und haben uns auch für unseren Messestand einiges einfallen lassen. Unsere Produktoffensiven, z.B. im Zahlungsverkehr, wird für die Kommunen von großem Nutzen sein und den in diesem Bereich vielleicht doch etwas eingefahrenen Wettbewerb beleben. Die KOMMUNALE ist für uns auch ein Startschuss für unsere Offensive im Kommunkundengeschäft in Bayern. □



Frischer Wind für Meldedaten



AKDB
PARTNER DER KOMMUNEN

Besuchen Sie uns auf der KOMMUNALE 2007 in Nürnberg am 10. und 11. Oktober in Halle 12 Stand 323

AKDB • Herzogspitalstraße 24 • 80331 München • Telefon 089/5903-0 • Fax 089/5903-1845
E-Mail mailbox@akdb.de • Internet http://www.akdb.de

Jahrespressekonferenz der DATEV eG:

Kommunaler Sektor wächst planmäßig

Mehr Umsatz und Ergebnis - Zuwachs im Jubiläumjahr bei jüngeren und traditionellen Geschäftsfeldern

Der Nürnberger IT-Dienstleister DATEV eG hat im 40. Jahr seines Bestehens sein stetiges Wachstum fortgesetzt. Wie der Vorstandsvorsitzende Prof. Dieter Kempf bei der Jahrespressekonferenz in Nürnberg betonte, stieg der Umsatz 2006 insbesondere in neueren Geschäftsfeldern und erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 3,7 Mio. Euro auf 584,8 Mio. Euro. Die Kunden profitierten von einigen Preissenkungen, die den Anstieg des Umsatzes abbremsen. Das operative Ergebnis wurde unter anderem auf Grund von Sonderfaktoren auf 40,5 Mio. Euro (Vorjahr 33,1 Mio.) verbessert.

Kempf zeigte sich insgesamt zufrieden mit dem Geschäftsverlauf des IT-Dienstleisters in 2006: „Die Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen der DATEV ist im vergangenen Jahr merklich gestiegen, obwohl unsere Geschäftsentwicklung dem Konjunkturlauf gewöhnlich mit einem Jahr Verzögerung folgt. Das lässt uns für das laufende Jahr ein höheres Wachstum erwarten.“ Der Vorstandschef rechnet für 2007 mit einem deutlichen Umsatzzuwachs von 2,6 Prozent auf über 600 Mio. Euro. Das erste Halbjahr 2007 wurde mit einem Umsatz von 307,0 Mio. Euro (Vorjahr 296,7 Mio.) abgeschlossen. Die Zahl der Beschäftigten stieg auf 5.500 (Vorjahr 5.412).

Augenmerk auf neue Software-Generation

Das Umsatzplus in 2006 resultierte laut Kempf zu einem wesentlichen Anteil aus den in den vergangenen Jahren entwickelten neuen Geschäftsfeldern. Dazu zählen Software und Dienstleistungen für die Anwälte, die Wirtschaftsprüfer, Kommunen und das Consulting. In nächster Zeit widmet sich die DATEV Kempf zufolge insbesondere der Entwicklung einer neuen Software-Generation: „Ziel dieser Aktivitäten ist es, die Programme soweit zu integrieren, dass für jeden Anwender eine auf seine Aufgaben zugeschnittene intuitiv nutzbare Bedienoberfläche entsteht.“

Daten-Analyse-System

Die Integration der Programme mache zudem eine kunden- und anwendungsübergreifende Auswertung von Datenbeständen möglich. Einen Eindruck von den daraus entstehenden Vorteilen haben bereits die Nutzer des seit März vertriebenen Daten-Analyse-Systems, das Steuerberatern das Recherchieren nach den Mandanten, die von einer steuerlichen Änderung betroffen sind, deutlich erleichtert.

Ein weiterer DATEV-Schwer-

punkt im Jahr 2007 ist nach Kempfs Angaben eine Vermarktungsoffensive zur stärkeren Nutzung der Buchführung für die betriebswirtschaftlichen Zwecke der mittelständischen Unternehmen. Mit dem Abschied vom klassischen Papierbeleg durch das digitale Belegwesen sei das tagaktuelle Buchen von Geschäftsvorfällen in der Kanzlei und damit eine zeitnahe Auswertung der wirtschaftlichen Entwicklung des Unternehmens möglich. Kempf: „Wer die handelsrechtliche Buchführungspflicht mit Hilfe der neuen softwaretechnischen Lösungen auch zur zeitnahen Analyse nutzt, gibt der Beratung zur Unternehmensplanung und -steuerung eine fundierte Basis.“

Feste Größe

Die DATEV eG hat sich in den vergangenen Jahren als feste Größe im kommunalen Bereich etabliert. So haben inzwischen Städte und Gemeinden aus sieben Bundesländern gemeinsam mit ihrem steuerlichen Berater und Mitarbeitern der Genossenschaft den Umstieg auf das doppelte Rechnungswesen vollzogen oder damit begonnen. Das Team steht bei den Kommunen im Ruf, ein verlässlicher Partner zu sein. Bei der Projektierung, der Hilfe während der Umsetzung, der begleitenden Beratung, aber auch mit der Software und Investitionssicherheit haben Steuerberater und DATEV sich einen Namen gemacht. Auch zahlreiche kommunale Betriebe setzen beim Rechnungswesen und bei der Veranlagung von Beiträgen und Gebühren auf DATEV-Software.

Kommunale Anwender

Naturngemäß kommt die Mehrzahl der kommunalen DATEV-Anwender aus den Bundesländern, die ihre Städte und Gemeinden bereits zum Umstieg auf das kaufmännische Rechnungslegungssystem verpflichtet haben. So mag es nicht verwundern, dass Nordrhein-Westfalen hier ungleich stark

vertreten ist. Doch auch Kommunen aus Ländern, deren Gesetzgebung noch kein akutes Handeln fordert oder die den Umstieg lediglich fakultativ zulassen, finden sich unter den Anwendern.

Entschluss zum Umstieg

So ist beispielsweise das Amt Schlieben, das bereits 2006 mit DATEV das kaufmännische Rechnungswesen eingeführt hat, heute einer der Doppik-Pioniere in Brandenburg. Dieses Bundesland wird die für den Umstieg notwendigen allgemeinen Regelungen voraussichtlich erst bis 2009 festsetzen. Außerdem setzt mit der Gemeinde Bockelwitz einer der vier Doppik-Frühstarter im Freistaat Sachsen derzeit sein Doppik-Projekt mit DATEV um. Ganz aktuell hat sich eine weitere bayerische Kommune zum Umstieg entschlossen: Der Stadtrat der 17.800 Einwohner zählenden Stadt Oberasbach im Landkreis Fürth hat einstimmig beschlossen, mit dem Softwarepaket DATEVkommunal auf die Doppik umzusteigen.

Beispiel Oberasbach

Oberasbach hat sich zudem dafür entschieden, die genutzte DATEV-Software im Application Service Providing (ASP) komplett im Nürnberger Rechenzentrum der DATEV betreiben zu lassen. Das Angebot DATEVasp beinhaltet Dienstleistungen von der Bereitstellung der Server und des Betriebssystems bis hin zum Management der IT-Infrastruktur. Durch dieses Outsourcing des technischen Umfeldes ist gewährleistet, dass die Programme jederzeit unter optimalen System- und Sicherheitsbedingungen laufen, ohne dass sich in der Kommune jemand ständig darum kümmern muss. Immer mehr Städte und Gemeinden nehmen diesen Service in Anspruch.

Die optimale Basis für die Doppik-Einführung liefert DATEV mit seinem lückenlosen,

durchgängigen und zertifizierten Softwarepaket rund um das kommunale Rechnungswesen. Neben bundeslandspezifischen Kontenrahmen für die Finanzbuchführung sind auch Anwendungen für den Jahresabschluss, die Finanzrechnung und den Zahlungsverkehr, die Budgetierung, die Mittelbewirtschaftung und die Haushaltssteuerung fest integriert. Weitere Bausteine sind die Kosten- und Leistungsrechnung, die Anlagenbuchführung und die Veranlagung kommunaler Abgaben (Steuern, Gebühren und Beiträge). Ergänzt wird dieses Software-System durch ein spezielles Lohn- und Gehaltsprogramm, das auch die Besoldung kommunaler Beamter abdeckt.

Archiv und Datendrehscheibe

Das DATEV-Rechenzentrum steht zudem als reversionssicheres Archiv und Datendrehscheibe für den elektronischen Informationsaustausch mit Behörden zur Verfügung. Neben Auftragsdruck und Zustellung von Gebühren-, Mahn- oder sonstigen Bescheiden übernimmt DATEV auch die Erstellung des Haushaltsbuches oder von Broschüren. Insgesamt geht der Nürnberger IT-Dienstleister davon aus, dass er im public sector auch künftig ein stabiles Wachstum erzielen wird. **DK**

Deutschland beim eGov im oberen Drittel

Die öffentliche Verwaltung in Deutschland hat sich bei der Bereitstellung von Online-Dienstleistungen deutlich verbessert. So lautet das Ergebnis einer von der EU-Kommission beauftragten aktuellen Studie. Im Mehrländervergleich erreicht Deutschland in diesem Jahr den 10. Platz. 2006 hatte es nur für Platz 19 gereicht. Die Studie wird seit 2001 jährlich von Cap Gemini im Auftrag der EU-Kommission durchgeführt. Sie vergleicht, wie umfangreich und wie gut Bürger und Unternehmen in 31 europäischen Ländern (EU-Mitgliedsstaaten sowie Island, Norwegen, Schweiz und Türkei) mit den Behörden über das Internet zusammenarbeiten können. **□**

Zukunftswerkstatt öffentliche Verwaltung:

Die Doppik zum Erfolgsmodell machen

Bürgermeister referiert während der Kommunale in Nürnberg über laufendes Einführungsprojekt

Die Gemeinde Sulzbach am Taunus steht mit ihrem Projekt zur Einführung der Doppik kurz vor dem Endspurt. Nachdem der kommunale Eigenbetrieb sowie einzelne Verwaltungsbereiche inzwischen bereits kaufmännisch buchen, wird die Kommune zum Jahresbeginn 2008 komplett auf das doppelte System umgestellt. Projektpartner der 8.000 Einwohner zählenden Gemeinde sind ihr steuerlicher Berater und der Nürnberger IT-Dienstleister DATEV eG. Im Rahmen der Zukunftswerkstatt öffentliche Verwaltung während der Kommunale in Nürnberg wird Bürgermeister Horst Schmittziel von seinen Erfahrungen berichten.

Der gegenwärtige Projektstatus bietet sich für eine erste Rückschau an: Sowohl die technischen als auch die meisten inhaltlichen Grundlagen für die endgültige Doppik-Umstellung in Sulzbach zum Jahreswechsel 2007/2008 sind bereits geschaffen. So wurden die kamerale Haushaltsstellen in doppelte Konten und Kostenstellen überleitet.

Der Grundstein ist gelegt

Sämtliche Grundstücke der Gemeinde sind aufgenommen und mit dem Grundbuch aktualisiert worden. Die Zugänge des Anlagevermögens wurden erfasst und die Überleitung der gesamten Anlagenbuchhaltung ist abgeschlossen. Außerdem wurden die gesamten Prozesse des Rechnungswesens in der Gemeinde vom Rechnungseingang bis zur Verbuchung im Zuge des Projekts effizienter und klarer gestaltet.

Gut durchkalkulierter Aufwand

Obwohl es sich um ein sehr anspruchsvolles Projekt handelt, hält sich der Stress für die Mitarbeiter der Gemeinde in maßvollen Grenzen. Grund dafür ist laut Schmittziel insbesondere der Umstand, dass die Schulungen für die Mitarbeiter vor Ort erfolgten und diese das neue System an ihrem Arbeitsplatz mit echten Daten statt in einer „Laborsituation“ verproben konnten. „Auch die Entscheidung für einen sukzessiven Umstieg zahlt sich hier für uns aus“, ist der Bürgermeister überzeugt. Als enorm wichtig für das Gelingen des Doppik-Projekts betrachtet er auch, dass die be-

troffenen Mitarbeiter geschlossen hinter der Entscheidung stehen: „Sowohl was die Doppik-Einführung als solche anbelangt als auch hinsichtlich der Software-Auswahl war unsere Entscheidung einstimmig“, erklärt er.

Software im Echtbetrieb

Die Mitarbeiter nutzten zuvor die Gelegenheit, sich die DATEV-Software einmal im Echtbetrieb anzuschauen. Dazu besuchten sie ihre Kollegen in der Gemeinde Burghausen, die die Doppik-Einführung bereits abgeschlossen hat.

Information und sorgfältige Planung sind A und O

Um das Doppik-Projekt zu einem Erfolg werden zu lassen, rät Bürgermeister Schmittziel, vier Punkte in jedem Fall zu berücksichtigen:

- Alle Beteiligten sollten frühzeitigstmöglich informiert werden.
 - Wichtig ist, einen festen Projektplan festzulegen und diszipliniert einzuhalten.
 - Bei der Software-Entscheidung sollte darauf geachtet werden, dass es sich um ein bewährtes und sicheres IT-System handelt.
 - Mit der Vermögensbewertung sollte frühzeitigstmöglich begonnen werden.
 - Beim Umstieg sollte keine Rückschau zur Kameralistik erfolgen - der so genannte harte Umstieg verspricht die besseren Ergebnisse.
- Tiefere Einblicke in die Praxis einer Doppik-Einführung gibt Schmittziel interessierten Kommunalvertretern am 10. Oktober in Nürnberg. **□**

Der sichere Weg zur Doppik führt über die DATEV.

Unsere Einstellung zur Umstellung lässt sich so beschreiben: partnerschaftliche, sichere Wegbegleitung mit kommunalem Know-how und mit unseren bewährten Doppik-Programmen. Gemeinsam mit ihrem steuerlichen Berater bieten wir Städten und Gemeinden ein maßgeschneidertes Paket aus Dienstleistung, Fachwissen und flexibler Software, auf Wunsch mit einem leistungsstarken Rechenzentrum. Das ermöglicht ausgefeilte Detaillösungen für die speziellen Anforderungen Ihrer Kommune oder des Eigenbetriebs. Und genau das schätzen Kämmerer. Denn im scheinbar Kleinen liegen die größten Herausforderungen bei der Doppik-Umstellung. Sie sehen, der Weg zur Doppik lässt sich gemeinsam meistern. Es kommt nur auf die richtige Umstellung an.

Wir denken schon mal vor.



Deutliche Kritik an Unternehmenssteuerreform

Im Rahmen der Pressekonferenz übte der DATEV-Vorstandsvorsitzende deutliche Kritik an der Unternehmenssteuerreform. Sie werde vor allem für eigenkapitalschwache Unternehmen, und dies betreffe einen großen Teil der mittelständischen Unternehmen in Deutschland, große Belastungen bringen.

„Die Besteuerung von Zinsen für Fremdkapital beschädigt wichtige Eckpfeiler des bisherigen Rechts der steuerlichen Gewinnermittlung“, erklärte Kempf. Die Rahmenbedingung, dass die Steuerreform nicht mehr als 5 Mrd. Euro Nettoentlastung bringen dürfe, lasse die Frage aufkommen, ob dies den ganzen Aufwand wert sei. Der Vorstandschef sieht darin eher ein Beispiel dafür, dass in der Großen Koalition der Leitsatz gelte, „es muss etwas geschehen, aber es darf nichts passieren“. Auch die Bemühungen der Bundesregierung zum Abbau der Bürokratiekosten in Unternehmen beurteilte Kempf eher skeptisch. Allein die Unternehmensteuerreform weise 23 neue Informationspflichten für Unternehmen und neun für die Bürger auf. Selbst die Bundesregierung erwarte dadurch neue Bürokratiekosten von 72 Mio. Euro, halte dies aber auf Grund überwiegend einmaliger Effekte für „moderat“. **DK**

Google will Handy zur Geldbörse machen

Mobile Bezahlssysteme etablieren sich allerdings nur langsam

Die Strategien des Suchmaschinen-Giganten Google für den Marktstart eines eigenen Mobiltelefons nehmen immer konkretere Züge an. Und dabei geht es dem Konzern in Mountain View nicht nur um Telefondienste. Google will das Handy zur Geldbörse machen und damit mobile Bezahlverfahren (M-Payment) vorantreiben. Das Bezahlverfahren Gpay hat man sich beim US-Patentamt bereits schützen lassen. Das Marktforschungsunternehmen ABI Research <http://www.abiresearch.com> prognostiziert bis 2012 indes Umsatzmöglichkeiten von rund acht Milliarden US-Dollar mit mobilen Zahlungsverfahren. 2006 wurden demnach zehn Millionen Dollar umgesetzt.

Bahn- und Parktickets kann man in verschiedenen Pilotprojekten in Europa bereits seit einigen Jahren via Handy bezahlen, Kinokarten und Zigaretten am Automaten seit kurzem ebenfalls. Englische Handy-Anbieter wollen mit einem neuen einheitlichen Standard namens PayForIt dem Bezahlen per Handy endgültig zum Durchbruch verhelfen. Der jeweilige Rechnungsbetrag wird mit der nächsten Handy-Rechnung abgebucht. „In wenigen Jahren wer-

den auch wir beim Einkauf im Supermarkt unser Handy über ein Lesegerät ziehen, und der Betrag wird automatisch per Telefonrechnung abgebucht“, spekuliert „Die Welt“ angesichts der rasanten Entwicklung vor allem im asiatischen Raum. Als Pionier gilt Japan. Hier hat der Mobilfunknetzbetreiber NTT Docomo seine Handys mit der erforderlichen Near Field Communication Technik (NFC) ausgerüstet und, um die Akzeptanz zu steigern, Kassensysteme im Handel subventio-

niert. Dabei wird das Handy drahtlos mit dem Computer verbunden und die Zahlung abgebucht.

Pilotprojekt Handy-Ticket

In Deutschland testen elf Nahverkehrsregionen derzeit gemeinsam das Pilotprojekt Handy-Ticket <http://www.dashandy-ticket.de>. Hier wählt und bestellt der Kunde bequem per Handy den Fahrschein. Ohne Wartezeiten, Kleingeldsorgen und Papierchein kann er sofort in Bus oder Bahn einsteigen. Einem weiteren Versuch, M-Payment zu etablieren, macht man demnächst bei der Deutschen Bahn, und zwar unter dem Titel Touch & Travel, wofür aber noch Testpersonen gesucht werden. Die Tester werden mit einem mit RFID-Chip (Radio Frequency Identification) ausgerüsteten Handy ausgestattet, mit dem sie sich jeweils vor Fahrtbeginn bei einem Touchpoint an und nach ihrer Fahrt wieder abmelden.

Abschied vom Kleingeld

Der Abschied vom Kleingeld findet jedoch noch nicht überall Beifall, vor allem, weil es in Deutschland einerseits ausgereifte andere Bezahlssysteme gibt, andererseits einheitliche Standards für die Bezahlung per Handy fehlen. Außerdem: „Ein neues System muss einen Zusatznutzen bieten, und den sehe ich nicht“, sagt Arno Wilfert von Pricewaterhouse Coopers. Schließlich sei der Investitionsaufwand zur Ein-

Vorratsdatenspeicherung:

Mehr Augenmaß wahren

Bei der Regelung der Überwachung von Telefon und Internet muss die richtige Balance zwischen dem Schutz der Privatsphäre und dem Schutz der Gesellschaft gefunden werden. Der deutsche Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (BITKOM) - <http://www.bitkom.de> - fordert in diesem Zusammenhang, dass der Gesetzgeber „mehr Augenmaß“ wahren müsse. „Wir sind nicht gegen die Vorratsdatenspeicherung insgesamt, aber uns ist es ein Anliegen, dass die deutsche Regelung nicht über die Forderungen der EU hinausgeht“, erklärte Christian Spahr vom BITKOM im Gespräch mit presstext.

Im Detail unterscheidet sich der deutsche Vorschlag von den EU-Richtlinien. „Laut EU wird auf die erhobenen Daten nur bei schweren Straftaten zugegriffen - in Deutschland sollen die Daten in bestimmten Fällen sogar bei Beleidigungsdelikten ausgewertet werden“, betonte Spahr. „Wir unterstützen natürlich den Kampf gegen Terror und Kriminalität,

richtung von Annahmestellen erheblich.

Die weite Verbreitung von mobilen Bezahlssystemen hängt allerdings stark von den Angeboten der Netzbetreiber und der Unabhängigkeit von Plattformen für Service und Abrechnung ab. „Neue mobile Bezahlwege setzen sich erst dann durch, wenn sie einen hohen Komfort in der Nutzung für den Endkunden mit günstigen Konditionen für Anbieter verknüpfen“, sagt Omar Khorshed, Vorstandschef der corecus AG.

Der Düsseldorfer Billing-Experte sieht künftig ein Nebeneinander klassischer und neuer Modelle. Dabei müssten sowohl die klassische Zahlung über Kreditkarte, Überweisung und Lastschrift, als auch die innovativen Zahlungsmöglichkeiten erfolgreich miteinander verknüpft werden. „Fahrkartenkauf über eine registrierte Mobilrufnummer ist bereits heute in vielen Städten möglich. Zukünftig könnte das Mobiltelefon eigenständig über Bluetooth den Zugang zur Parkgarage öffnen“, meint Khorshed.

Branchenkenner erwarten ohnehin eine Diversifizierung von Zahlungssystemen, einen weltweit einheitlichen Trend erkennen beispielsweise die Gartner-Analysten nicht. Laut einer aktuellen Studie ist es etwa stark von der jeweiligen Landeskultur abhängig, welche Art des digitalen Geldes sich durchsetzen wird. „Während in den nordeuropäischen Ländern Mobile-Payment-Lösungen, etwa über das Handy, sehr gerne genutzt werden, ist speziell in Deutschland die Abneigung dagegen sehr groß“, berichtet die Computerzeitung. Allerdings scheint Deutschland aufzuholen: Hierzulande erkennt Gartner eine wachsende Akzeptanz für die kontaktlose Geldkarte auf RFID-Basis und für biometrische Zahlungsmittel. □

Neu-Ulm entscheidet sich für MESO

Die Große Kreisstadt Neu-Ulm (ca. 52.000 Einwohner) hat sich Mitte Mai 2007 für die Meldewesensoftware MESO und das Altdorfer EDV-Unternehmen komuna als ihrem „Partner der Kommunalverwaltung“ entschieden.

Rechtzeitig zur Einführung der steuerlichen Identifikationsnummer konnte die Stadt Neu-Ulm Vollzug der gelungenen Umstellung melden, denn am 2. Juli 2007 ging das Einwohnermeldeamt bereits in den Produktivbetrieb mit MESO. In einem ehrgeizigen und sehr kurzen Projektverlauf hat die Stadt Neu-Ulm mit komuna und HSH die Umstellung Hand in Hand realisiert. Innerhalb von nur sechs Wochen wurden die Altdaten übernommen und die Mitarbeiter im Umgang mit MESO geschult.

Bundesweit führende Meldewesensoftware

Die bundesweit führende Meldewesensoftware mit weit über 2.200 Anwendern, bietet eine optimale Sachbearbeitung aller in einer Meldebehörde anfallenden Arbeiten inklusive Pässe/Ausweise, Lohnsteuer, Wahlen usw. Besonders hervorgehoben wird von den komuna-Kunden:

- das einfache Programmhandlung;
- die problemlose Integration der kompletten MS-Office-Produkte für die individuelle Gestaltung aller Formulare;
- die schnelle und einfache Erstellung der unzähligen Auswertungen und Statistiken ohne zusätzliche EDV-Kenntnisse;
- die automatische Einarbeitung der empfangenen elektronischen Rückmeldungen und Fortschreibungen.

Freilich ist dies kein Grund für HSH und komuna, sich mit dem bisher Erreichten zufrieden zu geben. Neue Themen und neue Entwicklungen stellen den Kunden und damit auch den EDV-Dienstleister immer wieder vor

neue Herausforderungen. Deshalb gibt es rund um das Einwohnerwesen neue Entwicklungen und Lösungen.

Rathaus Service-Portal

„Mit der Maus ins Rathaus“: Unter diesem Motto bieten bereits über 100 Kommunen zwischen 2.000 und 100.000 Einwohnern ihren Bürgern diesen Service an. Mit dem Rathaus Service-Portal kann nun die Verwaltung ihren Bürgern auch Dienstleistungen anbieten, die in der freien Wirtschaft bereits selbstverständlich sind. Viele „Behörden-schäfte“ können damit online erledigt werden, insgesamt mehr als 40 elektronische Vorgänge wie z. B. Online-Anträge, Meldungen und Online-Auskünfte, ein attraktives und unvergleichliches Serviceangebot. Innerhalb kürzester Zeit hat sich damit das komuna Rathaus Service-Portal als leistungsstarkes eGovernment-Paket in den bayerischen Verwaltungen etabliert.

eAkte (integrierter Workflow und DMS)

Mit der MESO-eAkte können personenrelevante Daten in Form von Melde-, Pass- und Lohnsteuerformularen, Schriftverkehr, Personenstandsurkunden usw. in digitaler Form in MESO abgelegt werden. Die eAkte ermöglicht somit den schnellstmöglichen Zugriff auf diese Daten.

Der MESO-Internetwahrschein bietet dem Bürger die Möglichkeit, für Wahlen oder Abstimmungen die Briefwahlunterlagen online über das Internet zu beantragen. □

Online-Durchsuchung und E-Government:

Zerstörtes Vertrauen

Von Christian Fröhlich und Klaus Jamin

Eine Umfrage auf der Internationalen Funkausstellung (IFA) in Berlin hat es eindeutig gezeigt: Wenn die Online Durchsuchung kommt, ist das Verhältnis zu den Behörden nachhaltig gestört.

Bei einer spontanen Umfrage fanden über 70 % der befragten Messebesucher vor allen Dingen die Methode zur Online-Durchsuchung nicht in Ordnung. Vielen war zum Beispiel auch bekannt, dass bereits die Amerikaner den weltweiten E-Mail-Verkehr, der über amerikanische Verteilerstationen läuft, auswerten.

Besonders der eMail-Verkehr mit den Behörden dürfe nach Meinung der Besucher in Mitleidenschaft gezogen werden. Denn wer seine Steuererklärung über das Internet abgibt, wer mit dem Einwohnermeldeamt Kontakt aufnimmt, wer Informationen zum Schulanfang heraus sucht oder Dienstleistungen seiner Kommune in Anspruch nehmen will, könnte bereits in die Fänge des Bundesinnenministeriums geraten.

Wie viel beispielsweise die Polizei mithilfe von Trojanern (wikipedia.de) schreibt dazu: Als Trojanisches Pferd, auch kurz Trojaner genannt, bezeichnet man ein Computerprogramm, das als nützliche Anwendung getarnt ist, im Hintergrund aber ohne Wissen des Anwenders eine andere Funktion erfüllt) vom privaten Rechner herunterladen

kann, führt sich nur eine verschwindend geringe Anzahl von Befragten wirklich vor Augen. Auch ist den Befragten nicht klar, dass Antiviren-Programme zwar vor Trojanern schützen, die Bundesregierung jedoch in der Lage ist, mit den entsprechenden Herstellern passende Verträge abzuschließen. Wie weit diese allerdings mitmachen, steht noch in den Sternen.

Fehlerlose Software gibt es nicht!

Hacker jedenfalls warnen vor fehlerhafter Software aus dem Innenministerium, denn eines ist klar: Fehlerlose Software gibt es nicht - denken wir an die Pannen bei dem tollen Collect System, mit dem die Lkw-Maut heute einigermaßen verlässlich eingezogen wird, das aber in der Anfangsphase voller Fehler steckte.

Die Bürger jedenfalls, so lautet die Prognose nach der Umfrage, werden sich hüten, mit ELSTER und anderen Programmen mit den Behörden in Verbindung zu treten. E-Government könnte einen gewaltigen Rückschlag erleben. □

Der Meilenstein für einen effizienten Haushalt Mit CIP-KD zur Kommunalen Doppik



Der Umstieg zur Kommunalen Doppik auf Basis eines bewährten Systems garantiert den schnellsten und sichersten Weg in die Zukunft des kommunalen Finanzwesens.

- Die Vorteile auf einen Blick:
- Investitionssicherheit
 - Risikofreie Umstellung
 - Kalkulierbarer Aufwand



komuna GmbH EDV-Beratung
Wallerstraße 2 | 84032 Altdorf
Tel. 08 71 / 97 38 5-0
Fax 08 71 / 97 38 5-600
info@komuna.de

www.komuna.de

aber man muss darauf achten, dass die Verhältnismäßigkeit gewahrt bleibt.“ Auch BITKOM-Hauptgeschäftsführer Bernhard Rohleder warnte vor einer zu weitreichenden Regelung: „Sonst könnte das Gesetz am Ende vom Bundesverfassungsgericht kassiert werden.“

Dem aktuellen Gesetzentwurf zufolge müssen Anbieter ab Anfang 2008 alle Telefon- und Internet-Verbindungsdaten sechs Monate lang speichern. Auch Faxe, SMS und E-Mails sind von der neuen Regelung betroffen. „Der Gesetzentwurf lässt noch viele Fragen offen“, sagte Rohleder. „So sollte unter anderem eine Übergangsfrist für die betroffenen Netzbetreiber und Anbieter geschaffen werden.“

Rohleder hält eine Ausdehnung der Frist bis 2009 für sinnvoll. „Die Firmen müssen technisch und personell aufrüsten, um die neuen Vorschriften überhaupt erfüllen zu können.“ Innere Sicherheit sei eine originäre Staatsaufgabe und der Gesetzgeber müsse dafür sorgen, dass die Anbieter angemessen entschädigt würden. Durch die Vorratsdatenspeicherung kommen auf die Unternehmen Kosten von 50 bis 70 Mio. Euro zu. „Die Anbieter sind gesetzlich zur Kooperation verpflichtet, bekommen aber bisher nur einen Bruchteil ihrer Ausgaben erstattet“, kritisierte Rohleder. □



Staatsminister Eberhard Sinner (l.) und Landrat Harald Leitherer. □

Datentransfer und digitale Möglichkeiten in den Dörfern:

Staatsminister Sinner im Landratsamt Schweinfurt

Informationsaustausch im Landratsamt Schweinfurt: Der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Staatsminister Eberhard Sinner, diskutierte mit Landrat Harald Leitherer und den Bürgermeisterinnen der 29 Landkreismunicipalitäten über Chancen, Möglichkeiten und Benachteiligungen des ländlichen Raums.

Im Mittelpunkt der Diskussion standen der Datentransfer und digitale Möglichkeiten auf den Dörfern: In Ballungsräumen, Städten und Regionen mit höherer Besiedlungsdichte sind derzeit die unterschiedlichsten Möglichkeiten bei Internetzugängen verfügbar. Viele ländliche Regionen, Dörfer mit geringer Besiedlungsdichte bzw. topologisch ungünstig liegende Gebiete, können den schnellen DSL-Internetzugang dagegen noch nicht nutzen. Dieses Manko hat nicht zu unterschätzenden negativen Konsequenzen, bei-

spielsweise bei der Ansiedlung von Firmen, aber auch als Wohnstandort.

Staatsminister Sinner nahm sich für diese Bürgermeister-Dienstbesprechung viel Zeit, um bestehende Probleme und Wettbewerbsnachteile zu erörtern – und Lösungsmöglichkeiten anzubieten. Eberhard Sinner, der regelmäßig in Kontakt mit Harald Leitherer steht, wird auch künftig Ansprechpartner für die Landkreismunicipalitäten sein und will zu schnellen Lösungen bei der DSL-Problematik in den kleineren Dörfern beitragen. □

Mehr Rechtssicherheit für Schul-Intranets

Erlaubt war es schon seit Ende 2003: Das Einstellen kleiner Werke oder von Werkteilen in das Intranet von Schulen. Seit damals privilegiert der § 52 a des Urheberrechtsgesetzes (vgl. Kasten „§ 52 a UrhG - was ist das?“) Bildungseinrichtungen wie Schulen und Universitäten bei der Nutzung von urheberrechtlich geschützten Inhalten. Damit reagierte der Gesetzgeber auf die Erfordernisse moderner Unterrichtsgestaltung. Ob Ausschnitt aus einem Böll-Roman, ein Gemälde von Dali oder eine Sequenz aus einem Fassbinder-Film: Das Lernen mit Maus und Mattscheibe wird den Interessen und der Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen von heute eher gerecht als der den älteren Semestern vertraute „Medien-Mix“ aus Buch, Dia und Film-Projektor.

Unklar war bis vor kurzem, wer die im Gesetz vorgesehene Vergütung für die Nutzung der Inhalte zahlen muss und wie in § 52 a UrhG verwendete unbestimmte Rechtsbegriffe wie „Werke geringen Umfangs“ oder „kleine Teile eines Werkes“ auszulegen sind.

Praktikable Leitlinien

Rechtssicherheit bietet der am 26. Juni 2007 zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland und den Urheber-

rechtlichen Verwertungsgesellschaften geschlossene Gesamtvertrag zur Regelung von Ansprüchen aus § 52 a UrhG. Dieser federführend vom Amtschef des bayerischen Kultusministeriums, Josef Erhard, zusammen mit dessen rheinland-pfälzischen Kollegen Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig für die Länder und Prof. Dr. Ferdinand Melichar für die Verwertungsgesellschaften verhandelte Vertrag sieht Pauschalzahlungen für die Rechteinhaber sowie nachvollziehbare und

Mobiles Internet:

Suchmaschinen bieten spannende Perspektiven

Mobilfunknetzbetreiber werden Kooperationen mit Google und Yahoo eingehen

Bonn, www.ne-na.de - Das mobile Internet, also der Web-Zugriff über Handys oder Smartphones, rückt immer stärker in den Vordergrund: Nach der Trendstudie „Mobile Outlook“ des Eco-Verbandes <http://www.eco.de> setzen 13 Prozent der befragten Experten die Aussage, dass „die meisten Verbraucher 2007/2008 mobil im Internet surfen werden“, auf Platz eins: „Immer besser für das Surfen im Internet geeignete Endgeräte und die neuen Internet-Flatrates der Mobilfunknetzbetreiber schaffen eine höhere Akzeptanz des mobilen Internets bei den Verbrauchern. Doch selbst Vorreiter wie Vodafone konnten bisher lediglich 10 Prozent seiner 30 Millionen Kunden für das Internet begeistern.“

Bis wirklich mehr als die Hälfte der 80 Millionen Handynutzer in Deutschland mobil surfen, werden sicher noch ein paar Jahre vergehen“, dämpft Unternehmensberater Bernhard Steimel, Autor des Praxisleitfadens Mobile Marketing und Mitinitiator des Bonner Fachkongresses Voice Days <http://www.voicedays.de>, die Erwartungen.

Kein belastbarer Indikator

Auch die unlängst vorgestellten Zahlen der Domain-Verwaltung .mobi seien noch kein belastbarer Indikator für den Nutzungsgrad. „Es sind zwar mehr als 500.000 .mobi-

Domains registriert. Mit der weiteren Evolution der Browser wird die Bedeutung dieser Domains sinken, da die Nutzer nicht mehr nach speziellen mobilen Angeboten suchen müssen“, weiß Steimel.

Mit Vorsicht zu genießen

„Dass diese Zahlen mit Vorsicht zu genießen sind, ist vor allem mit Blick auf die Vergangenheit klar: Als WAP in den Jahren 1999/2000 in die Märkte gedrückt wurde, gab es auch viele Prognosen, die eine gewaltige Nutzung der mobilen Dienste voraussagten. Leider nur deckte sich das nicht mit der Realität“, bestätigt Fachautor Markus Hövener in

praktikable Leitlinien für die Gestalter der Intranet-Auftritte an den Schulen vor.

Freistaat zahlt Pauschale

Die gute Nachricht für die bayerischen Kommunen: Der Freistaat zahlt die Pauschale mit befreiender Wirkung für die Schulaufwandsträger. Die Schulen werden von viel Bürokratie entlastet, weil der gesetzliche Auskunftsanspruch der Verwertungsgesellschaften nicht durch aufwändige Einzelaufzeichnungen und Dokumentationen erfüllt werden muss, sondern nur durch zeitlich gestaffelte repräsentative Erhebungen.

Ausgewogenes Ergebnis

Ministerialdirektor Josef Erhard sprach deshalb bei der Vertragsunterzeichnung auch von einem „ausgewogenen Ergebnis“, mit dem Rechteinhaber und Schulen gleichermaßen gut leben könnten. Nachdem jetzt alle rechtlichen und finanziellen Hürden beiseite geräumt sind, hängt es an den Schulen, die sich ihnen bietenden Möglichkeiten bei Schul-Intranets konsequent zu nutzen. Durch die großen Anstrengungen der Schulaufwandsträger, die IT-Ausstat-

einem Beitrag für den Branchendienst Contentmanager <http://www.contentmanager.de>.

Steimel rechnet damit, dass der Siegeszug des mobilen Internets zu einer Renaissance von WAP führen wird: „Die Zeiten, als WAP für Wait And Pay stand, sind vorbei“. Die Eco-Studie geht davon aus, dass mobile Suchmaschinen die Nutzung des Internets über Mobilfunkgeräte fördern werden.

Strategischer Nachteil

„Zumindest in Deutschland haben die beiden relevanten Mobil-Suchmaschinen - Google Mobile und Yahoo! OneSearch - bislang einen strategischen Nachteil. Aktuell wird lediglich die Google-Suche vom O2-Portal verlinkt. Es ist aber zu erwarten, dass sich das ändert - vor allem, weil sowohl Google als auch Yahoo! ihre Mobil-Suchmaschinen aktiv vermarkten und den Netzbetreibern vor allem eins bringen können: Einnahmen aus Werbung“, so Hövener. Spätestens im nächsten Jahr werden nach

Angabe ihrer Schulen auf dem aktuellen Stand zu halten, gibt es dafür vielerorts optimale Voraussetzungen.

Vorreiterrolle

Bayern ist Vorreiter bei Art und Ausmaß der Nutzung des Intranets für schulische und unterrichtliche Zwecke. Noch liegt der Schwerpunkt auf den Gymnasien. Die anderen Schularten sollten folgen, das Intranet immer stärker in die neuen Formen modernen Unterrichts einzubeziehen - die beruflichen Schulen, die Realschulen, vor allem aber auch die Hauptschulen, deren stärkere Berufsorientierung zum Kern der Hauptschulinitiative gehört, die dieser Schultypus neuen Schwung geben wird.

Ein Stück Zukunft

Der Abschluss des Gesamtvertrags ist auch ein wichtiger Beleg dafür, dass diese Regelung praktikabel ist. Je mehr die Intranetnutzung zum selbstverständlichen Teil des schulischen Alltags wird, umso größer wird die Akzeptanz dieser Vorschrift als ein wichtiger Baustein bei der Ausgestaltung eines bildungs- und wissenschaftsfreundlichen Urheberrechts. Eines Urheberrechts, das durch die Zugänglichmachung von Wissen und Information für die Ausbildung der jungen Generation letztendlich ein Stück Zukunftssicherung für unser Land ist. □

Ansicht von Steimel zumindest T-Mobile, Vodafone und O2 Kooperationen mit Google oder Yahoo! eingegangen sein. „An die mobilen Bedürfnisse angepasste Suchmaschinen sind der Schlüssel für das mobile Internet und bieten wie im ‚stationären‘ Internet die spannendsten Refinanzierungsmöglichkeiten. Davon wollen die Provider natürlich profitieren - und schmieden Allianzen mit den Suchmaschinenanbietern“, sagt Steimel.

Lokalisierung und Personalisierung

Mobile Suchfunktionen müssen aber andere Anforderungen erfüllen: „Neben einem enger gefassten Such-Algorithmus für relevante Ergebnisse geht es vor allen Dingen um die Einbindung von lokalen Informationen, Suchhistorien und Nutzerprofilen. Suchmaschinen, die eine Lokalisierung und Personalisierung leisten, bieten der werbetreibenden Wirtschaft spannende Perspektiven“, resümiert Steimel. □

§ 52 a UrhG - was ist das?

Nach § 52 a Absatz 1 Nummer 1 des Urheberrechtsgesetzes (UrhG) ist es zulässig, „veröffentlichte kleine Teile eines Werkes, Werke geringen Umfangs sowie einzelne Beiträge aus Zeitungen oder Zeitschriften zur Veranschaulichung im Unterricht an Schulen, Hochschulen, nichtgewerblichen Einrichtungen der Aus- und Weiterbildung sowie an Einrichtungen der Berufsbildung ausschließlich für den bestimmt abgegrenzten Kreis von Unterrichtsteilnehmern (...) öffentlich zugänglich zu machen, soweit dies zu dem jeweiligen Zweck geboten und zur Verfolgung nichtkommerzieller Zwecke gerechtfertigt ist.“

Nach Absatz 3 sind auch die zur öffentlichen Zugänglichmachung erforderlichen Vervielfältigungen erlaubt, also zum Beispiel das Einscannen von Seiten aus einem Buch oder das Überspielen eines Musikstücks von einem Tonträger auf einen anderen. Die einschränkende Zweckbestimmung „soweit ... geboten und ... gerechtfertigt“ in Abs. 1 bedeutet für die Einstellung von Inhalten in Schul-Intranets, dass diese von Relevanz für den Unterricht sein müssen. Das ist nicht gegeben, wenn die Inhalte reine Informationsbedürfnisse befriedigen, nur von allgemeinem Interesse sind oder gar nur „just for fun“ eingestellt werden.

Ein großer, insbesondere für die Schulen interessanter Bereich ist von der Privilegierung ausgenommen. Nach Absatz 2 dürfen die für den Unterrichtsgebrauch an Schulen bestimmten Werke stets nur mit Einwilligung des Berechtigten in ein Intranet eingestellt werden. Mit der Umschreibung der Werke als „für den Unterrichtsgebrauch an Schulen“ bestimmt, sind von den Schulverwaltungen zugelassene Lehr- und Lernmittel gemeint. Eine weitere Ausnahme gibt es für Filme. In den ersten zwei Jahren nach der Erstaufführung im Kino dürfen auch diese nur mit Einwilligung der Berechtigten in ein Schul-Intranet eingestellt werden.

Diese Restriktionen zeigen, wie umstritten die Norm des § 52 a UrhG war und ist. Während die Sachwalter von Bildung, Forschung und Wissenschaft Wissensinhalte und künstlerische Leistungen möglichst einfach, unbeschränkt und kostengünstig den interessierten Nutzern zugänglich machen wollen, haben die Rechteinhaber ein ebenso großes Verwertungsinteresse an geschützten Werken. Vor allem die Verlage fürchteten von Anfang an Umsatzeinbußen bei Büchern durch diese Vorschrift. Nicht zuletzt wegen Vorbehalten auf Seiten der Rechteinhaber ist die Anwendbarkeit der Norm zunächst bis 31. Dezember 2008 begrenzt. Das Bundesjustizministerium wird die Vorschrift evaluieren. Je intensiver ihre Möglichkeiten genutzt werden, desto sicherer ist davon auszugehen, dass sie auf Dauer erhalten bleibt.

In dem am 26. Juni 2007 geschlossenen Gesamtvertrag ist es gelungen, die unbestimmten Begriffe „kleine Teile eines Werkes“ und „Werke geringen Umfangs“ in einer Art und Weise zu definieren, die den didaktisch-methodischen Bedürfnissen eines modernen Schulunterrichts Rechnung tragen:

- Bei Druckwerken gelten 25 Prozent des Werks, maximal jedoch 100 Seiten als Teil, der eingestellt werden darf. Ein Buch von maximal 25 Seiten (bei Musikeditionen maximal sechs) gilt als Werk geringen Umfangs;
- bei anderen Werken, etwa Musikaufnahmen oder Hörspielen, gelten maximal 12 Prozent als kleiner Teil, bei Filmen jedoch nicht mehr als fünf Minuten Länge;
- ein Kurzfilm von maximal fünf Minuten Länge gilt als Werk geringen Umfangs, ebenso wie maximal fünf Minuten eines Musikstücks;
- alle vollständigen Bilder, Fotos und sonstige Abbildungen gelten als Werke geringen Umfangs.

Ein Werk allerdings ist dann nicht von der Privilegierung erfasst, wenn es in zumutbarer Weise vom ausschließlichen Rechteinhaber in digitaler Form für die Nutzung im Netz der Schulen angeboten wird. Dies ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass Verlage ihre Leistungen zunehmend auch im Wege von Netzwerklizenzen vertreiben wollen.

Der Anwendungsbereich der Nutzung der Inhalte des Intranets wird im Gesamtvertrag über den bloßen Gesetzeswortlaut hinaus ausgedehnt. Statt der gesetzlichen Formulierung „Veranschaulichung des Unterrichts an Schulen“ wird der Anwendungsbereich im Gesamtvertrag mit „Veranschaulichung für Zwecke des Unterrichts“ definiert. Schule erschöpft sich nicht in der bloßen Abfolge von Unterrichtsstunden, sondern umfasst auch alle Formen der Vor- und Nachbereitung sowie unterrichts begleitender Aktivitäten im Rahmen von Angeboten zur ganztägigen Förderung und Betreuung. Somit kann das Intranet auch außerhalb des klassischen Unterrichts und des Klassenverbandes genutzt werden. **mpa**

"Endlich hab ich absolute Redefreiheit in alle Netze.*"

Neu!

Mit der BASE  Flatrate telefonieren Sie für 90 € im Monat:*

- unbegrenzt
- kostenlos
- in alle Netze*

BASE

Die neue Redefreiheit

Suchen Sie sich die Flatrate aus, die zu Ihnen passt. www.BASE.de, 01802-776 000* und in allen E-Plus Shops.

*Dieses Angebot gilt nur bei Abschluss eines Mobilfunkvertrages mit der E-Plus Service GmbH & Co. KG im Tarif BASE 5 mit 24-monatiger Mindestvertragslaufzeit, einmaliger Anschlusspreis 25 €, monatlicher Paketpreis 90 € für innerdeutsche Gespräche in alle Netze (ohne Sondernummern und (Mehrwert-)Dienste). SMS in alle deutsche Mobilfunknetze kosten 0,19 € pro SMS (ohne Sondernummern und (Mehrwert-)Dienste). Dual- oder Tribandhandy erforderlich; Handy ggf. freischalten bzw. SIM-Lock-Sperre aufheben lassen; dafür fallen ggf. Kosten an. **0,06 €/Anruf aus dem Festnetz der T-Com.

Elektronische Ausschreibung:

Bei öffentlichen Aufträgen bald Pflicht

Branchenverband Bitkom sieht Nachholbedarf beim eGovernment

Ausschreibungen öffentlicher Aufträge werden in Deutschland in absehbarer Zeit nur noch elektronisch durchgeführt. Schon ab 2010 sollen die Ausschreibungen des Bundes nicht mehr in Druckversion erscheinen. Einen entsprechenden Stufenplan hat das Bundeswirtschaftsministerium gemeinsam mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie, dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag sowie dem Zentralverband des Deutschen Handwerks veröffentlicht.

Die IT- und die KFZ-Branche werden demnach schon ab diesem Herbst nur noch elektronische Angebote abgeben. Vergabestellen und Wirtschaft sollen hierzu über die Vergabepattform des Bundes <http://www.evergabe-online.de> kommunizieren. „Die vollständige Digitalisierung des Vergabeprozesses in Deutschland verstehen wir als gemeinsame Aufgabe der Bundesregierung und der Wirtschaft mit Signalwirkung in

die Länder“, sagte Staatssekretär Walther Otremba zur gemeinsamen Entscheidung.

Frage der Zeit

Für Otmar Schreyegg von der Stuttgarter Canis GmbH <http://www.webvergabe.de> stellt sich die Frage des „Ob“ schon lange nicht mehr. Es sei lediglich eine Frage, wann die elektronische Vergabeverfahren Einzug in Deutschlands Behör-

den halten: „Die besten Erfolge werden erzielt, wenn der Auftraggeber konsequent auf elektronische Ausschreibung und Vergabe umstellt und seine bestehenden Auftragnehmer und Handwerker in vernünftiger Weise informiert und mit einbezieht“, sagte Schreyegg beim Bau- und Vergabeforum der Kreishandwerkerschaft Rhein-Westerwald <http://www.handwerk-rww.de>. Im Vordergrund der elektronischen Ausschreibung und Vergabe stehen die Beschleunigung und Vereinfachung des Vergabeprozesses und damit verbunden auch Kostensenkungen für alle Beteiligten. Außerdem ermögliche die papierlose Ausschreibung und Vergabe in der Regel besser zu vergleichende Angebote und mithin günstigere Preise.

Schlankere Verwaltung

Die Bemühungen, die öffentlichen Verwaltungen mittels Digitalisierung von Arbeitsprozessen zu verschlanken, nehmen langsam Formen an, auch wenn der Erfolg von eGovernment aufgrund schlechter Kommunikation und mangelhafter Vernetzung deutscher Behörden untereinander laut einer aktuellen Accenture-Studie <http://www.accenture.de> von vielen Deutschen noch kritisch gesehen wird. Rund ein Drittel der Bundesbürger nutzt allerdings laut Angaben des Bundesverbands Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (Bitkom) <http://www.bitkom.de> die Online-Angebote von Behörden. Vor allem würden Dokumente heruntergela-

den und Formulare auf einer Webseite ausgefüllt. Im vergangenen Jahr erledigten den Angaben zufolge 32 Prozent der 16- bis 74-Jährigen einen Teil ihrer Behördengänge im Internet. Damit verdoppelte sich im Vergleich zu 2002 die Quote.

Instrument zur Modernisierung

„Immer noch wird eGovernment überwiegend als Elektronifizierung und Digitalisierung der Verwaltung betrachtet, leider zu selten als Wachstumstreiber und Instrument zur Modernisierung des Staates“, sagt Axel Schnell, Chief Operating Officer des auf Konvergenzlösungen spezialisierten ITK-Systemintegrators NextiraOne. Auch er sieht enormes Einsparpotenzial. „Durch die elektronische Vergabe öffentlicher Aufträge konnten beispielsweise in Italien im Jahr 2003 3,2 Milliarden Euro eingespart werden“, so Schnell.

Nutzungsquoten

Bei uneingeschränkter EU-weiter Einführung der elektronischen Vergabe öffentlicher Aufträge rechnen Experten mit Einsparungen von bis zu 80 Milliarden Euro. Im EU-Vergleich liegt Deutschland laut Bitkom-Angaben im Mittelfeld. Vorreiter seien die Benelux-Länder und Skandinavien. Schweden und die Niederlande kamen 2006 auf eine Nutzungsquote der eGovernment-Angebote von 52 Prozent; Finnland erreichte 47 Prozent. Alle drei Länder hätten in den vergangenen Jahren ihre elektronischen Bürgerdienste erheblich ausgebaut.

Deutschland habe noch Nachholbedarf. Der Verband bemängelte, dass zu viele Ämter sich auf ihren Homepages auf das Herunterladen von Dokumenten beschränkten. Diese müssten dann ausgefüllt und per Post zurückgesandt werden. □

Breitbandkonferenz bei der Regierung der Oberpfalz:

Neue Technologien für den ländlichen Raum

Über 70 Bürgermeister sowie Vertreter des Wirtschaftsministeriums, des Bayerischen Gemeindetags, der Industrie- und Handelskammer Regensburg, der Deutschen Telekom AG und weiterer Firmen konnte der oberpfälzische Regierungspräsident Dr. Wolfgang Kunert zu einer Konferenz zum Thema „Neue Breitbandtechnologien für den ländlichen Raum“ begrüßen. Wesentliches Ergebnis der Tagung: Um für den jeweiligen Raum eine optimale Lösung zu finden, könnten beispielsweise über von den Kommunen benannte „Breitbandpaten“ gemeindespezifische Anforderungen erarbeitet und mit maßgeschneiderten Lösungen zusammengeführt werden. Die Breitbandinitiative Bayern zeige hierfür Wege auf.

Für die Regierung als Bundesbehörde mit Querschnitts- und Koordinierungsaufgaben sei die zukunftsorientierte infrastrukturelle Ausstattung der gesamten Oberpfalz ein ständiges Anliegen, erklärte Regierungspräsident Kunert. Gerade mit Blick auf die großen Gebiete des ländlichen Raumes in der Oberpfalz habe man ein wachsames Auge darauf, wo etwas fehlt und was verbessert werden könne. Leistungsfähige und schnelle Breitbandzugänge würden von Bürger und Wirtschaft zunehmend als Grundinfrastruktur verstanden. Auch der Staat habe großes Interesse daran, dies in einer globalen Wissensgesellschaft zu ermöglichen.

Mehr Transparenz

Andreas Leuzinger vom Bayerischen Wirtschaftsministerium stellte die Breitbandinitiative Bayern vor, die gemeinsam mit den Industrie- und Handelskammern und den kommunalen Spitzenverbänden getragen wird. Ziel sei es, mit mehr Wettbewerb und neuen Technologien rascher eine flächendeckende Breitbandversorgung zu erreichen. Für ein Breitbandportal für Kommunen und Anbieter, das von der IHK Regensburg für die Oberpfalz betreut wird, zeigte Dr. Christian Götz neue Wege auf. Themenspezifische Regionalmessern, im Herbst auch in der Oberpfalz, sollen mehr Transparenz bringen.

Durch die Vergabe von Lizenzen für die funkgestützte WiMAX-Technologie im Dezember 2006 wurde ein zusätzlicher Anreiz sowie eine jeweilige Verpflichtung zum Netzaufbau geschaffen. Bereits im kommenden

Jahr soll die Breitbandinitiative auf den Prüfstand kommen und das Erreichte einer Erfolgskontrolle unterzogen werden.

Bürgermeister Albert Höchstetter, Präsidiumsmitglied des Bayerischen Gemeindetags, sowie weitere Kommunalpolitiker forderten die aktive Unterstützung des Staates, um Breitbandversorgung als Grundinfrastruktur auch des ländlichen Raumes flächendeckend verfügbar zu machen. Eine Benachteiligung gegenüber den Verdichtungsräumen oder von Bürgern in kleineren Ortsteilen müsse vermieden werden.

Marktprinzipien und Kostenkriterien

Durch die Breitbandkonferenz wurde klargestellt, dass nach Öffnung des Wettbewerbs bei Datendiensten vielfältige Möglichkeiten bestehen, um zu schnellen und leistungsfähigen Verbindungen ins Internet und für den Datenverkehr zu gelangen. Nach den Worten von Werner Rauh handelt auch die Telekom nach Marktprinzipien und Kostenkriterien. Theoretisch seien in der Oberpfalz 92,1 % der Anschlüsse für DSL erreichbar, aber nicht überall mit hohen Übertragungsraten. Als Alternativen stünden je nach örtlichem Angebot insbesondere funkgestützte Lösungen, der Weg via Satellit, aufgerüstete Kabelanschlüsse oder auch das Glasfasernetz z. B. eines kommunalen Anbieters zur Verfügung. Hierfür standen Ralf Bögelein vom Funkanbieter MVOX und Alfred Rauscher, Geschäftsführer der R-KOM, als Diskussionspartner zur Verfügung. □

Finanzminister Prof. Kurt Faltlhauser:

Bayern stärkt seine Rolle als eGov-Standort

„Der Service für Unternehmen und Behörden wird deutlich verbessert. Der Freistaat Bayern wird als erster Flächenstaat in Deutschland eine gesamtliche Beschaffungs- und Vergabepattform landesweit einführen. Damit sinken die Prozesskosten für die Beteiligten und die Modernisierung der Verwaltung wird nachhaltig unterstützt“, teilte Finanzminister Kurt Faltlhauser aus Anlass der Vergabe des Auftrags für innovative Beschaffungs- und Vergabelösungen an die Healy Hudson GmbH und die Unilog avinci mit.

Mit dem neuen elektronischen Vergabe- und Beschaffungsmanagementsystem kann, so Faltlhauser, der Freistaat Bayern eine rechtskonforme und effiziente Abwicklung der Vergabeverfahren gewährleisten. Das neue Verfahren gelte für alle Vergabeverfahren im Bereich der Verdingungsordnung für Leistungen (VOL) sowie Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen (VOF). Auch die Vergabe von Bauleistungen nach der Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB) kann über das System abgewickelt werden.

Elektronische Angebote

Der Freistaat Bayern werde, wie Faltlhauser hervorhob, künftig Beschaffungs- und Vergabemaßnahmen elektronisch und medienbruchfrei durchführen können. Die Bieter werden bei der Abgabe der Angebote durch den integrierten Bieterangebotsassistenten unterstützt und können diskriminierungsfrei, d. h. ohne die Notwendigkeit zur Installation

von Software, elektronische Angebote abgeben. Die europaweite Ausschreibung für das neue Verfahren führte das Bayerische Finanzministerium federführend für den Freistaat Bayern durch.

Ausgezeichnete Lösungen

Bayern sei, so Faltlhauser, bereits seit fast zehn Jahren beim E-Procurement tätig. Mit der VOL/A-konformen Internet-Lösung für einen EU-Teilnahmewettbewerb mit nachfolgender beschränkter Ausschreibung hätten durch die Bündelung der Einkaufsprozesse alleine bei den Beschaffungskosten für Papier Einsparungen von 26 Prozent realisiert werden können. Die Prozess- und Transaktionskosten seien um rund 80 Prozent gesenkt worden. Der Freistaat Bayern sei für diese Lösungen mit dem Pioneer-Award für die weltweit beste eGovernment-Lösung und mit dem Innovationspreis des Bundeswirtschaftsministeriums ausgezeichnet worden. □

Bedingungen für IT-Projekte massiv verschärft

Das Bundesinnenministerium (BMI) hat die Vertragsbedingungen öffentlicher Aufträge in der Informationstechnik deutlich verschärft. Der Hightechverband BITKOM kritisiert dabei insbesondere die Mittelstandsfeindlichkeit der neuen Regelungen. Zudem wurden die Regelungen - anders als in der Vergangenheit - vom Bundesinnenministerium im Alleingang veröffentlicht. Das BMI hatte zuvor die Verhandlungen mit der Wirtschaft über die so genannten „Ergänzenden Vertragsbedingungen für die Beschaffung von IT-Leistungen“ (EVB-IT) abgebrochen.

„Die Mitgliedsfirmen des BITKOM bedauern außerordentlich, dass das BMI damit die über Jahrzehnte hinweg praktizierte und bewährte Praxis der gemeinsamen und abgestimmten Erarbeitung

ausgewogener Beschaffungsbedingungen aufgegeben hat“, sagt BITKOM-Präsident Prof. August-Wilhelm Scheer. BITKOM appelliert an das BMI, an den Verhandlungstisch zurückzukehren und die nun einseitig veröffentlichten Bedingungen wieder mit der Wirtschaft abzustimmen.

Die EVB-IT sind Musterverträge und Musterbedingungen für den Einkauf von IT-Produkten und -Dienstleistungen durch die Öffentliche Hand. Für die Bundesbehörden sind die veröffentlichten Vertragsmuster verbindlich. Aktuell verhandelt wurde der EVB-IT-Systemvertrag, der die Beschaffung großer, komplexer IT-Systeme vereinfachen soll. Trotz Verhandlungsbereitschaft

und weitgehender Zugeständnisse der Wirtschaft hat das BMI die Gespräche nach eigenen Angaben „wegen fehlender Zustimmung der Wirtschaft zu dem von der Öffentlichen Hand vorgelegten Entwurf“ für beendet erklärt und die so genannten „EVB-IT System“ Ende August 2007 einseitig veröffentlicht. Insbesondere der Mittelstand wird nun im Wettbewerb um öffentliche Großaufträge stark benachteiligt, beispielsweise durch die massive Ausweitung der möglichen Haftung von Auftragnehmern.

BITKOM kritisiert, dass das Ministerium mit der einseitigen Veröffentlichung unter dem Titel „EVB-IT“ den falschen Eindruck erweckt, auch die EVB-IT System seien - wie alle anderen bisher veröffentlichten Vertragstypen im EVB-IT-Kontext - vom Ministerium und der Wirtschaft gemeinsam erarbeitet worden.

Während der zunächst konstruktiv verlaufenden Verhandlungen zum neuen Systemvertrag hatte die Wirtschaft große Zugeständnisse gemacht. Insbesondere wurde die Haftung im Vergleich zu den bestehenden EVB-IT Vertragstypen deutlich verschärft.

Nach den Bestimmungen der EVB-IT System gilt künftig beispielsweise Folgendes: Der Auftragnehmer muss sämtliche Risiken für die Funktionsfähigkeit und Funktionalität des Gesamtsystems tragen; die Haftung des Auftragnehmers wird nicht angemessen begrenzt, sondern kann vom Beschaffer beliebig erweitert werden; die Nutzungs- und Verwertungsrechte sollen zu Gunsten der Öffentlichen Hand unangemessen erweitert werden können; die vorgesehenen Verjährungsfristen sollen jenseits der Marktüblichkeit ausgedehnt werden können. □

Quadruga-IT

www.quadruga.de



Verwaltung von PCs und anderen IT-Ressourcen

- Mehr Überblick durch eine systematische Verwaltung von Hardware, Software, Anwendern, Räumen, Lieferanten, Verträgen und Problemfällen.
- Informationen zu Hardware-Eigenschaften und auf den PCs installierten Softwarelizenzen werden automatisch ermittelt.
- User HelpDesk zur Verwaltung von Störfällen, optional unter Nutzung des hauseigenen Intranet
- Diagramme zur Veranschaulichung von Daten aus Listen und Statistiken
- Übersichtliche und umfassende Verwaltung von Garantielaufzeiten und Wartungsverträgen
- Auch einsetzbar als Inventarverwaltung für Büromöbel, Einrichtungsgegenstände und sonstige Ressourcen
- Die Option Quadruga-Mobile macht den Pocket PC zum mobilen Informationssystem für IT-Ressourcen. Verbunden mit einem handlichen Barcode-Scanner dient er auch als Hilfsmittel für Bestandskontrollen, Wareneingänge und Umstellungen.



SYSTEMS 2007

23.10.-26.10.2007
Messe München
Halle A2, Stand 529

Bitte fordern Sie Ihre kostenlose DEMO-Version an oder besuchen Sie uns auf der SYSTEMS 2007.

IT-Service

Personal-Service

Outsourcing

BECON

www.becon.de

Software-Entwicklung

Computer-Systeme

IT-Security

Webdesign

Netzwerke

Beratung

Software-Management



Feinschliff für natürliche Spracherkennung

Systeme mit freiem Dialog setzen sich immer stärker durch

Berlin/Bonn, www.ne-na.de - Technologien für die Spracherkennung zählen zu den aufstrebenden Branchen weltweit. Nach einer Datamonitor-Studie werden die Umsätze mit entsprechenden Techniken im laufenden Jahr um 22 Prozent auf 2,3 Milliarden Dollar klettern. In Deutschland werde die Marke von 100 Millionen Dollar übertroffen. Nach Ansicht von Marktexperten wird sich die Automatisierung mit natürlicher Spracherkennung in fast allen Wirtschaftsbranchen etablieren. Qualitätskriterien sollen diese Entwicklung befördern.

Für das Berliner Unternehmen SemanticEdge, dreimaliger Voice Award-Gewinner <http://www.voice-award.de>, müssen sich diese Kriterien an vier Größen messen lassen, die nicht nur isoliert die Sprachapplikation betrachten, sondern auch die Erwartungen des Kunden und die Ziele des Unternehmens mit einbeziehen. Dazu zählen die Erwartungen des Kunden in Bezug auf ein Unternehmen und dessen Kundenserviceprozesse, die Anforderungen des Kunden an das Voice User Interface (VUI) als Schnittstelle zwischen Mensch und Maschine, die Zielsetzungen des Unternehmens bezüglich des Kunden und schließlich die Anforderungen des Unternehmens an das VUI als IT System.

Komplexe Entwicklung

„Mit Spracherkennern, die ein viel größeres Vokabular und auch mehrere Informationen in einem Satz erkennen lassen, sind die Möglichkeiten im Dialogdesign in den vergangenen Jahren stark gewachsen. Damit einher gehen aber auch deutlich größere Herausforderungen an das Dialogmanagement sowie die Entwicklung und Administration natürlich-sprachlicher Dialoge. Aufgrund der Vielfalt der Dialogvarianten ist die Entwicklung von freieren, eventbasierten Dialogen, bei denen mehrere Stichworte oder ganze Sätze in einem Schritt erkannt werden sollen und der Dialog fallspezifisch auf das Verstandene eingeht, sehr komplex.“

Neben der Erstellung der Dialoge ist auch der Feinschliff der Applikation sehr aufwendig“, erklärt SemanticEdge-Geschäftsführer Lupo Pape. Gleichzeitig aber seien die Anforderungen der Anwender in der Regel nicht so individuell, dass nicht ein signifikanter Teil der Dialoge auf

der Basis vorgefertigter und im Livebetrieb feingeschliffener Applikationsmodule abgebildet werden könne, um dann um individuelle Erweiterungen und Änderungen ergänzt zu werden.

Modulare Applikationen

„Wie beim Enterprise Resource Planning liegt auch bei der Sprachautomatisierung die Zukunft bei modularen Applikationen und komplett konfigurierbaren Branchenlösungen, die man schnell an die Vorgaben der Anwender anpassen kann mit einem immer höheren und robusteren Niveau der Dialogintelligenz. Eine neue Generation hoch modularer und damit vielschichtig konfigurierbarer Sprachapplikationen bieten zusätzlich auch als Hosted-Solution die Möglichkeit eines kostengünstigen Einstiegs für Anwender in komplexe, natürlich-sprachliche Multi-Service-Portale auf der Basis einer pro Call-Abrechnung.“

Neuer Trend

Neben dem Bereitstellen reiner Hosting-Kapazitäten zeichnet sich daher ein neuer Trend dahingehend ab, dass auch Applikationen nicht gekauft, sondern entsprechend der Nutzung bezahlt werden“, so die Markterfahrung von Pape.

Insgesamt sei es bemerkenswert, in wie vielen unterschiedlichen Branchen sich der Trend zur Sprachautomatisierung durchsetzt. „Das belegen die Referenzprojekte unseres Unternehmens. So wurde bei der Sparda-Bank Hamburg das alte IVR-System durch ein natürlich-sprachliches Dialogsystem ersetzt mit deutlich erweitertem Servicespektrum. Die voll automatisierten Services umfassen die externen und internen Überweisungen, Kontostands- und

Umsatzabfragen, Ansagen der Bonuspunkte und des Freistellungsauftrags, Kreditkartensperre, Bestellung von Formularen, Änderung der Geheimzahl, Vermittlung an einen namentlich bekannten Mitarbeiter oder an eine Abteilung, Ansage von Bankleitzahlen sowie Filial- und Geldautomatenstandorte“, erläutert Pape.

Text-to-Speech

Das Sprachportal habe sich hier für zentrale Anlaufstelle für sämtliche Anrufe etabliert: „Es nimmt einen Großteil der in die Bank eingehenden Anrufe entgegen mit einem Automatisierungsgrad von rund 75 Prozent. Es setzt sich damit deutlich von den reinen Telefonbanking-Systemen der Konkurrenz ab, die nicht als Unternehmensportal, sondern als reine Telefonbanking-Anwendung geschaltet sind. Anstelle starrer Menüs à la „sagen Sie Kontostand, wenn Sie...“ gibt das System dem Anrufer die Initiative mit „Wie kann ich Ihnen helfen?“. Der Anrufer kann dann in ganzen Sätzen gleich den gewünschten Service auswählen. Das System passt den Dialog dynamisch an die Äußerungen des Kunden und das im System hinterlegte Domainwissen an wie verfügbare Konten, Kontostände, Überziehungskredite oder Überweisungslimits.“

Die Applikation besteht zu 100 Prozent aus Sprachsynthese und ist damit das erste Sprachportal im deutschen Sprachraum, das ausschließlich auf Text-to-Speech (TTS) setzt“, so Pape. Semantic Edge verfüge damit über einen enormen Vorsprung beim Einsatz von Sprachsynthese: „Aus unserer langjährigen Erfahrung wissen wir, wie man Ansagen mit Sprachsynthese am besten aufbauen muss und wie sie verfeinert werden können“, sagt Pape.

Einfache Nutzung für den Kunden

Bei den Services für Filialen und Geldautomaten erlaube das Sprachportal die Erkennung sämtlicher Ortsnamen in Norddeutschland und sämtlicher Straßennamen in Hamburg in einem einzigen Dialogschritt. Das mache die Nutzung für die Kunden sehr angenehm und einfach.

Als erstes System weltweit erlaube es eine komplett automatisierte externe Überweisung inklusive Aufnahme des Empfängernamens und des freien Verwendungszwecks ohne Nachbearbeitung. „Der Verwendungszweck kann dabei bis zu 54 Stellen alphanumerisch sein. Der Automationsgrad liegt bei über 80 Prozent. Bei der Vermittlung an einen Mitarbeiter der Bank ist das Lotus-Notes-System eingebunden, um die Anwesenheit zu überprüfen. So kann online geprüft werden, ob eine Vermittlung an den Mitarbeiter Sinn macht. Es können auch sofort alternative Ansprechpartner vorgeschlagen werden.“

In einer Pilotphase wurden Kunden in die Bewertung und Optimierung des Sprachportals eingeschaltet. Sie haben sich dabei deutlich für die Einführung des Sprachportals entschieden. Ein eingeführtes Qualitätsmanagement der Sparda-Bank Hamburg überwacht ständig alle Beschwerden, die über sämtliche Kanäle (Callcenter, E-Mail, Post, Filiale) erfasst werden. Die Beschwerderate liegt bei unter 5 Promille und damit auf der gleichen Höhe wie für die Kon-

taktstellen Filiale oder Internet“, erläutert Pape.

In einer Pilotphase wurden Kunden in die Bewertung und Optimierung des Sprachportals eingeschaltet. Die Kunden haben sich dabei deutlich für die Einführung des Sprachportals entschieden. Ein eingeführtes Qualitätsmanagement der Sparda-Bank Hamburg überwacht ständig alle Beschwerden, die über sämtliche Kanäle (Call Center, E-Mail, Post, Filiale) erfasst werden. Die Beschwerderate liegt bei unter 5 Promille und damit auf der gleichen Höhe wie für die Kontaktstellen Filiale oder Internet.

Einsatz in der Logistikbranche

„Interessante Einsatzgebiete gibt es auch für die Logistikbranche. Herausragend ist hier die Paketdienst Info von DHL. Die Frage, ob die bestellten Schuhe noch pünktlich zum Wochenende oder der neue MP3-Player früh genug für die Urlaubsreise geliefert werden, können mit diesem Dienst in kürzester Zeit geklärt werden. Der Anrufer gibt lediglich eine Sendungsnummer ein. Das System schickt das Ergebnis der Abfrage zudem auf Wunsch auch per Fax oder SMS an den Nutzer. Der kann sich aber auch zu einem menschlichen Agenten durchstellen lassen“, so Pape.

Überprüfung auf Inhalte

Bis zu 60 verschiedene Lieferzustände könne die Sendungsauskunft mitteilen. Der erwartete Automatisierungsgrad von 20 Prozent sei mittlerweile weit übertroffen worden und liege bei 57 Prozent. „Auf der Basis unterschiedlicher Informationen aus dem Backend-System werden mit Hilfe einer intelligenten Sprachgenerierungskomponente des NLU Dialogmanagers zur Laufzeit grammatikalisch korrekte Sätze und Zusammenfassungen aus den Backend-Daten generiert. Ein Parser, verbunden mit umfangreicher Businesslogik, überprüft dabei in Freitexten vorliegende Informationen auf relevante Inhalte. Dabei werden auch Orts-, Straßen- und Eigennamen sauber ausgesprochen. Der Dialog erlaubt Rückfragen zu einzelnen Informationen.“

Umfangreiche Befragung

Nach der Aufnahme der Sendungsnummer werden die Anrufe an Servicemitarbeiter weitergeleitet. Mithilfe einer komplexen CTI-Lösung erhalten die Mitarbeiter mit dem Anruf auch gleich die Statusinformationen auf Ihrem Bildschirm. Nach der Ansage können die Informationen auch via SMS oder Fax versandt werden. Nach der Einführung des Systems wurde die

Kundenakzeptanz durch eine umfangreiche Kundenbefragung überprüft. 500 Anrufer wurden einen Tag nach der Nutzung zu 25 Fragen interviewt. Die Kundenbefragung ergab eines der besten Ergebnisse, die im Kundenservicebereich konzernweit durchgeführt worden sind. Auf der Basis dieser Ergebnisse wurde der weitere Ausbau der Sprachportale als eine strategisch bedeutende Technologie für die DHL entschieden“, führt Pape aus.

Nahtlose Schnittstelle

Sprachportale spielen nach seiner Prognose auch bei der mobilen Kommunikation eine entscheidende Rolle: Jedes noch so einfache Telefon erlaube den Zugriff auf Telefonbücher und Kalender, die auf einem Server hinterlegt sind. Der Anruf auf einer Servicenummer und die anschließende Weiterverteilung der Anrufe in IP-Netze spare Kosten und der Nutzer habe eine nahtlose Schnittstelle zu allen Kommunikationsdiensten. „Die klassische Festnetzinfrastruktur entfällt. Weitere Sprachportale wie Taxiruf, HRS-Hotelbuchung oder Bahnanskunft kann man ohne großen Aufwand integrieren und zu einem virtuellen Sekretariat ausbauen. Das Ganze ist keine Zukunftsmusik mehr. Wir haben das bei DaimlerChrysler realisiert. Als persönliche Kommunikationszentrale kennt der Personal Assistent alle Geschäftspartner, Kollegen ebenso wie Hotels, Restaurants und Fahrplanauskünfte für die Reiseplanung. Er sorgt dafür, dass diese jederzeit und von jedem Ort der Welt ganz schnell und mit wenigen Worten erreicht werden können. Er wählt dabei jeweils die günstigste Telefonverbindung. Wenn ein Anruf nicht zustande kommt, versendet er eine SMS. Zudem liest das System während der Fahrt E-Mails vor oder sucht den nächsten Zug für die Weiterfahrt mit der Bahn“, skizziert Pape die Vorteile des Dienstes.

Einsatz von Sprachagenten

Vielversprechend sei auch der Einsatz von Sprachagenten als Stadtführer. So setze der Münchner Verkehrs- und Tarifverbund (MVV) auf eine sprachgesteuerte Fahrplanauskunft. „Unter der Telefonnummer 089/414243 gibt es Informationen zu allen 4.500 MVV-Haltestellen, 2.500 Sehenswürdigkeiten und 450.000 Adressen in München. Auf Wunsch werden die Ergebnisse auch als Fax oder SMS mitgeteilt“, so Pape.

Nach MVV-Angaben können über den sprechenden Fahrplan ungefähr 40 Prozent aller Anrufe abschließend behandelt werden. Mit einer einfachen „Weiter“-

Eingabe kann der Anrufer sich aber auch ins Call Center durchstellen lassen, um komplexere Fragen zu klären. Der Härtestest war die Fußball-Weltmeisterschaft im vergangenen Jahr. „Die Vorteile des neuen Systems sind natürlich die Entlastung unserer Call Center-Mitarbeiter von Routineanfragen und die ständige Erreichbarkeit“, sagt Susanne Strasser, Bereichsleiterin Marketing des MVV. Das Sprachportal sei täglich rund um die Uhr erreichbar. Darüber hinaus sei auch eine Abnahme der Kunden-Beschwerden zu verzeichnen.

„An Werktagen mit durchschnittlichem Verkehrsaufkommen“, so MVV-Projektleiter Bernhard Segl, „werden rund 1000 Anfragen über die sprachgesteuerte Auskunft abgewickelt.“ Aber auch bei Großveranstaltungen wie dem Oktoberfest gebe es keine Probleme, da genügend Kapazitätsreserven zur Verfügung stehen. Seit dem Frühjahr ist der Dialog auch in englischer Sprache möglich. Dazu starte man die Unterhaltung einfach mit der Eingabe „Englisch“.

Imageverbesserung

Sechs Wochen hat es nur gedauert, bis das im Rahmen der Initiative „Neue Mobilitätsdienste“ der Regierung von Oberbayern geförderte Sprachportal in München zum Einsatz kam. Rund 300.000 Euro wurden investiert, die laufenden Personalkosten bleiben stabil und überschaubar - ein Argument, das mit einer Outsourcing-Variante an einen externen Call Center-Dienstleister nicht gegriffen hätte: „Durch 24-stündige Erreichbarkeit erzielt der MVV eine Akzeptanzsteigerung der telefonischen Auskunft und verbessert dadurch auch sein Image“, resümiert Pape. Auch hier sei die Möglichkeit eines freien Dialogs und die natürlich-sprachliche Erkennung des Start- und Zielortes wichtig: „Das erhöht die Nutzerfreundlichkeit. Außerdem weist die sprachgesteuerte Fahrplanauskunft deutlich höhere Automatisierungsgrade auf als andere im Einsatz befindliche Lösungen und macht sich relativ schnell bezahlt“, weiß Pape.

Aktiv gesteuerter Dialog

Für mobilitätseingeschränkte Nutzer sei die Fahrplanauskunft leicht zu handhaben. Rollstuhlfahrer beispielsweise könnten ihre Einschränkung angeben und bekämen die entsprechenden Empfehlungen. Der Dialog werde vom Benutzer aktiv gesteuert. „Das System reagiert flexibel auf die Äußerungen des Anrufers und ist in der Lage, mehrere Informationen gleichzeitig zu verarbeiten, zu bestätigen oder zu korrigieren“, so Pape. □

Informatiker fordern:

Direkter Zugriff der Polizei auf alle Datenbanken!

In einem Memorandum fordert die deutsche Gesellschaft für Informatik (GI) Behörden und Unternehmen nachdrücklich auf, in Zukunft auf eine strikte Trennung aller personenbezogener Daten aus verschiedenen Quellen zu achten. Die GI sei besorgt, über die Tendenz, neue Techniken aus Informatik, Telekommunikation und Sensorik zunehmend zur persönlichen Identifizierung und Überwachung unverdächtiger Bürger zu nutzen, erklärt GI-Präsident Matthias Jarke.

In letzter Zeit habe sich die problematische Situation des Datenschutzes weiter verschlechtert, bestätigt Hartmut Pohl, Hauptautor des Memorandums, gegenüber presstext: „Es gibt viele neue Datensammlungen seitens der Unternehmen und außerdem die Diskussion über Bundestrojaner - spezielle Programme, die es dem Staat erlauben, auf Computer von Bürgern zuzugreifen.“ Am größten sei die Gefahr, wenn verschiedene Datensammlungen miteinander vernetzt würden. „Das ist, was Bush nach dem 11. September gemacht hat“, warnt Pohl. Auch in Deutschland sei es durch einen einfachen Beschluss möglich, der Polizei Zugriff auf sämtliche Datenbanken zu geben.

Deutliche Kennzeichnung jeder Überwachung

Um die Lage des Datenschutzes zu verbessern, präsentiert die GI konkrete Handlungsvorschläge. So müsse die breite Öffentlichkeit über die technischen Überwachungsmöglichkeiten informiert werden und Hinweise bekommen, wie sie sich dieser Überwachung entziehen könne. Außerdem solle jede Überwachung im privaten und öffentlichen Raum deutlich gekennzeichnet werden. Speicherung und Verarbeitung personenbezogener Daten sei zu vermeiden oder zumindest eng zu beschränken. □

KOMMUNAL-ENTWICKLUNG **STANDORT-ENTWICKLUNG** **WOHNUNGSBAU**

Bayerische Landessiedlung®

Bayerische Landessiedlung GmbH
Franziskanerstraße 14
81669 München

Tel. +49 (0) 89 / 23 87-0
Fax +49 (0) 89 / 23 87-99
info@bls-bayern.de

**10. bis 11. Oktober
Kommunale 2007**

Besuchen Sie uns auf unserem Messestand Nr. 402, Halle 12.0 in Nürnberg

Kompetente Dienstleistungen für Kommunen

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN

Deutschland-Online Vorhaben „Infrastruktur“

Im Aktionsplan Deutschland-Online haben die Regierungschefs des Bundes und der Länder entschieden, dass eine abgestimmte Kommunikationsinfrastruktur der Deutschen Verwaltung auf- und ausgebaut wird. Hinsichtlich Verfügbarkeit, Sicherheit und Qualität richtet sie sich an den besonderen Anforderungen einer leistungsfähigen Öffentlichen Verwaltung aus. Ziel des Vorhabens ist es, die Flexibilität, Zukunftsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der Netzinfrastrukturen in ihrer Gesamtheit zu erhöhen. Darüber hinaus wird die Verbindung der Deutschen Verwaltung mit europäischen Strukturen sichergestellt.

Nach dem Prinzip „Einige für Alle“ sind das Land Hessen (vertreten durch das Hessische Ministerium des Innern und für Sport) und der Bund (vertreten durch das Bundesministerium des Innern) die Federführer im Vorhaben Deutschland-online Infrastruktur.

Ausgangslage: Heterogene Netzlandschaft

Der Einsatz von IT in der öffentlichen Verwaltung ist inzwischen selbstverständlich. Der größte Teil der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst ist „vernetzt“ und die meisten Fachaufgaben werden IT-gestützt durchgeführt. Die derzeitigen Netzinfrastrukturen der deutschen Verwaltung sind mit der technologischen Entwicklung und entlang erweiterter Kommunikationsbedürfnisse einzelner Behörden gewachsen. Damit stellen die bestehenden Netzinfrastrukturen vielfach „Insellösungen“ dar.

Diese Insellösungen erschweren die Kommunikation der Behörden untereinander: Nicht jede Behörde kann eine andere Behörde in Deutschland auf elektronischem Weg zuverlässig, einfach und sicher erreichen. Es gibt zahlreiche Medienbrüche, die aufwendig überbrückt werden müssen. Das Ziel: ein nationaler Backbone als „Kommunikationsautobahn“ für alle Verwaltungsebenen

Netzinseln verbinden

Um die durchgängige elektronische Abwicklung von ebenenübergreifenden Fachverfahren zwischen Verwaltungseinheiten zu gewährleisten, müssen im ersten Schritt die derzeitigen Netzinseln verbunden werden. Die standardisierte und flächendeckende Verbindung der Verwaltungsnetze ist eine entscheidende Voraussetzung für den Erfolg anderer Deutschland-Online-Vorhaben. Der Aufbau der Deutschland-online Infrastruktur (DOI) bildet die Basis für die sichere elektronische Kommunikation zwischen den Dienststellen von Bund, Ländern und Kommunen.

In Abstimmung mit den Betei-

ligten werden im Vorhaben DOI Lösungen für folgende Handlungsfelder entwickelt:

► Erarbeitung eines Governance-Modells (Grundsätze und Verfahren zur Steuerung und Kontrolle) für eine nationale Kommunikationsinfrastruktur (DOI)

► Klassifizierung der Anforderungen aus Fachverfahren an die Netzinfrastruktur (u.a. nach Sicherheitskriterien, Verfügbarkeit und Bandbreite)

► Abstimmung von Standards für Netzanbindungen und -übergänge, darunter fallen Sicherheits- und Serviceklassen und weitere Rahmenbedingungen

► Beschreibung eines Organisationsmodells und Betreiberkonzepts sowie Entwicklung von Finanzierungsvarianten und Beteiligungsmodellen für eine schlanke und flexible DOI-Organisation

► Beschreibung möglicher Migrationspfade zur Transformation und Anbindung bestehender Netz-Infrastrukturen

► Pilotierung eines Deutschland-Backbone als „Kommunikationsautobahn“ für alle Verwaltungsebenen

► Bereitstellung zentraler Dienste (z.B. E-Mail, Verwaltung digitaler Signaturen, Telefonbücher und anderer Verzeichnisdienste)

► Eflächendeckende Anbindung aller Behörden

Erste bundesweite Bestandsaufnahme seit 1949

Die Umsetzung des Gesamtvorhabens erfolgt in mehreren Etappen. Im Rahmen der ersten Projektphase (Juli 2006 - Januar 2007) fand eine Bestandsaufnahme der bestehenden Behördennetze statt. Hierbei handelte es sich um die erste ebenenübergreifende Untersuchung der Kommunikationsinfrastrukturen in Deutschland seit 1949. Im Fokus der Untersuchung standen Flächennetze auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene, die der allgemeinen Verbindung von Standorten dienen.

Anforderungen an Netzinfrastruktur

Ebenfalls untersucht wurden die Anforderungen ebenenüber-

greifender Fachverfahren an eine Netzinfrastruktur. Hierfür wurden insbesondere Verfahren mit einer großen Anzahl beteiligter Behörden und einem hohen Datenaustausch- und Transaktionsvolumen ausgewählt.

Auf Basis der Ergebnisse wurden erste Lösungsansätze skizziert, ein technisches Grobdesign entworfen und die grobe Vorhabensplanung erstellt.

Optimierungspotenziale in den Netzen

Die Bestandsaufnahme in Phase 1 hat gezeigt, dass zwar individuell betrachtet leistungsfähige Netze existieren, insgesamt betrachtet jedoch erheblicher Handlungsbedarf besteht: Es fehlt an einer übergreifenden nationalen Kommunikationsinfrastruktur und damit einer „Kommunikationsautobahn“.

Defizite bestehen gegenwärtig insbesondere in folgenden Bereichen:

► Abgestimmte Planungen fehlen. Im Bereich Organisation und Planung gibt es keine ebenenübergreifende, gemeinsame Entwicklungsstrategie der Verwaltungsnetze und Infrastrukturen. Dieser Umstand führt zu erheblichen Mehraufwendungen und Kosten aufgrund von Parallelentwicklungen.

► Für Bereitstellung von Leistungen und Betrieb gibt es keine abgestimmten Verfügbarkeiten und Regeln.

Die Anforderungen ebenenübergreifender Fachverfahren an die Netzinfrastruktur werden in

der Regel für jedes Fachverfahren individuell und somit kostenintensiv geplant und umgesetzt. Ergebnis davon sind häufig unterschiedliche Mehrfachanbindungen pro Standort, ohne dass diese als redundante Netzwerkstrecken zur Kompensation von Ausfällen genutzt werden können.

Es gibt weder vereinbarte Standards für die Kommunikationsinfrastrukturen noch empfohlene Backup-Konzepte.

► Abgestimmte Sicherheitsstufen fehlen. Aufgrund fehlender oder uneinheitlicher Sicherheitsrichtlinien sind in der Regel verfahrensspezifische Mechanismen im Einsatz, die jeweils separat entwickelt und gepflegt werden müssen.

► Gemeinsame Mehrwertdienste fehlen. Standarddienste wie Nutzerverzeichnisse oder E-Mail-Dienste werden nicht zentral zur Verfügung gestellt. Stattdessen müssen diese für jedes Fachverfahren, das einen solchen Dienst benötigt, neu aufgesetzt werden.

Abgestimmte Modelle und Standards

Die zweite Projektphase von DOI ist im April 2007 angelaufen. Sie leitet die nächsten Schritte hin zu einer ebenenübergreifenden Netzinfrastruktur ein. Zentraler Meilenstein dieser Phase ist die Formulierung abgestimmter Umsetzungsschritte, damit ab Januar 2008 mit der schrittweise operativen Umsetzung der ebenenübergreifenden „Kommunikationsautobahn“ begonnen werden kann.

Hierfür werden unter aktiver Einbindung der politischen und fachlichen Ansprechpartner in Kommunen, Ländern und dem Bund die Voraussetzungen für

die Deutschland-online Infrastruktur aus strategischer, technischer und organisatorischer Sicht ermittelt sowie technische und betriebliche Standards definiert. Die Analysen aus der ersten Phase werden weiter vertieft und daraus werden Anforderungen abgeleitet, die ab 2008 schrittweise in Lösungen umgesetzt werden.

Mit der Schaffung einer „Kommunikationsautobahn“ im Rahmen des Vorhabens Deutschland-online Infrastruktur wird die wesentliche infrastrukturelle Grundlage für den weiteren Ausbau von eGovernment in Deutschland gelegt: Auf dieser künftigen „Kommunikationsautobahn“ werden die Dienststellen von Bund, Ländern und Kommunen ihren Datenverkehr sicher und effizient abwickeln können.

Leistungsfähige Kommunikationsautobahn für alle

Ziel ist es, im Januar 2008 die operative Umsetzung der Maßnahmen zum Aufbau der „Kom-

Verwaltung der IT-Ressourcen:

Innovative Softwarelösung

Auf der SYSTEMS in München stellt die Firma Quadriga Informatik die Software „Quadriga-Mobile“ vor, die kommunale IT-Abteilungen bei der Verwaltung der PCs und weiterer IT-Ressourcen unterstützt. Quadriga-Mobile erlaubt es, Informationen zu den vorhandenen IT-Ressourcen auf einem Pocket PC bereitzustellen und vor Ort verfügbar zu machen.

Muss ein Mitarbeiter der IT-Abteilung vor Ort ein Problem mit einem PC beheben, nützt es wenig, wenn die benötigten Angaben nur am eigenen Arbeitsplatz zur Verfügung stehen. Zwar ist es möglich, vorab Informationen zusammenzustellen und auszudrucken. Aber das ist umständlich, erfordert viel

kommt sofort detaillierte Informationen zur Komponente auf dem Pocket PC angezeigt. Auch Fehler beim Abtippen der oft sehr langen Seriennummern lassen sich jetzt vermeiden: Zum Erfassen einer Seriennummer reicht es, den vom Hersteller angebrachten Barcode zu scannen, in dem die Nummer verschlüsselt ist.

Bestandskontrollen

Ohne Quadriga-Mobile war es bei einer Bestandskontrolle bisher erforderlich, mit einer Strichliste umherzugehen, die Inventarnummern der Gegenstände abzulesen, auf der Strichliste abzuhaken und die gesamte Liste am PC abzutippen. Mit Quadriga-Mobile reduziert sich eine Bestandskontrolle auf das Umhergehen mit dem Pocket PC und Scannen der Barcode-Etiketten, mit denen die IT-Komponenten gekennzeichnet sind.

Zieht ein Mitarbeiter in einen anderen Raum, reicht es, am neuen Standort die Barcode-Etiketten der umgestellten Komponenten zu scannen, um den Umzug zu dokumentieren.

Diese Beispiele zeigen: Quadriga-Mobile beschleunigt Arbeitsabläufe und schaltet Fehlerquellen aus, die durch manuelle Tätigkeiten entstehen. Auch bei der Erst-Inventarisierung oder im Wareneingang bieten die in Quadriga-Mobile enthaltenen Anwendungen Unterstützung.

Quadriga-IT als Basis am PC

Quadriga-Mobile ist sozusagen das „mobile“ Gegenstück zum PC-basierten Quadriga-IT. Zusammen bilden beide Pakete eine umfassende Lösung für die Verwaltung der IT-Ressourcen. Hardware-Komponenten und Softwarelizenzen, Anwender, Lieferanten, Verträge, Standorte und Räume, Problemfälle - all das lässt sich mit Quadriga-IT verwalten.

Weitere Informationen: <http://www.quadriga.de> SYSTEMS 2007: Halle A2, Stand 529. □

§ GZ Wichtige Rechtsfragen §

Leitende Angestellte von kommunalen Unternehmen:

Als ehrenamtliche Verwaltungsrichter ungeeignet

Sowohl die Verwaltungsgerichte wie die Obergerichtspräsidenten bzw. Verwaltungsgerichtshöfe haben ehrenamtliche Richter, die zusammen mit den Berufsrichtern für die Entscheidungen zuständig sind. Nach § 22 Verwaltungsgerichtsordnung kann Laienbeisitzer jedoch nicht werden, wer als Angestellter im öffentlichen Dienst tätig ist.

Dadurch sollen Interessen- und Pflichtenkollisionen vermieden und die richterliche Unabhängigkeit gewährleistet werden. Das Gericht soll nicht in den Verdacht gebracht werden, dass es die Verwaltung zum Nachteil des Bürgers schütze. Deshalb ist die Frage entstanden, ob der Begriff „öffentlicher Dienst“ weit auszulegen ist.

Dafür ist ein Beschluss des Bundesverfassungsgerichts von 1978 von Bedeutung. Danach zählen zu den Angestellten des öffentlichen Dienstes jedenfalls die leitenden Angestellten solcher privater Unternehmen, an denen die öffentliche Hand mehrheitlich beteiligt ist.

Noch weitergehend wird allerdings vielfach die Auffassung vertreten, dass jegliche Tätigkeit bei einem Unternehmen, an dem eine juristische Person des öffentlichen Rechts mehrheitlich beteiligt ist, eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst ist, so dass es auf die Stellung als leitender Angestellter nicht ankommt. So hat sich das Obergericht Nordrhein-Westfalen im Beschluss vom 9.3.2001 - 16 F 18/0 I nochmals zu dem Thema geäußert.

Danach ist von der Ausübung des ehrenamtlichen Richteramts ausgeschlossen, wer eine herausgehobene Stellung in dem Unternehmen hat und dieses Unternehmen und damit die letztlich rechtliche Eigentümerin repräsentieren und verpflichtet kann. Eine solche Funktion als

leitender Angestellter hat nicht nur der Geschäftsführer des Unternehmens, sondern auch derjenige, der Prokurist ist oder Handlungsvollmacht hat, denn er kann das Unternehmen selbstständig vertreten.

Unvereinbarkeitsvorschrift

In der Verwaltungsgerichtsbarkeit, in der typischerweise ein Staatsbürger in einem Prozess Rechtsschutz begehrt gegenüber der Behörde einer staatlichen oder gemeindlichen Institution soll durch die Unvereinbarkeitsvorschrift insbesondere auch erreicht werden, dass der Rechtssuchende auf der Richterbank neben den Berufsrichtern nicht ehrenamtliche Richter antrifft, die ihrerseits der Verwaltung als Beamte oder Angestellte unmittelbar angehören oder unmittelbar als leitende Angestellte eines privatrechtlichen kommunalen Unternehmens die Verwaltung repräsentieren und ihr folglich zugeordnet werden.

Der Ausschluss der Prokuristen und Handlungsbevollmächtigten eines privatrechtlichen kommunalen Unternehmens soll nicht nur etwaige Interessenkollisionen verhindern, sondern dient vor allem auch der Vermeidung des Anscheins der Voreingenommenheit der Laienrichter und damit dem Ziel der Rechtspflege, öffentlich-rechtliche Streitigkeiten durch ein unparteiisches Gericht entscheiden zu lassen. Dr. O.



Nach dem Scannen des Barcode-Etiketts zeigt der Pocket PC Informationen zum zugehörigen Gegenstand. □

Papier und am Ende ist eine vor Ort dringend benötigte Information dann doch nicht dabei.

Mit Quadriga-Mobile hat der Mitarbeiter hingegen die Möglichkeit, die aktuellen Daten zu den vorhandenen IT-Ressourcen vom Arbeitsplatz-PC auf einen Pocket PC zu übertragen. Überall, wohin er den Pocket PC danach mitnimmt, hat er die Daten der PCs, Drucker, Monitore und der sonstigen IT-Komponenten zur Hand.

Scannen von Barcodes

Quadriga-Mobile erlaubt es, eigene Barcode-Etiketten zu erstellen und damit alle IT-Ressourcen einheitlich zu kennzeichnen. Mit einem handlichen Barcode-Scanner, der drahtlos mit dem Pocket PC verbunden ist, scannt ein Mitarbeiter das auf der Komponente angebrachte Barcode-Etikett und be-

Rechtsanwalt als Ratsmitglied gebunden

Allgemein sehen die Gemeindeverordnungen vor, dass ein Rechtsanwalt, der Ratsmitglied ist, keine Ansprüche Dritter gegen die Gemeinde geltend machen kann. Diesem Vertretungsverbot liegt der Gedanke zugrunde, die Verwaltung von allen Einflüssen freizuhalten, die eine objektive unparteiische und einwandfreie Prüfung der Geschäfte gefährden könnten.

Die Regelung soll in erster Linie der Sauberkeit im öffentlichen Leben dienen. Es soll verhindert werden, dass Bürger den Einfluss von Ratsmitgliedern für ihre persönlichen Interessen ausnutzen und dass Rechtsanwälte, die zugleich Ratsmitglieder sind, durch diese Doppelfunktion in einen Interessenwiderstreit geraten. Nach dem Beschluss des Verwaltungsgerichts Schleswig vom 20.10.2000 - 14 A 227/00 gilt das Vertretungsverbot unabhängig davon, ob der Rechtsanwalt für einen Mandanten einen Anspruch aus einer Selbstverwaltungsaufgabe der Gemeinde

oder aus einer Aufgabe zur Erfüllung nach Weisung oder dergleichen herleitet. Denn es geht schlechthin um die Sauberkeit des öffentlichen Lebens.

Daher soll die Verwaltung bei Führung ihrer Geschäfte von jeglichen Einflüssen, die Objektivität und Unparteilichkeit gefährden können, freigehalten werden. Der hohen Anforderung, die Verwaltung von jeglichen derartigen Einflüssen freizuhalten, würde es nicht gerecht werden, auf die Art des Anspruchs abzustellen, die ein Rechtsanwalt, der Ratsmitglied ist, geltend macht. Dr. O.

Bezirksversammlung KPV Niederbayern:

Bildung im Vordergrund

Als das „soziale Gewissen der Partei“ präsentierte sich die KPV Niederbayern bei ihrer jüngsten Bezirksversammlung in Plattling. Die Delegierten waren sich einig, dass gerade der Ausbau der Kinderbetreuung und verstärkte Bildungsmaßnahmen absolute Priorität haben müssen.

Der CSU-Landtagsabgeordnete Gerhard Waschler machte hierzu einige dezidierte Aussagen: Während die Gymnasien und Realschulen Zuwächse verzeichneten, gingen die Schülerzahlen an Hauptschulen zurück. Nach wie vor sei die Hauptschule aber das „Rückgrat des Mittelstandes“, so Waschler.

Kein Abschluss ohne Anschluss

Es dürfe „keinen Abschluss ohne Anschluss“ geben. Dem Vorschlag der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag, Real- und Hauptschulen zusammenzulegen, erteilte der MdL eine klare Absage. Die beiden eigenständigen Schularten seien ein Erfolgsmodell im Freistaat.

Ausbau der Ganztagsbetreuung

Waschler kündigte an, dass die Staatsregierung die bedarfsgerechte Ganztagsbetreuung ausbauen werde. Außerdem werde auf Profilbildung und eine verstärkte Zusammenarbeit mit Berufsschulen und Wirtschaft gesetzt. Im Praxisbezug seien die Hauptschulen dem Gymnasium voraus: „Die Hauptschule ist die berufsvorbereitende Schule überhaupt“, hob der Abgeordnete abschließend hervor.

Rechenschaftsbericht

Der KPV-Bezirksvorsitzende und 1. Bürgermeister der Gemeinde Aldersbach, Franz Schwarz, konnte in seinem Rechenschaftsbericht auf rund 40 kommunalpolitische Veranstaltungen

seit der letzten Bezirksversammlung verweisen. Er berichtete von zahlreichen Anträgen, die positiv aufgenommen wurden. So habe es eine Änderung der Förderung bei Schulhaus-Sanierungen ebenso gegeben wie eine Beibehaltung der Zuschüsse bei den Gewässern III.

Breite von 4,5 Metern erfolgen, die Standesämter in den Kommunen bleiben und die Kosten bei der Biber-Problematik übernommen werden.

Konsequentes und zügiges Handeln

Auch in Zukunft will Franz Schwarz die Anliegen der Kommunen sachlich und verbindlich vortragen. Vor allem bei der Kinderbetreuung und Bildung

www.der-flexible-Raum.de

Container · Raummodule · Hallensysteme

Ordnung. Auch beim Thema Feuerwehrr sei die Zehn-Minuten-Alarmierung endgültig vom Tisch.

KPV-Vorschläge finden Gehör

Mit Genugtuung stellte Schwarz fest, „dass die Vorschläge der KPV Gehör finden“. Dies führte er auch auf die harmonische Zusammenarbeit mit dem Städte- und Landkreistag zurück. Als dagegen „nicht verständlich“ bezeichnete er die Unternehmenssteuerreform. Der Bezirksvorsitzende erwartet für die Kommunen zehn Prozent geringere Einnahmen bei der Gewerbesteuer. Auch die pauschale Zuschussregelung bei den Feuerwehren sollte seiner Ansicht geändert werden. Die ärmeren Gemeinden seien durch höhere Zuschüsse zu berücksichtigen.

Schwerpunkte

Im Anschluss wurden diverse Anträge für die KPV-Landesversammlung im kommenden Jahr vorbereitet. Unter anderem sollen die Förderung von zwischenörtlichen Straßen mit einer

sei konsequentes und zügiges Handeln sowie eine entsprechende Finanzausstattung oberste Maxime.

Neuwahlen

Wenig Änderungen gab es bei der Neuwahl der Bezirksvorstandschaft. Die 34 Wahlberechtigten bestätigten Franz Schwarz in seinem Amt als Bezirksvorsitzender. Zu dessen Stellvertretern wurden Roswitha Nöbauer (Ruhstorf), August Wittenzellner (Kollnburg) und Manfred Kaschel (Gerzen) bestimmt. Zudem wurden 15 Beisitzer und drei Vertreter in den Hauptausschuss des KPV-Landesverbandes sowie 24 Delegierte sowie Ersatzdelegierte für die Landesversammlung gewählt.

Ehrengäste

Ehrengäste waren MdB Bartl Kalb, MdL Reserl Sem, der JU-Landesvorsitzende MdEP Manfred Weber und die Deggendorfer Oberbürgermeisterin Anna Eder. Die Wahlleitung übernahm Bezirksgeschäftsführer Norbert Schmid. DK

Panoramakarte der Hallertau jetzt erhältlich

Erstmals: Dreidimensionale Darstellung der Landschaft im Herzen Bayerns

Die neue Panoramakarte der Hallertau haben kürzlich Landrat Rudi Engelhard und der Hohenwarter Verleger Josef Galli der Öffentlichkeit vorgestellt. „Damit wird die Hallertau erstmals plastisch dargestellt“, freute sich der Landkreisechef. Das Kartenwerk setzt die geografischen Informationen in ein dreidimensional wirkendes Bild der Landschaft um. Dabei geht die Panoramakarte noch über den Inhalt einer regionalen Karte großen Maßstabs hinaus. Sie vermittelt einen Eindruck vom Typus der räumlichen Gegebenheiten und hebt diese hervor. Die speziellen Besonderheiten einer Region wie Flusstäler oder Erhebungen können so optimal berücksichtigt und präsentiert werden, erläuterte Verleger Josef Galli.

Nach Ansicht von Landrat Rudi Engelhard ist die druckfrische Panoramakarte sowohl für die einheimische Bevölkerung als auch für Gäste ein interessantes Medium, die Hallertau und die gesamte mittelbayerische Region kennen zu lernen. Ferner sei sie ein erstklassiges touristisches Informationsmittel, dass die vielseitigen Landschaftsgebilde aufzeigt.

Deutlicher „Mehrwert“

Die Karte ist nicht nur ein attraktives Dekorationselement, sondern kann auch von touristischen Dienstleistern als Blickfang und erläuternde Gebietskarte eingesetzt werden. Sie bietet daher für Informationsstellen, Hotels, Gaststätten sowie Freizeiteinrichtungen einen deutlichen „Mehrwert“.

Bekanntheitsgrad erhöhen

Landrat Rudi Engelhard:

einen Beitrag zu leisten, die Hallertau als Tourismusregion noch bekannter zu machen.

Karte und Poster

Das Kartenwerk ist erhältlich gefalzt mit einer Plastikmappe unter der ISBN 978-3-936990-37-9 zum Preis von 7,90 Euro. In der Poster-Ausführung im Großformat 132 x 98 cm kostet die Karte 12,90 Euro.

Die neue Karte ist zu beziehen über den Buchhandel, das Landratsamt Pfaffenhofen a. d. Ilm und direkt beim Galli Verlag + Vertrieb GmbH, 86558 Hohenwart, Tel. 08443 8916, www.galli-verlag.de



Bei der Präsentation: Landrat Rudi Engelhard (l.) mit Verleger Josef Galli.



Stehend obere Reihe von links: stv. KPV-Bezirksvorsitzender Manfred Kaschel, MdL Prof. Gerhard Waschler, stv. KPV-Bezirksvorsitzender August Wittenzellner, MdEP Manfred Weber, MdL Reserl Sem, KPV-Bezirksvorsitzender Franz Schwarz, stellv. KPV-Bezirksvorsitzende Roswitha Nöbauer, MdB Bartholomäus Kalb.

Dauerbrenner Bürokratieabbau

Treffen der bayerischen und baden-württembergischen Regierungspräsidenten

Bei der alljährlichen Dienstbesprechung der bayerischen und baden-württembergischen Regierungspräsidenten freute sich der Gastgeber, der Freiburger Regierungspräsident Dr. Sven von Ungern-Sternberg, ganz besonders über die starke Präsenz seiner bayerischen Kollegen. Er bezeichnete das Treffen als einen „hoch interessanten, Landesgrenzen überschreitenden Erfahrungsaustausch, der uns immer wieder wertvolle Anregungen für die tägliche Arbeit bringt“.

Die Tagesordnung der Dienstbesprechung umfasste mehr als ein Dutzend Punkte, davon einige, bei denen es sich unmittelbar um grenzüberschreitende Aufgabenbewältigung handelt, wie z. B. die polizeiliche Kooperation der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Rheinland Pfalz, die länderübergreifende Tierseuchenbekämpfung, die Zusammenarbeit im Bereich Wasserwirtschaft für das Bearbeitungsgebiet Main und die Neuabgrenzung von Wasserschutzgebieten im Bereich der Donau.

Verwaltungsreform

Die Evaluation der Verwaltungsreform stand mit einem Beispiel aus dem Forstwesen ebenfalls auf der Agenda. Die länderspezifischen Erfahrungen bei der Umsetzung der EU-Vorgaben zur Aufstellung von Luftreinhaltungsplänen wurden besonders intensiv diskutiert, weil

bundesweit die Änderung der Bundeskennzeichnungsverordnung erwartet wird, die künftig auch die Verhängung von Fahrverboten in Umweltzonen beeinflusst.

EU-Förderprogramme

Ein weiteres europäisches Thema waren die Förderprogramme der EU-Kommission und die Möglichkeiten, diese zur Verbesserung der Infrastruktur und damit zur Stärkung der regionalen Wirtschaft einzusetzen. Bei der Förderung grenzüberschreitender Projekte mit Frankreich und der Schweiz aus dem EU-Interreg-Programm verfügt das Regierungspräsidium Freiburg über einige Erfahrungen, Bayern kennt Ähnliches mit den Nachbarn Österreich und Tschechien, so dass das Einwerben von Geldern aus anderen europäischen Programmen nahe liegt.

Ein „Dauerbrenner“ speziell

für die Regierungspräsidien als Rechtsaufsichtsbehörden sind Überlegungen, auf Widerspruchsverfahren bei Verwaltungsentscheidungen weitgehend zu verzichten, um damit zur Verwaltungsvereinfachung und zum Bürokratieabbau beizutragen. Als Widerspruchsverfahren bezeichnet man die Prüfung von Verwaltungsentscheidungen durch übergeordnete Verwaltungsstellen vor einer abschließenden gerichtlichen Entscheidung.

„Dauerbrenner“ Widerspruchsverfahren

Einerseits verlängert sich durch diese so genannten Verfahren ein Entscheidungs- und Genehmigungsverfahren oft um mehrere Monate, andererseits sind die damit verbundenen Kosten für betroffene Bürger, aber auch für Unternehmen weitaus geringer als bei dem anschließenden gerichtlichen Verfahren. Bayern hat hier in einem Modellprojekt umfangreiche Erfahrungen gesammelt und seit dem 1. Juli dieses Jahres viele Widerspruchsverfahren abgeschafft.

Regelungskompetenz behutsam ausüben

Allerdings sind sich die süddeutschen Regierungspräsidenten einig, dass Bürokratieabbau zunächst und vor allen Dingen beim Abbau von Vorschriften und einem maßvollen Verzicht auf allumfassende gesetzliche Regelungen anzusetzen hat: „Bei der Entbürokratisierung ist zunächst der Gesetzgeber aufzufordern, seine Regelungskompetenz behutsam auszuüben. Eine zu hohe Regelungsichte belastet die mit der Umsetzung beauftragten Verwaltungen, die durch Personalabbau ohnehin mehr und mehr geschwächt werden“, so von Ungern-Sternberg.

Besichtigungsprogramm

Freiburgs Regierungspräsident ließ es sich zum Abschluss des regen Meinungsaustauschs nicht nehmen, seinen Gästen persönlich Südbaden sowohl von der städtebaulich-innovativen als auch landschaftlich und kulturell attraktiven Seite zu zeigen: Einer Besichtigung des Freiburger Modellstadteiles Rieselfeld schloss sich ein Besuch der ehemaligen Benediktinerabtei St. Peter mit ihrer vollständig erhaltenen Barockanlage aus dem 18. Jahrhundert und der berühmten Rokoko-Bibliothek an.

Residenztage in Bayreuth

Musenhof der Wilhelmine im Mittelpunkt

Bayreuth-Fränkische Schweiz (fpo) - Zum dritten Mal veranstaltet die Bayerische Schlösserverwaltung zeitgleich mit dem Festival „Bayreuther Barock“ die „Bayreuther Residenztage“. Aufgrund der großen Publikumsresonanz im vergangenen Jahr wurden die Residenztage um eine Woche verlängert und dauern in diesem Jahr noch bis 30. September. Insgesamt standen 45 Veranstaltungen auf dem Programm, darunter Sonderführungen im Markgräflichen Opernhaus, im Neuen Schloss, im Alten Schloss mit dem Hofgarten Eremitage sowie im Schloss und Park Fantasie.

Veranstaltungen wie „Bühnenzauber des Barock“, „Die Galli Bibiena - europäische Stararchitekten und Bühnenbildner in Bayreuth“ oder „Bayreuth zwischen Österreich und Preußen - Das Neue Schloss als politische Botschaft“ stellen die Besucher bislang vor die Qual der Wahl.

Themensonntage als Neuheit

Im Mittelpunkt aller Führungen standen die kunstsinnige Markgräfin Wilhelmine, die aus dem damals kleinen Provinzstädtchen Bayreuth einen Musenhof ersten Ranges gemacht hatte, und die unter ihrer Regentschaft errichteten Schlösser und Gärten sowie das Markgräfliche Opernhaus.

Neu waren die Themensonntage: Erwachsene und Kinder waren eingeladen, die Prunkräume, die Musikwelt und die Parks der Markgräfin Wilhelmine und ihrer Tochter Friederike zu erleben. Außergewöhnliche Erlebnisse versprechen die Führung „Musikalische Gartenlust“ im Alten Schloss Eremitage und die Musik-Matinee im Schloss Fantasie, jeweils mit dem Ensemble „Le Sounatrici“.

„Mit Pauken und Trompeten“

„Mit Pauken und Trompeten“

Bei Kinder- und Familienführungen erfahren Sechs- bis Zwölfjährige beispielsweise, was alte Mauern im Schloss erzählen. „Mit Pauken und Trompeten“ heißt die spannende Kinderführung durch das Markgräfliche Opernhaus. fpo

DK

Bunte Vielfalt im Ramadan-Zelt

Würzburger Muslime lassen Mitbürger an ihrem heiligen Fastenmonat teilhaben

Am 13. September begann der muslimische Fastenmonat Ramadan. Unter dem Titel „Würzburg feiert seine Vielfalt“ waren Nicht-Muslime eingeladen, vieles über den Islam zu erfahren und Menschen verschiedenster Nationalitäten und Religionen kennenzulernen. Dazu wurde drei Tage lang neben dem Vierröhrenbrunnen am Rathauseck ein Informations- und Festzelt aufgebaut.

Im Ramadan-Zelt herrschte, wie im Vorjahr, eine bunte Vielfalt. Tagsüber gab es vor dem Zelt Informationen. Bei orientalischen Klängen konnte man beten und meditieren, reden und diskutieren, zuhören und besondere Speisen genießen. Es wurden Koran-Rezitationen mit Übersetzung geboten sowie Grußworte und Vorträge gehalten. Das Wichtigste aber, sagt Sema Kuzucu, sei der zwanglose Austausch zwischen Menschen gewesen.

Starkes Wir-Gefühl

Die Integrationsbeauftragte bei kimus (Kontakt- und Informationszentrale für Muslime), einer Integrationsstelle mit Schwerpunkt Frauenarbeit, die staatliche und städtische Unterstützung erfährt, zeigt sich auch noch vom letztjährigen Ramadan-Zelt begeistert: „Menschen unterschiedlicher Nationalitäten und Glaubensrichtungen haben ein starkes Wir-Gefühl erlebt“. Weil nicht nur Würzburger in das Zelt gekommen seien, sei die Idee des Ramadan-Zeltes auf Reisen gegangen und habe inzwischen einen Nachahm-Effekt ausgelöst, weiß Kuzucu, die auch als Sprecherin des Internationalen Islamischen Forums Würzburg aktiv ist.

Schirmherrin Beckmann

Auf Nachfrage von Muslimen aus Karlstadt soll in diesem Jahr auch dort, vom 28. bis 30. September, mit Unterstützung aus dem Karlstädter Rathaus, ein Ramadan-Zelt stehen. Übrigens hat auch in diesem Jahr Ober-

bürgermeisterin Dr. Pia Beckmann erneut die Schirmherrschaft zu der Veranstaltung in Würzburg übernommen.

Stätte der Begegnung

Etwa 3.000 Muslime gibt es in Würzburg. Sie sind zum Teil in Gemeinden eingegliedert. So gibt es drei türkische, eine bosnische und eine arabische Gemeinde in der Stadt. Alle Gemeinden haben sich zusammengefunden, um als Gastgeber mitten in der Stadt aufzutreten. „Hier trifft die Hausfrau die Politikerin und die Köchinnen freuen sich, wenn es den vielen fremden Menschen schmeckt“, sagt Sema Kuzucu. Selbst Skeptiker habe es im vorigen Jahr zu denken gegeben, wenn sie am Informationsstand Musliminnen und Nicht-Musliminnen mit oder ohne Kopftuch begegnet seien.

Fest der Vielfalt

Mitorganisation zu dem Fest der Vielfalt leisten die Arbeitsgemeinschaft für christlich-islamische Begegnung und Zusammenarbeit Würzburg e.V. (ACIB/zugleich Träger der Integrationsstelle kimus) und das Internationale Islamische Forum.

Interessantes Programm

Wie sich der pensionierte evangelische Pfarrer Dr. Theo Wettach, christlicher ACIB-Vorsitzender, erinnert, musste im Vorjahr am dritten Tag das Zelt wegen Überfüllung dicht gemacht werden. Damit sich

das nicht wiederholte, wurde die Zelt-Kapazität auf 200 Personen verdoppelt. Auch in diesem Jahr habe man ein Programm rund um den Fastenmonat zusammengestellt, das für Muslime und Nicht-Muslime gleichermaßen interessant gewesen sei.

Angenehme Atmosphäre

Der Wunsch, dass sich die Menschen in angenehmer At-



Viel Arbeit haben sich (von links) Dr. Theo Wettach, christlicher Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für christlich-islamische Begegnung und Zusammenarbeit in Würzburg e.V. (ACIB), Sema Kuzucu, Integrationsbeauftragte der Kontakt- und Informationszentrale für Muslime sowie Sprecherin des Internationalen Islamischen Forums, und Tülay Özkan, Vorstandsmitglied ACIB, gemacht, um das zweite Mal ein Ramadan-Zelt am Vierröhrenbrunnen auf die Beine zu stellen. Foto/Text: wkn

Bezirk Schwaben:

Neues Fachbuch

„Psychiatrische Diagnostik und Therapie bei Menschen mit Intelligenzminderung“

Sehr häufig leiden Menschen mit einer Intelligenzminderung auch unter einer Verhaltensstörung oder psychischen Erkrankungen. Doch trotz der schätzungsweise hohen Fallzahlen hinkt in Deutschland die fachliche Entwicklung und Forschung in diesem Bereich im internationalen Vergleich noch hinterher. Erst seit kurzem ist das Fachgebiet in die Weiterbildungsordnung zum Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie aufgenommen, spezielle Literatur dazu gab es bislang noch nicht. Ein Experte vom Bezirk Schwaben hat dies nun geändert.

Seit vielen Jahren ist der Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie und Pädagoge Christian Schanze ein bundesweit anerkannter Fachmann auf diesem Gebiet. So ist Schanze seit 1999 Sprecher der Arbeitsgruppe „Geistige Behinderung“ der Bundesdirektorenkonferenz, seit 2004 ist er Ärztlicher Leiter des Zweckverbands-Krankenhauses St. Camillus in Ursberg, in dem geistig behinderte Menschen mit einer psychischen Erkrankung behandelt werden.

Schanze ist nun Herausgeber des ersten Fachbuches zur Thematik, das im renommierten Schattauer Verlag erschienen ist. Der Band unter dem Titel „Psychiatrische Diagnostik und Therapie bei Menschen mit Intelligenzminderung“ vermittelt erstmalig einen umfassenden und durch zahlreiche Fallbei-

spiele ergänzten praxisnahen Überblick über sämtliche psychiatrische Störungsbilder bei Menschen mit Intelligenzminderung. Dem Anspruch als Arbeits- und Praxisbuch wird das 300 Seiten starke Buch auch durch die ausführliche Präsentation von Behandlungsverfahren, darunter psychotherapeutische und psychopharmakologische, und durch eine anschauliche DVD, die die Fallbeispiele und Therapieverfahren visualisiert, gerecht.

„An dem interdisziplinär angelegten Buch haben Autoren verschiedener Professionen mitgearbeitet, deren langjährige Erfahrung hier zu einem aktuellen Querschnitt in der Arbeit mit der betroffenen Personengruppe gebündelt wird. Daher ist das Buch nicht nur für Fachärzte und Ärzte in Weiterbildung zum Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie interessant, sondern für Mitarbeiter in allen Professionen, die mit Menschen mit Intelligenzminderung arbeiten.“

mosphäre besser kennen- und verstehen lernen, wurde erfüllt. Nicht-Muslime hatten zudem die Gelegenheit, aus erster Hand allgemeine Informationen über den Islam zu erhalten.

Tiefere Einblicke

Wer diese Begegnung vertiefen möchte, weist Wettach hin, ist am 3. Oktober zu einem Tag der offenen Moschee in Würzburg eingeladen. Am 25. Oktober soll sich ein Gesprächsabend in der Integrationsstelle kimus anschließen, damit die lange Zeit bis zum nächsten Ramadan-Zelt überbrückt wird. □

Gewalt gegen Kinder:

Landkreis Aschaffenburg schafft „Notinseln“

Mit einem neuen Konzept will der Landkreis Aschaffenburg gegen Gewalt gegen Kinder vorbeugen. Gemeinsam mit der Karlsruher „Stiftung Hänsel + Gretel“ sollen sog. Notinseln eingerichtet werden, die den Kindern in Gefährdungssituationen eine Zuflucht bieten.

Kinder sind heute in ihrem Alltag vielen kleinen und großen Gefahren ausgesetzt. Ob auf dem Weg zur Schule oder zum Kindergarten, ob auf dem Pausenhof oder dem Spielplatz: Gewalt - sei es durch andere Kinder oder Jugendliche, aber auch durch Erwachsene - kommt immer wieder vor. Unter dem Motto „Notinsel - wo wir sind, bist Du sicher“ sollen insbesondere Einzelhandelsgeschäfte, Bäcker, Metzger, Friseur, kleinere Supermärkte, Apotheken und Banken Kindern in Notsituationen einen Zufluchtsort bieten.

Verpflichtung zum Handeln

Geplant ist, dass mit Beginn des neuen Schuljahres die ersten Notinseln in Alzenau, Goldbach und Großostheim ihren Dienst aufnehmen, weitere Gemeinden sollen nach und nach folgen. Die unterstützenden Geschäfte, Banken, Apotheken und weitere Partner kennzeichnen sich an ihrer Tür als Notinsel. Damit signalisieren sie Kindern ihre Hilfsbereitschaft und verpflichten sich selbst zum Hinsehen und Handeln in Notsituationen. Alle Mitarbeiter erhalten eine Handlungsanweisung, die genau beschreibt, was im Ernstfall zu tun ist.

Projektpartner des Landkreises sind die Sparkasse und die Raiffeisenbanken. Landrat Dr. Ulrich Reuter, der die Schirmherrschaft für das Projekt übernommen hat, fasst das Ziel zu-

sammen: „Ich weiß natürlich, dass es für viele Menschen in unserer Region eine Selbstverständlichkeit ist, Kinder in Not zu helfen - mit den Augen der Kinder betrachtet ist aber der Helfer mithilfe des Notinsel-Symbols deutlicher erkennbar.“

Die Stiftung „Hänsel + Gretel“ hat das Projekt Notinsel vor drei Jahren in Karlsruhe gestartet. Zwischenzeitlich gibt es die Notinseln in 53 Städten und Landkreisen in ganz Deutschland. Der Landkreis Aschaffenburg ist die erste bayerische Kommune, die das Notinsel-Konzept aufgreift und damit einen weiteren wichtigen Baustein für den Schutz von Kindern im Landkreis legt. Betriebe, die Interesse haben, als Notinsel zu dienen, können sich beim Jugendamt des Landkreises Aschaffenburg melden. DK

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Brigitte Scherle (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 41 vom 01.01.2007

Anzeigenschluftermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.



Bürgermeister Wolfgang Mayer und sein Vize Alfred Herrmann verfolgen im Hintergrund wie die römischen Gäste den reich gedeckten Tisch „plündern“. Bild und Text: hj

Gundremmingen:

Römer kehren in „Mansio“ ein

„Zuerst plündern und dann anzünden!“. Da waren Bürgermeister Wolfgang Mayer und Hans Joas als Vorsitzender des Gundremminger Heimatvereins vom Befehl des „Feldherrn Lucius“ zunächst etwas geschockt. Mit diesen Worten ließ dieser seine Mannen auf dem Weg von Offingen nach Aislingen zum dortigen Römerfest vor dem Gundremminger Rathaus anhalten, hatten beide doch ein üppiges Gastmahl mit römischen Speisen angerichtet.

Angetan von Weintrauben, dem Via Danubia-Bier, Römer-Aqua, dem eigens kreierten Würzwein Conditum, Honigmet, den römischen Brötchen „Mustacei“ mit würzigen „Farcimen“ (Wurst) blieb es dann glücklicherweise beim Plündern des reich gedeckten Tisches.

In der ersten Hälfte des 3. Jahrhunderts stand zwischen Aislingen und Gundremmingen

an einer in dieser Zeit bedeutenden Straßenkreuzung eine Straßenherberge, eine sog. Mansio. Es war die letzte Station sechs Kilometer vor dem Pilgerheiligtum des Apollo Grannus in Faimingen. Das war für Hans Joas mit seinen Helfern vom Heimatverein und gemeindlichen Bauhof der Anstoß, eben eine Verpflegungsstätte einzurichten. Die Turm-



Gemeinsame Freude über die Verleihung des „Europäischen St.-Ulrich-Preises“ an Miloslav Kardinal Vlk (Prag) in Dillingen. Von rechts: die Landräte Stefan Rößle (Donau-Ries) und Leo Schrell (Dillingen), Bischof Dr. Walter Mixa, Regionaldekan Gottfried Fellner, Kardinal Vlk, Staatsminister Dr. Günther Beckstein, Josef Endres (Sudetendeutsche Landsmannschaft), Thomas Demel (Paneuropa-Union), Ministerialdirigent Paul Hansel (Bayerische Staatskanzlei), Oberbürgermeister Hans-Jürgen Weigl, Dillingen. Text und Bild: -jdt-

Ehrung von Landkreis und Stadt Dillingen:

St.-Ulrich-Preis für Miloslav Kardinal Vlk aus Prag

Dillingen. Als „verdientreicher europäischer Brückenbauer und bedeutender Hoffnungsträger unserer Zeit“ gefeiert wurde der siebte Träger des „Europäischen St.-Ulrich-Preises des Landkreises und der Stadt Dillingen“, Miloslav Kardinal Vlk aus Prag. In den Mittelpunkt der Feierlichkeiten im „Schwäbischen Rom“, wie Dillingen als historische zweite Residenz der früheren Augsburgener Fürstbischöfe bezeichnet wird, standen der Pontifikalgottesdienst in der einstigen Universitätskirche und der Festakt im „Goldenen Saal“. Der designierte Bayerische Ministerpräsident und Innenminister Dr. Günther Beckstein würdigte in seiner Laudatio auf den Geehrten dessen Vorbild während der Zeit der Kirchenverfolgung durch die Kommunisten und als europäischer Brückenbauer.

Mit besonderer Anerkennung bedacht wurde von den Repräsentanten des Staates und der Kirche der über Bayern und Deutschland hinaus reichende Rang des „Europäischen St.-Ulrich-Preises“. Dieser wurde im Jahr 1993, dem 1000. Jahr der Heiligsprechung des Augsburgener Diözesanpatrons St. Ulrich von der „Europäischen St.-Ulrich-Stiftung“ des Landkreises und der Stadt Dillingen geschaffen. Stiftungszweck ist „die Förderung der Einheit Europas in christlich-abendländischer Tradition und im Geiste des Hl. Ulrich“. Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung ist der Bischof von Augsburg, Dr. Walter Mixa. Der mit 7500 Euro dotierte St.-Ulrich-Preis wird alle zwei Jahre vergeben.

Als Mitglied des Vorstandes der „Europäischen St.-Ulrich-Stiftung“ und Rector ecclesiae der Studienkirche wies Regionaldekan Gottfried Fellner in seinem Grußwort in dem ehrwürdigen Gotteshaus auf die Notwendigkeit des Weges zu Gerechtigkeit und Frieden in und für Europa hin.

Wurzelstock bewahren

Bischof Mixa erinnerte in seiner Predigt an den großen Heiligen St. Ulrich mit den familiären Wurzeln im Landkreis Dillingen, der als Reichsfürst vor einem Jahrtausend die christliche Kultur Europas gerettet habe. Herausgestellt wurde von Mixa die Mitverantwortung aller für die Weitergabe des Glaubens. Es gelte, „den Wurzelstock des christlichen Europa zu bewahren“, gerade vor dem Hintergrund des schmerzlichen Missbrauchs der Macht durch Nationalsozialismus und Kommunismus. Millionen Opfer seien die Folge gewesen davon, „dass Menschen sich an die Stelle Gottes gesetzt haben“. Als herausragendes Beispiel für das mutige Bekenntnis zu Christus verwies der Bischof auf den ehemaligen Fensterputzer Kardinal Vlk, der sich den Regeln des kommunistischen Geheimdienstes nicht unterworfen habe.

Beim Festakt betonte der Vorsitzende der Europäischen St.-Ulrich-Stiftung, Landrat Leo Schrell, der Priester Miloslav Vlk

habe „Gegenwind nie gescheut ...als unbequemer Mahner auch unter dem Kommunismus“. Die Stiftung ehre einen europäischen Brückenbauer.

Unermüdlicher Einsatz

Staatsminister Beckstein hob in seiner Laudatio auf den Geehrten hervor, Kardinal Vlk habe durch seinen unermüdlichen Einsatz für die Aussöhnung zwischen Tschechen und Deutschen und durch sein Bemühen um ein friedliches Zusammenleben von Völkern sowie durch sein langjähriges Wirken als Präsident des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen einen herausragenden Beitrag zur Einigung Europas geleistet. In einem Versöhnungsbrief an die aus ihrer Heimat vertriebenen Böhmerwälder sei von ihm 1989 die Vertreibung

der Sudetendeutschen als „zutiefst unmoralische Tat“ verurteilt worden. Mit Nachdruck plädierte Beckstein für die Abschaffung der Benesch-Dekrete. Vertreibung, Mord und Vergewaltigung könnten nicht per Dekret für rechtens erklärt werden. Echte Versöhnung setze voraus, dass die Wahrheit nicht verschwiegen werde.

Brustkreuz von Stimpfle

Kardinal Vlk erinnerte in seinem herzlichen Dank, der mit starkem Beifall aufgenommen wurde, an die engen Kontakte mit der deutschen Bischofskonferenz und der Ackermannsgemeinde. Ein guter Freund gewesen sei ihm der frühere Augsburgener Erzbischof Josef Stimpfle: „Er hat mir im Jahr 1990 zu meiner Bischofsweihe das Brustkreuz mit dem Bild des Heiligen Ulrich von dem Münchner Künstler Falk geschenkt, das ich alle Tage trage.“

Weiterer Ansporn

Den St.-Ulrich-Preis betrachte er, so der Prager Kardinal, als neuen Ansporn zu weiteren Aktivitäten für eine gute Zukunft Europas. Abgeschlossen wurde der Festakt mit der Eintragung in das Goldene Buch der Stadt. □

Auto für das Netzwerk Hospiz

Spende der VR-Banken im Kreisverband Traunstein-Berchtesgadener Land

Die Volksbanken und Raiffeisenbanken im Kreisverband Traunstein-Berchtesgadener Land haben dem „Netzwerk Hospiz - Verein für Hospizarbeit und Palliativbetreuung Traunstein e.V.“ im Klinikum Trostberg ein so genanntes VR-Mobil gespendet.

Getreu dem Motto „VR-Banken machen mobil“ überreichte Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern, das Fahrzeug an Landtagspräsident Alois Glück, dem Vorsitzenden des Netzwerks Hospiz.

Hilfe für Bedürftige

„Ziel ist es, dort für Mobilität zu sorgen, wo bislang finanzielle Mittel fehlten oder knapp sind. Die Kreditgenossenschaften im Kreisverband Traunstein-Berchtesgadener Land wollen dazu beitragen, dass Hilfe auch künftig unmittelbar bedürftigen Menschen zugute kommt“, sagte Götzl bei der Übergabe des Pkw. Das Fahrzeug ist eines von über 215 VR-Mobilen, die die

bayerischen Kreditgenossenschaften dieses Jahr an soziale, karitative und gemeinnützige Einrichtungen im Freistaat spenden. Sie werden aus den Erträgen des VR Gewinnsparevereins Bayern finanziert. Der Verein organisiert seit 55 Jahren die Lotterie der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken. Ihre Besonderheit: Sie garantiert den Teilnehmern pro Los einen Sparbetrag von 4 Euro und die Gewissheit, mit 25 Cent Gutes zu tun.

Zwischen 1996 und 2006 wurden insgesamt über 33 Millionen Euro aus den Erträgen des Gewinnsparevereins an gemeinnützige Empfänger in Bayern ausgeschüttet. Ab 2007 werden pro Jahr mindestens 10 Millionen Euro für gute Zwecke gespendet werden. □

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„So sehr man sich abmüht mit einer guten, soliden Politik für die örtlichen Bedürfnisse - ganz abkoppeln von den Mega-Trends der gesamtpolitischen Entwicklung kann man sich auch in einem Kommunalwahlkampf nicht.“ Mein Chef, der Bürgermeister, las interessiert einen Zeitungsbeitrag, der zu dem Schluss kam, dass Deutschland nicht dem Neo-Liberalismus, sondern dem Neo-Etatismus fröne.

So sind fast zwei Drittel unserer Landleute gegen eine Privatisierung der Bahn. Und dass, obwohl fast ebenso viele - also wohl alle Bahnkunden - sich massiv über das Staatsunternehmen mit seinen kundenunfreundlichen Fahrplänen, institutionalisierten Verspätungen, vergammelten Zuggarnituren und dem Überbesatz an inkompetentem Personal ärgern. Vergessen die Tatsache, dass durch die Privatisierung von



ein Begriff auch wieder stärker unter Verbiegungen und Verzerrungen leiden, der immer wieder von den Verfechtern der Freiheit, wie der Gleichheit als Kronzeuge angerufen wird: Die Gerechtigkeit.

Hier handelt es sich ja eigentlich um eine der Kardinaltugenden, die beschreiben sollen, wie der einzelne sein Handeln auszurichten habe, damit es sich sowohl zu seinem eigen-

nen Besten als auch zum Nutzen der Gemeinschaft auswirkt. Gerechtigkeit hat viele Facetten, vom Gebot, sich bei der Beurteilung einer Person oder eines Sachverhalts nicht von sachfremden Erwägungen lenken zu lassen bis hin zum Postulat „Jedem das Seine“.

Schwierig wird es aber, wenn sie in Gestalt der so genannten Sozialen Gerechtigkeit daherkommt. Da geht es etwa um die Frage, wie gesellschaftlicher Reichtum allen gerecht zugänglich gemacht werden. Wenn man also einen Kuchen durch zwei Menschen teilt, soll man dann jedem die Hälfte geben? Und wenn der eine Single ist, der andere aber fünf Kinder hat - ist es dann nicht ungerecht, dem nur eine Hälfte zu geben, der soviel Mäuler zu stopfen hat? Wenn aber der Single die Eier, das Mehl, die Früchte und die Energie zum Backen bereitgestellt, der andere aber nur geknetet hat? Fragen, die je nach gesellschaftlicher Großwetterlage immer unterschiedlich beantwortet werden.

Mein Chef, der Bürgermeister, sieht den derzeitigen Trend mit Sorgen. Gerade in Zeiten des Aufschwungs wäre es doch zu erwarten, dass die Leute optimistischer, wagemutiger, eher die Freiheit favorisierender wären. Oder haben die bösen Zungen Recht, die meinen, die Leute könnten sich am Aufschwung nicht freuen, weil er mit Arbeit verbunden ist. Sind deshalb die Politpropheten so beliebt, die Gleichheit durch immer noch mehr Umverteilung predigen? Dabei wusste schon Goethe auf dem heutigen Kalenderblatt: „Gesetzgeber oder Revolutionärs, die Gleichsein und Freiheit zugleich versprechen, sind Phantasten oder Charlatans.“

ihre
Sabrina

Renaissance der Übersichtlichkeit

Post und Telekom in diesen früheren Verdrussbrachen der Service und die Konkurrenz dramatisch vergrößert und die Preise teilweise deutlich verkleinert wurden. Keiner denkt scheinbar auch daran, dass heute Privatbahnen, die in Schleswig-Holstein zum Beispiel schon die Hälfte des Nahverkehrs abwickeln, den Kunden erheblich bessere Beförderungsmöglichkeiten bieten als die Bahn.

Nein, unser Land sehnt sich nach all den dramatischen Veränderungen und Umstellungen der letzten 15 oder 20 Jahre nach der muffigen Retrorepublik der 70er Jahre mit einem gewollt starken öffentlichen Sektor, Eingriffen in die Wirtschaft bei großzügigster Libertinage in allen gesellschaftlichen Dingen und einem üppigen sozialen Netz, das bei Notwendigkeit auch mal eine bequeme Hängematte sein konnte. Kurz, wir erleben die Renaissance der Übersichtlichkeit, während die Welt in dramatischem Umbruch ist.

Natürlich ist es in einem solchen Klima den Leuten auch wieder wichtiger, dass der Staat für Gleichheit sorgt, als für Freiheit. Deshalb muss

Wirtschaftsraum Südbayern:

Erhöhter Handlungsbedarf

Bei einer Mitgliederversammlung des Vereins Wirtschaftsraum Südbayern. Greater Munich Area e. V. in Landsberg am Lech stand die Initiative Metropolregion München im Zentrum der Aufmerksamkeit. Das Thema wurde durch einen Fachvortrag mit anschließender Podiumsdiskussion erörtert.

Zum Einstieg in die Veranstaltung referierte Dr. Reinhard Dörfner, Hauptgeschäftsführer der IHK für München und Oberbayern, zum Thema „Metropolregion München - Deutschlands führender Wirtschaftsstandort“. Die Spitzenstellung der Metropolregion München bestätigen Dörfner zufolge diverse Rankings führender Forschungsinstitute und Fachzeitschriften. Als Hintergrund für die herausragend positive Entwicklung nannte er mehrere Gründe: die bayerische Forschungs- und Technologiepolitik der vergangenen Jahre, den ausgewogenen Branchenmix der Region und die gute Entwicklung des Dienstleistungssektors, insbesondere im Bereich der unternehmensbezogenen Dienstleistungen.

Globalisierung als Chance

Als weitere Stärke der Region bezeichnete der Geschäftsführer die intensiven internationalen Verflechtungen, „denn Globalisierung sollte nicht rein negativ bewertet, sondern als Chance genutzt werden“. Wie Untersuchungen zeigten, schafften im Ausland aktive Unternehmen im eigenen Land weitaus mehr Arbeitsplätze. Auch die Wissenschaft bilde einen bedeutenden Standortfaktor der Region. Mit der LMU und der TU verfüge die Stadt München über zwei

Elite-Universitäten, hinzu kommt eine Vielzahl weiterer Universitäten und Fachhochschulen in der Metropolregion München.

Hohe Lebensqualität

Die Bedeutung der Wissenschaftslandschaft der Region ergibt sich laut Dörfner zum einen aus der engen Verflechtung von Forschung und Entwicklung zu den Unternehmen und zum anderen durch das Vorhandensein von Humankapital. Letztendlich zeichne die Region noch eine Vielzahl weicher Standortfaktoren aus, die einen wichtigen Beitrag zur hohen Lebensqualität leisten.

Podiumsdiskussion

An der anschließenden Podiumsdiskussion beteiligten sich Prof. Dr. Hans-Dieter Haas vom Lehrstuhl für Wirtschaftsgeographie der LMU München, Ingo Lehmann, Oberbürgermeister der Stadt Landsberg am Lech, Walter Eichner, Landrat des Landkreises Landsberg am Lech, Hans Rampf, Oberbürgermeister der Stadt Landsberg am Lech, Peter Saalfrank, Hauptgeschäftsführer der IHK Schwaben sowie Thomas Bugl, Stadtdirektor der Stadt Rosenheim. Die Moderation übernahm der Vorsitzende des Vereins Wirtschaftsraum Südbayern. Greater

Munich Area e. V., Dr. Reinhard Wiecek.

Neue Ebene

Haas sieht für die Region einen erhöhten Handlungsbedarf, um den Wirtschaftsstandort auch international zu stärken und begrüßt daher die Initiative Europäische Metropolregion München als neue Ebene kooperativer Planung.

Konkrete Projekte

Alle Diskussionsteilnehmer waren sich bezüglich des weiteren Vorgehens einig: Weniger die Strukturen der EMM, sondern konkrete Projekte sollen im Vordergrund stehen - hier wurden beispielsweise die Verbesserung der Anbindung des Münchener Flughafens sowie der weitere Ausbau der bereits durch die GMA initiierten Vernetzung der Hochschulen genannt. □

Richtigstellung

In unserer letzten Ausgabe hat sich beim Bericht über den 65. Geburtstag von Lichtenfels' Landrat Reinhard Leutner der Fehler teufel eingeschlichen: Herausragendes Ereignis war nicht die erfolgreiche Bohrung nach einer Mineralölquelle im Jahre 1975, sondern die nach einer Mineralölquelle. Wir bitten das Versehen zu entschuldigen. □



In der Bodenplatte, auf der die Benediktsäule ruht, sind die Namen der Städte und Gemeinden eingraviert.

Papst-Geschenk:

Beteiligte Kommunen

Ainring, Altötting Landkreis, Alzenau, Amberg, Ansbach, Arnstorf, Aschaffenburg, Aschau a. Inn, Augsburg, Bad Birnbach, Bad Füssing, Bad Griesbach i. Rottal, Bad Tölz, Baiersdorf, Bamberg, Bayreuth, Berchtesgaden, „Berchtesgadener Land, Landkreis“, Bogen, Brand-Guteneck, Buchbach (Markt), Büchlberg, Burghausen, Burgkirchen a. d. Alz, Burglengenfeld, Cham, Dachau, Deggendorf, Eggenfelden, Eichstätt, Erding, Erlangen, Forchheim, Freilassing, Freising, Friedberg, Fürstentfeldbruck, Fürth, Geiselhöring, Hengersberg, Hersbruck, Höllmühl, Ingolstadt, Ismaning, Johanniskirchen, Kaufbeuren, Kempten (Allgäu), Kirchberg i. Wald, Kirchham, Landshut, Lauf a.d. Pegnitz, Laufing, Markt am Inn, Massing, Mauerberg, Maxhütte-Haidhof, Memmingen, Metten (Markt), Mühlhof a. Inn, München, Neunburg vorm Wald, Neuötting, Nördlingen, Nürnberg, Passau Landkreis, Pentling, Penzberg, Pfaffenhofen a. d. Ilm, Pfarrkirchen, Piding, Pocking, Pullach i. Isartal, Raubling, Regensburg, Rehau, Rosenheim, Röthenbach a. d. Pegnitz, Rottal-Inn Landkreis, Sammerei-Ortenburg, Schönau (Rottal-Inn), Schwabmünchen, Schweinfurt, Senden, Simbach a. Inn, St. Ottilien, Straubing, Sulzbach-Rosenberg, Tittmoning, Töging a. Inn, Traunreut, Traunstein, Trennbach, Unterföhring, Vilshofen an der Donau, Volkenschwand, Wasen, Wemding, Wiesent, Wolfratshausen, Würth a. d. Donau, Würzburg.

Vorschau auf GZ 19

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 19, die am 11. Oktober erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Abfall und Recycling
- Umweltschutz
- Kommunales Verkehrswesen - ÖPNV
- Kommunale Baupolitik
- Kommunalfahrzeuge

Bayerische Städte und Gemeinden:

Ehrung für Papst Benedikt den XVI.

Vor wenigen Tagen nahm Papst Benedikt der XVI. in Velletri (Italien) im Beisein von Oberbürgermeister Hans Schaidinger, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags, und weiterer Repräsentanten bayerischer Kommunen die Benediktsäule entgegen. Die Säule ist ein Geschenk bayerischer Städte und Gemeinden an Papst Benedikt den XVI. anlässlich seines 80. Geburtstages im Frühjahr dieses Jahres.

An diesem Geschenk haben sich 100 bayerische Städte und Gemeinden beteiligt. Sie haben mit insgesamt 100.000 Euro zur Finanzierung beigetragen. Die Namen der beteiligten Kommunen sind in der Bodenplatte, auf der die Säule ruht, eingraviert (siehe Bild links).

Oberbürgermeister Hans Schaidinger hat im Vorfeld das Geschenk als ein Zeichen der Verbundenheit des Papstes zu seiner bayerischen Heimat bezeichnet. Die Säule wurde von dem Eggen-

felder Bildhauer Josef Michael Neustifter entworfen und angefertigt.

Als Aufstellungsort wurde auf besonderen Wunsch des Papstes der Vorplatz der Basilika San Clemente in Velletri, die Titularkirche des früheren Kardinals Josef Ratzinger, gewählt. Für den Regensburger Oberbürgermeister Hans Schaidinger eine gute Wahl, denn in Rom würde die Stele im öffentlichen Raum untergehen; in Velletri ist die Stele aber etwas Besonderes.

Mittelstandsunion München:

Thomas Schmatz erneut Bezirksvorsitzender

Die Mitglieder der Bezirksversammlung der MU München haben Stadtrat Thomas Schmatz einstimmig zu ihrem Bezirksvorsitzenden gewählt. In seinem Rechenschaftsbericht zog Schmatz Bilanz über die Veranstaltungen der vergangenen zwei Jahre.

Besonders wurden die erfolgreichen Veranstaltungen mit Wirtschaftsminister Michael Glos, dem Bezirksvorsitzenden, Staatssekretär Dr. Otmar Bernhard, dem Landesvorsitzenden der Senioren-Union Prof. Dr. Weckerle, mit MdEP Alexander Radwan und dem OB-Kandidaten der CSU, Fraktionsvorsitzenden Josef Schmid, hervorgehoben.

Nach wie vor erfolgreich war dabei die gute Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsbeirat Bayern, dessen Münchner Vorsitzenden Konsul Hans Hammer und dem MU-Landesverband, dessen

stellvertretender Landesvorsitzender Thomas Schmatz ist.

Perspektiven

Dieser zeigte sich zuversichtlich, mit den bewährten und neuen Mitgliedern des Bezirksvorstandes eine erfolgreiche Arbeit für die CSU, gerade auch im Hinblick auf die Kommunalwahl am 2. März 2008 leisten zu können, wobei der Mittelstand in Zukunft noch mehr als bisher sowohl in fachlicher wie personeller Hinsicht sein Gewicht einbringen werde.



Tourismusausschussvorsitzende Marlene Mortler mit dem Präsidenten des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes, Siegfried Gallus.

Tourismusausschuss-Vorsitzende Marlene Mortler:

Bayern ist Spitzenreiter

Nürnberg - Die tourismuspolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen der CDU und der CSU trafen sich mit Vertretern der Unions-Arbeitsgruppe Tourismus des Deutschen Bundestages in Nürnberg. Dabei stellte die Vorsitzende des Tourismusausschusses im Deutschen Bundestag, Marlene Mortler, fest: „Der Deutschland-Tourismus ist weiter im Aufwind.“

Alle Bundesländer konnten nach Mortlers Darstellung im ersten Halbjahr mehr oder gleichbleibend viele Übernachtungen wie 2006 verzeichnen. Spitzenreiter bleibt Bayern mit 43,2 Millionen Übernachtungen.

Das eigene Land erkunden

„Deutschland ist bei den Deutschen als Reiseziel weiter im Kommen“, sagte Mortler. So sei die Inlandsnachfrage bei den Übernachtungen in den ersten sechs Monaten um 3,7 Prozent gestiegen. „Hierzu dürften auch die warmen Temperaturen im Frühjahr beigetragen haben. Sie ließen mehr Deutsche die Koffer packen, um das eigene Land zu erkunden“, urteilte die Fränkin.

Bei ausländischen Gästen re-

gistrierten die Statistiker im ersten Halbjahr zwei Prozent mehr Übernachtungen. „Wir profitieren nach wie vor vom Imagegewinn der Fußball-Weltmeisterschaft“, betonte Mortler. Allerdings sei dies auf längere Sicht kein Selbstläufer. Die internationale Konkurrenz schlafe nicht.

Vermarktung muss intensiviert werden

Das Reiseland Deutschland müsse noch intensiver rund um den Globus vermarktet werden. Der Bundestag werde daher die Mittel für die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT) auf 25,5 Millionen Euro erhöhen. Dies werde auch dem Freistaat Bayern als Reiseziel zugute kommen. Die DZT ist für das Deutschland-Marketing im In- und Ausland zuständig.

LIEFERANTEN- **GZ** NACHWEIS

Absperreffosten

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de
WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Schacht-Ausrüstungen

Hailo
Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Streutautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner Winterdienst-Technik ist unsere Stärke!

Gmeiner GmbH
Bgm.-Knoll-Str. 26
D - 92245 Kümmerbruck
Telefon: +49 (0) 96 21 / 76 85-0
Internet: www.gmeiner-online.de
E-Mail: info@gmeiner-online.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Spiel-, Sport- und Freizeitanlagen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de
WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Fahrradabstellanlagen

LANGER
05326 / 502-0
Wartehallen
39655 Langelsheim · www.langer-gmbh.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA-AG

KOMPAN Playful Living

KOMPAN GmbH
Raiffeisenstraße 11 · 24941 Flensburg
Tel.: 0461-77306-0 · Fax: 0461-77306-35
E-Mail: KOMPAN.gmbh@KOMPAN.com
www.KOMPAN.com

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

siehe Fahrradabstellanlagen **ORION**
www.orion-bausysteme.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 · D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 · Fax (09338) 89-199
E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum
weihnachtsbeleuchtung + fest-illuminationen
telefon: 09 11 / 69 39 65
telefax: 09 11 / 69 59 63
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

ihr partner für LICHT
postfach 1141
90519 oberasbach
Vertrags- handler für **Felitto Star**

Inserieren bringt Erfolg!
www.bayerische-gemeindezeitung.de

Aussenmöblierung

BECK
Möblierung für Aussen
• Abfallbehälter
• Absperreffosten
• Fahrradständer
• Sitzbänke u.a.

Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 WINNENDEN
Telefon 071 95/69 33 00 · Fax 071 95/69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

Kindergarteneinrichtungen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 · D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 · Fax (09338) 89-199
E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte

BENZ
Grüninger Straße 1-3 · 71364 Winnenden
Tel. 07195/69 05-0 · Fax 07195/69 05 77 · info@benz-sport.de
www.benz-sport.de

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (089) 749 949 74